MASTER
NEGATIVE
NO.94-82117-6

COPYRIGHT STATEMENT

The copyright law of the United States (Title 17, United States Code) governs the making of photocopies or other reproductions of copyrighted materials including foreign works under certain conditions. In addition, the United States extends protection to foreign works by means of various international conventions, bilateral agreements, and proclamations.

Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or other reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or reproduction is not to be "used for any purpose other than private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

The Columbia University Libraries reserve the right to refuse to accept a copying order if, in its judgement, fulfillment of the order would involve violation of the copyright law.

Author:
Koch, Albert

Title:
Produktionskosten und preis der arbeit...

Place:
Coburg

Date:
1930

94-82117-6
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

BUSINESS
160
K81

Koch, Albert

Produktionskosten und preis der arbeit (mit besonderer berücksichtigung der bayerischen beamtenarbeit) ... von Albert Koch ... Coburg, Rossteutscher, 1930.

126 p. tables, diagrs. 20½ cm.

Thesis, Würzburg.

Bibliography: p. 6-9.

RESTRICTIONS ON USE:

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 12:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 6-17-94 INITIALS: KB

TRACKING # : MSH 01582

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

2.5 mm 1234567890

2.0 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

1.5 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

PM-MGP 13"x18"
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

150 mm

100 mm

A5

A4

1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

2.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

Century

1303 Geneva Avenue
St. Paul, MN 55119

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

4.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

3.5 mm

Koch, Albert

Produktionskosten
und Preis
der Arbeit

D460 - K81

D460 K81
Columbia University
in the City of New York
LIBRARY
School of Business

Univ. Exchange DEC 2 1931

Produktionskosten und Preis der Arbeit

(mit besonderer Berücksichtigung der bayerischen Beamtenarbeit).

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaft

der

Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Bayer. Julius-Maximilians-Universität zu Würzburg

vorgelegt von

Albert Koch
Diplomvolkswirt
aus Würzburg.

Druck: A. Roßteutscher, Coburg.
1930.

Referent: Exzellenz, Reichsrat, Geheimer Rat, Professor Dr. Ritter Georg v. Schanz.

Tag der mündlichen Prüfung: 28. Januar 1929.

D460
K81

Die Berechnungen, insbesondere die Zinseszins, Annuitätenberechnungen, sowie die Geldwertberechnungen der Sterblichkeit habe ich mit der Rechenmaschine „Nova-Brunsviga“ durchgeführt und mit der Roether'schen Rechenscheibe kontrolliert.

Um Fehler zu vermeiden, habe ich die Tabellen handschriftlich gefertigt.

March 7, 1932 - DAMES

Vorwort.

In einer Zeit schwerster Stürme, Krieg, Revolution, Inflation, in der unendlich viele Werte über Bord geworfen wurden, war keine Zeit zu rechnen. Es galt vielmehr das nackte Leben zu retten. Heute fühlen wir alle, daß die Wogen dieser furchtbaren See glatter geworden sind, sodaß trotz allem die Hoffnung besteht, noch festen Boden unter die Füße zu bekommen. Es ist klar, daß nach solchen verlustreichen Zeiten jeder Einsichtige die Ruhepausen benützen wird, festzustellen, wie sich seine Lage nunmehr gestaltet. Er wird nach den Werten suchen, die ihm geblieben sind und wird fragen, wie sie genützt werden sollen, und prüfen, ob sie richtig genützt sind. — Geblieben ist vielen, insbesondere den Geistesarbeitern, nicht viel mehr als der Lohn, der Preis ihrer Arbeit.

Es war begreiflich, daß nach dem Eintreten der äußeren Ruhe, nach Entbehrungen ohnegleichen, der innere Kampf um Erreichung der Mittel zu der einst gewohnten Lebenshaltung, der Kampf um einen ausreichenden Lohn, mit aller Schärfe einsetzte.

Es brauchte damals nicht viel überlegt werden; der Lohn hat bei der Masse zum Leben kaum gereicht, dazu waren keine Berechnungen nötig, das lag auf der Hand. Heute, fünf Jahre nach Stabilisierung der Währung jedoch, nach weitgehender Konsolidierung der Verhältnisse, nach wiederholten Lohn- und Gehaltserhöhungen ist die Frage, ob der Preis der Arbeit, der Arbeitslohn zu hoch oder zu niedrig ist, wieder ein Problem, auf das nicht ohne weiteres geantwortet werden kann.

Am meisten umbrandet vom Kampf der Meinungen ist die Besoldung der Beamten, da die Öffentlichkeit sie regelmäßig bis in alle Details erfährt. Schwerste Angriffe sind sehr häufig die Folge und die letzte Gehaltserhöhung der Beamten im Jahre 1927 hat Angriffe gezeitigt, wie sie bisher kaum zu hören waren, Angriffe, die nicht basiert waren auf nüchternen Berechnungen, sondern auf dem Gefühl und leider auch auf parteipolitischen Gesichtspunkten.

Die vorliegende Arbeit unternimmt es deshalb, neben methodischen Ausführungen auf dem Boden der Produktionskostenberechnungen der Beamtenarbeit den Preis der bayerischen Beamtenarbeit zu errechnen, um diesen mit dem tatsächlichen Preis der Arbeit nach dem neuen bayerischen Besoldungsgesetz vom 20. April 1928 zu vergleichen.

Ich bin mir bewußt, daß dies nur ein bescheidener Versuch ist, Klarheit über diese Frage zu erlangen. Weg und Methode, Ziel und Ergebnisse bieten Angriffspunkte mancherlei. Manches wäre vielleicht genauer zu ermitteln gewesen, aber die entsprechenden neuen statistischen Untersuchungen lagen nicht vor, sodaß auf alte zurückgegriffen werden mußte, was aber wieder eine Umrechnung auf die heutigen Verhältnisse erforderte.

Die vorliegende Arbeit, deren Anregung von Professor Dr. Ferdinand Graf von Degenfeld-Schonburg im Frühjahr 1927 erfolgte, hat durch die neue Besoldungsregelung im Frühjahr 1928 insofern Unterbrechung und Abänderung erfahren, als ich nun diese neuen Besoldungsverhältnisse der Untersuchung zugrundelegen mußte.

Mannigfache Anregung und Förderung bei der Arbeit verdanke ich meinen hochverehrten Lehrern, Sr. Exzellenz, Geheimen Rat, Prof. Dr. Ritter Georg von Schanz, sowie Herrn Prof. Dr. Ferdinand Graf von Degenfeld-Schonburg. Auch allen Behörden und Verbänden, die mir ihre Unterstützung da und dort zuteil werden ließen, sage ich hier meinen wärmsten Dank.

Würzburg, im Dezember 1928.

Albert Koch.

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Vorwort	3
Literaturverzeichnis	5
Einleitung	10
1. Kapitel: Geschichtliche und theoretische Grundlegung.	16
I. Die Geschichte dieser Untersuchungen	16
II. Der Zusammenhang mit dem Lohnproblem	37
III. Die Beziehung zur Menschenökonomie	46
2. Kapitel: Die Methode der Untersuchung.	56
I. Allgemeines	56
II. Die Methode der Produktionskostenberechnung	58
III. Die Methode der Arbeitspreisberechnung	92
3. Kapitel: Untersuchung über das Verhältnis der Produktionskosten der bayerischen Staatsbeamten und dem Preise ihrer Arbeit unter Zugrundelegung des Beamtenbesoldungsgesetzes vom 20. April 1928	97
I. Allgemeines	97
II. Der aus den Produktionskosten theoretisch errechnete Preis der Arbeit dieser drei Beamtengruppen	99
III. Der tatsächliche Preis der Arbeit der höheren, mittleren und unteren Beamten in Bayern	111
IV. Vergleich des tatsächlichen Preises der Arbeit der bayerischen Staatsbeamten mit dem aus den Produktionskosten abgeleiteten	115
4. Kapitel: Bedeutung des Ergebnisses und Folgerungen	121

Verzeichnis der Tabellen (größere).

Systeme der Kostenwerteinheiten männlicher und weiblicher Personen	63
Die heutige Gestaltung der Ausgaben in den Beamtenfamilien (umgerechnet nach dem Lebenshaltungsindex für September 1928)	72
Gesamtdurchschnitt der jährlichen Ausgaben in den Beamtenfamilien und zwar in Prozenten und absoluten Zahlen	73
Sterblichkeit der Kinder der höheren, mittleren und unteren Beamten in Bayern nach der Sterblichkeit im Jahre 1924 in Bayern und der neuen deutschen Sterbetafel	81
Ergebnisse von Schlußprüfungen an den bayerischen Hochschulen in den Jahren 1922/25	84
Die Ergebnisse der bayerischen Staatsprüfungen für den höheren Dienst in den Jahren 1922 bis 1925	85
Die Ergebnisse der preußischen Staatsprüfungen für den höheren Dienst in den Jahren 1924—1926	86

Anlagen.

Nr. 1 Darstellung der Beziehungen der Produktionskostenelemente zu den Bestimmungsgründen des Preises der Arbeit.
Nr. 2 Die konsumtive Bedeutung des männlichen Geschlechtes in den verschiedenen Lebensaltern der Jugendperiode.
Nr. 3 Die konsumtive Bedeutung des weiblichen Geschlechts in den verschiedenen Lebensaltern der Jugendperiode.
Nr. 4 Produktionskostentabelle für einen höheren Beamten.
Nr. 5 Produktionskostentabelle für die Frau eines höheren Beamten.
Nr. 6 Produktionskostentabelle für einen mittleren Beamten.
Nr. 7 Produktionskostentabelle für die Frau eines mittleren Beamten.
Nr. 8 Produktionskostentabelle für einen unteren Beamten.
Nr. 9 Produktionskostentabelle für die Frau eines unteren Beamten.
Nr. 10 Lebenseinkommenstabelle für einen höheren Beamten.
Nr. 11 Lebenseinkommenstabelle für einen mittleren Beamten.
Nr. 12 Lebenseinkommenstabelle für einen unteren Beamten.
Nr. 13 Tabelle über das Durchschnittsjahreseinkommen eines höheren, mittleren und unteren Beamten, sowie eines Lehrers, berechnet aus den Besoldungen nach dem Beamtenbesoldungsgesetz vom 20. April 1928 und der Gesamtzahl der Beamten.

Literatur-Verzeichnis.

Abgekürzte deutsche Sterbetafel für die Jahre 1924/26 in Wirtschaft und Statistik 1928, H. 12.

Achner, Leonhard: Der Wert der geistigen Arbeit mit besonderer Berücksichtigung des Beamtentums in: Zeitschr. d. bayer. statistischen Landesamtes, Jahrg. 1927, H. 4, S. 438/448.

Albrecht, Gerhard: Haushaltsstatistik, Berlin 1912.

Bauer-Mengelberg, Käthe: Zur Theorie der Arbeitsbewertung, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 55. Bd. H. 3, 56. Bd. H. 1.

Bayerische Berufsstatistik, H. 111 der Beiträge zur Statistik Bayerns, München 1926.

Beamtengehälter und Lebenshaltungskosten im Jahre 1925 in: Zeitschr. d. bayer. statist. Landesamtes 57. Jahrg., H. 4, S. 406.

Bohlen, A.: Besoldungsreform und höhere Beamte.

v. Bortkiewicz: Sterblichkeit und Sterblichkeitstafel und Lebensdauer im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

Brückemann, F.: Beamteneinkommen und Rassenhygiene in: Zeitschr. d. Reichsbundes der höheren Beamten, 9. Jahrg. Nr. 5, 1927.

Bry, Paul: Der Einfluß des Berufs und der Sozialstellung auf die Sterblichkeit auf Grund des statistischen Materials der Stadt Breslau, Maschinenschrift, Breslauer Diss. 1922.

Cassel: Theoretische Sozialökonomik, 4. verbesserte und wesentlich erweiterte Aufl. Leipzig 1927.

v. Degenfeld-Schonburg: Geist und Wirtschaft, Betrachtungen über die Aussichten der deutschen Akademiker. 1927.

Der Haushalt des Kaufmannsgehilfen, 2. Schriftenreihe des D. H. V., Hamburg 1927.

Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen während des Jahres 1926 in: preuß. Statistik, H. 289.

Die Lebenshaltung der Angestellten, Afa Schriftensammlung Berlin 1928.

Die Lebenshaltung minderbemittelter Familien in Hamburg im Jahre 1925, in: Statistischen Mitteilungen über den Hamburgischen Staat.

— Desgleichen im Jahre 1926, in: Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, 4. Jahrg. Nr. 5.

Diener: Das Problem der Arbeitspreisstatistik in: Staats- und sozialwissenschaftl. Forschungen 1915.

Die Verelendung des Mittelstandes, H. 106 der Beiträge zur Statistik Bayerns, München 1925.

Engel, Ernst: Der Preis der Arbeit in: Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge, herausgegeben von Rudolf Virchow und Fr. v. Holtzendorff, Berlin 1866.

— Der Preis der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen, Zeitschr. d. kgl. preuß. Statist. Büros 1874, S. 93.

— Der Preis der Arbeit im preuß. Staatsdienste, Zeitschr. d. kgl. preuß. Stat. Büros 1876, S. 417 ff.

— Der Wert des Menschen, I. Teil, Der Kostenwert des Menschen in: Volkswirtschaft. Zeitfragen, 1883.

— Die Lebenskosten belgischer Arbeiterfamilien, Dresden 1895, Zeitschrift des sächsischen Statistischen Bureaus, Jahrg. 1867, Nr. 8 u. 9.

Erhebungen von Wirtschaftsberechnungen minderbemittelter Familien im deutschen Reiche, 2. Sonderh. z. Reichsarbeitsblatt, Berlin 1909.

Eulenburg, Fr., Zur Frage der Lohnentwicklung, Jena 1899.

Fischer, R., Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten in Kiel, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 145.

Freudiger, H., Das soziale Existenzminimum in ländl. Bezirken der Schweiz und in der Stadt Bern, Burgdorf 1926.

Fries, Frieda, Die Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit der Kinder in Heidelberg, in den verschiedenen sozialen Schichten. Maschinenschrift, Diss. Heidelberg 1925.

Goldscheid, Rudolf, Höherentwicklung und Menschenökonomie, Leipzig 1911.

— Menschenökonomie als neuer Zweig der Wirtschaftswissenschaft, im: allgem. statist. Archiv, 8. Jahrg. 1914, S. 516.

Göcke, C., Die Erblichkeit der geistigen Begabung, in: Staat und Technik, 3. Jahrg. Nr. 11, Nov. 1927.

Grotjahn, Die Hygiene der menschlichen Fortpflanzung, Versuch einer praktischen Eugenik, Berlin 1926.

Günther, Adolf, Das Problem der Lebenshaltung, in: Vorträge der Gehestiftung zu Dresden, 5. Bd. 1914.

— Lebenshaltung des Mittelstandes, München und Leipzig 1920.

— Lebenskosten und Lebenshaltung, in: Schmoller's Jahrb. 1916.

Hartwig, J., Die Änderung in den Kosten der Lebenshaltung in Lübeck von 1891—1912, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 145.
Heller, Wolfgang, Grundprobleme der volkswirtschaftlichen Theorie, Leipzig 1928.
Herbst, Richard, Die Bewegung der Preise in Magdeburg, im Jahre 1890 bis 1912, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 145.
Jansen, Eva, Die soziale Herkunft der Studenten an den bayer. Universitäten, in: Zeitschr. des bayer. statist. Landesamtes, 59. Jahrg. 1927, S. 449.
Jens, Ludwig, Was kosten die schlechten Rassenelemente dem Staat und der Gesellschaft, im: Archiv für soziale Hygiene, Bd. 8, Leipzig 1913.
Köppe, H., Art. Besoldung und Besoldungspolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1924.
Körner, Chr. G., Über den staatswirtschaftlichen Wert eines Menschenlebens, 1802.
Lenz, Fritz, Menschliche Erblichkeitslehre, 2. Aufl., München 1927.
v. Lindheim, Alfred, Saluti senectutis, Die Bedeutung der menschlichen Lebensdauer im modernen Staate, Leipzig-Wien 1909.
Lorenz, Über Existenzminimum und Minimallohn, Winterthur 1920.
Marshall, Handbuch der Volkswirtschaftslehre, 4. Aufl., Stuttgart-Berlin 1905.
Masche, W., Der höheren Beamten niedrige Besoldung, herausgegeben v. Reichsbund der höheren Beamten.
v. Mayr, Georg, Statistik und Gesellschaftslehre, Bd. 2, Bevölkerungsstatistik 2. Aufl., Tübingen 1926.
Meyer-Pollack, Erna, Der Haushalt eines höheren Beamten in den Jahren 1880 bis 1906, Berliner Diss. 1913.
Mortara, Giorgio, Die Dauer des ökonomisch-produktiven Lebens und ihre Beziehung zur Sterblichkeit, in: Jahrbücher f. Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge 36, 1908.
Most, Otto, Zur Wirtschafts- und Sozialstatistik der höheren Beamten in Preußen, in: Schmoller's Jahrbuch, 39. Jahrg., 1915.
Neumann, Heinrich, Die vergleichende Haushaltungsstatistik, ein Beitrag zu ihrer Methode und Technik, nebst einem durch 2 Friedens- und Kriegsjahre hindurch geführten Haushaltungsbuches einer Familie des Mittelstandes, Greifswalder Diss. 1925.
Ostmann, Die Ausbildung der Anwärter für die Berufe der höheren Beamtenschaft in Preußen, in: Staat und Technik, 4. Jahrg., Nr. 10, 1928.
Peller, Die Ernährungsverhältnisse der Wiener Arbeiterbevölkerung (Jahre 1912 bis 1914), in: Archiv für soziale Hygiene und Demographie, Bd. 13, 1919/20. — Die Sterblichkeit nach dem Beruf in den Niederlanden 1908 bis 1911, in: Archiv für soziale Hygiene und Demographie, Bd. 13, 1929/30.
Prinzig, Friedrich, Handbuch der medizinischen Statistik, Jena 1906.
— Krankheit und Sterblichkeitsverhältnisse nach dem Beruf, Zeitschr. für Sozialwissenschaften. Neue Folge 1, 1910.
Promm, F., Handbuch für bayerische Beamtenangelegenheiten, München 1928.
Reiner, Hans, Die Beamtenstellen in Bayern nach den Haushaltsplänen für 1914 und 1926, in: Zeitschr. d. bayer. statist. Landesamtes 1926, S. 465.
Rohr, Otto, Die Bedeutung des Beamtendiensteinkommens, eine sozial-politische Würdigung. Maschinenschrift, Diss., Halle 1923.
Roscher, W., Grundlagen der Nationalökonomie, 25. Aufl., Berlin 1918.

Ruttmann, W. J., Beamtenarbeit zur Wertung der Beamtenarbeit, München 1928, Verlag der Arbeitsgemeinschaft der Gauverbände des bayer. Beamtenbundes.
Schanz, Georg, Die Entwicklung des staatlichen Besoldungswesen in Bayern, Finanzarchiv 34/1917, S. 179.
— Art. Existenzminimum, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1924.
Schewe, Karl, Vom Beamtencharakter der kommenden Kultur, in: Beamtenbund, Nr. 100, Berlin 1924.
Scholz u. Bolle, Zwei Reden, gehalten auf dem Bundestage des Reichsbundes der höheren Beamten.
Schreiber, Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Leipzig 1923.
Selig, Anna, Soziale Frage und soziale Bewegung der geistigen Arbeiter. Eine sozial-wissenschaftliche Studie über die Auseinandersetzung mit der Not der geistigen Berufe nach dem Kriege, Maschinenschrift, Diss. Köln 1924.
Seutemann, C., Kindersterblichkeit sozialer Bevölkerungsgruppen, Tübingen 1894.
Siemens, Grundzüge der Rassenhygiene für die Gebildeten aller Berufe, München 1923.
Sombart, Der moderne Kapitalismus, 2. Aufl., 1. Bd., München 1916.
Smith, Adam, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, Jena 1920.
Sperling, Hans, Gedanken über die Bewertung der Arbeit, in: Arbeitgeber, 16. Jahrg. 1912.
Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern, 1926.
Stellungnahme des deutschen Beamtenbundes zur Denkschrift des Reichsministers der Finanzen über die Besoldung der Reichsbeamten. Reichstagsdrucksache Nr. 407, vom Jahre 1925.
Thalmann, W., Der materielle Wert der menschlichen Arbeitskraft, Zeitschr. f. Schweizer Statistik und Volkswirtschaft, 62. Jahrg., H. 1.
Trüdinger, 9 württembergische Haushaltrechnungen, Württemberg. Jahrb. f. Statistik und Landeskunde, Jahrg. 1925/26.
Verhandlungen des bayerischen Landtages, Staatshaushaltspläne für die Rechnungsjahre 1927/28.
Walther, Andreas, Soziologie und Sozialwissenschaft in Amerika, Karlsruhe 1927.
v. Wieser, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, Tübingen 1924.
Winkler, W., Artikel Sterbestatistik, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.
— Was kostet ein Kind?, in: Oesterreichisch. Volkswirt, Jahrg. 16, Nr. 40 1924, S. 1228/1231.
Woods, Edward, Americas Human Wealth, the Money Value of Human Life. F. C. Crofts & Co., NewYork 1927.
Zeitlin, Leo. Versuch, das durch übergroße Sterblichkeit entstehende Defizit, sowie den durch Verlängerung der menschlichen Lebensdauer evtl. zu erzielenden Gewinn, auf Grundlage einer Berechnung des wirtschaftlichen Wertes des Menschen ziffernmäßig festzustellen. In: Alfred v. Lindheim's Saluti senectutis, Leipzig-Wien, 2. Aufl. 1909, S. 347 ff.

Einleitung.

Es ist der Mensch, der, wie allem, auch der Volkswirtschaft Sinn und Bedeutung gibt; der Mensch, als Mittelpunkt alles irdischen Seins, bringt die Räder und Getriebe alles Wirtschaftlichen in Bewegung, seiner selbst willen. Alles, was heute unsere Wirtschaft hervorbringt, hat seinen letzten Sinn und Zweck darin, schließlich einem letzten Produzenten zu dienen. Die Bedürfnisse des Einzelindividuums sind letzenendes die ungeheuere Macht, die alles vernichtet und dennoch auch wiederum alles neu gebiert.

Damit haben wir in das Zentralnervensystem der Volkswirtschaft gegriffen, wenn wir das Einzelindividuum als Produzenten und Konsumenten, als die Urzelle dieser wirtschaftlichen Entfaltung erkennen, als das Wirtschaftssubjekt. Man kann wohl sagen, daß der Mensch als Wirtschaftssubjekt Beachtung und Untersuchungen nach vielen Seiten hin erfahren hat; wundern muß man sich aber, daß er als Objekt der Wirtschaft, das er doch zweifellos auch ist, nahezu völlig unbeachtet blieb. Ähnlich wie in der Erforschung der Natur wurde eben auch in der Volkswirtschaft in erster Linie dem Ganzen das Forschungsinteresse gewidmet und die Probleme, welche die kleine Zelle barg, erst später aufgerollt.

Nach dem Grund, warum der Mensch als Objekt der Wirtschaft, als kostspieliges Produkt unbeachtet blieb. dürfte nicht lange zu suchen sein. Das erste große Hindernis liegt wohl darin, daß der Zugang zur Wirtschaft des Einzelindividuums schwer ist und daß auf der anderen Seite zur Lösung des dabei zur Frage stehenden Problems eine große Zahl Einzeluntersuchungen unbedingte Voraussetzung sind, die aber für sich allein schon große Forschungsgebiete darstellen. Erst wenn diese Einzeluntersuchungen in befriedigender Weise vorhanden sind, wird es möglich sein, an die Probleme heranzugehen, die den Menschen auch als Objekt der Wirtschaft würdigen und dabei zu Ergebnissen zu gelangen, die nicht nutzlose Spekulationen darstellen, sondern positive Bedeutung für die Wirtschaft haben.

Will man, wie im vorliegenden Falle, den Preis der Arbeit, den Arbeitsertrag, mit den Kosten vergleichen, die zur Herstellung eines Menschen nötig sind, um eine gewisse Arbeit zu leisten und weiterhin nötig sind, um die Arbeitskraft des Menschen in der produktiven Periode zu erhalten. so sind dazu eben vorher Untersuchungen nötig, die an sich schon umfangreiche Aufgaben sind.

So bedarf eine halbwegs genaue Lösung des gestellten Problems, z. B. Untersuchungen über die Aufzucht, Erziehungs- und Bildungskosten für Mann und Frau und Berücksichtigung der Haushalts- und Lohnstatistik, sowie der Sterblichkeit der verschiedenen Berufsgruppen.

Wer also an die Lösung dieses Problems herangeht, dem türmen sich Schwierigkeiten über Schwierigkeiten entgegen. Ganz besonders interessant ist es aber, daß diese Schwierigkeiten bereits mit den Fragen beginnen, ob überhaupt eine Untersuchung, wie die vorliegende, berechtigt ist, ob man den Menschen mit der Ware vergleichen darf, ob er gleich ihr einen Herstellungspreis, einen Kostenwert hat, der dann später, wie bei der Ware, durch den Verkaufspreis, durch den Verkauf der hergestellten Arbeitskraft, durch den Ertragswert, den Preis der Arbeit gedeckt werden soll. Früher hat man insbesondere gegen die Untersuchungen über den Wert des Menschen, die meist auf dem Kostengesetz aufgebaut waren, und deshalb mit der vorliegenden verwandt sind, eingewandt, daß es nicht anginge, von einem materiellen Wert des Menschen zu sprechen, daß der Mensch einzig und allein nach ethischen Gesichtspunkten zu würdigen sei.

Ch. G. Körner, der Vater Theodor Körners und Freund Schillers, hat im Jahre 1802 eine Abhandlung „Ueber den staatswirtschaftlichen Wert eines Menschenlebens", verfaßt und dabei sich mit diesem Gedanken auseinandergesetzt. Er sagt: „Die Würde der menschlichen Natur wird nicht verkannt. wenn die Begriffe der Staatswirtschaft berichtigt werden. Den Reichtum eines Staates zu mehren ist Pflicht, weil es im Zustand der Armut an Mitteln fehlt, die wohltätigen Zwecke der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen. Aber nicht oft und nachdrücklich genug kann die Wahrheit eingeschärft werden, daß nicht der Überfluß an Gold und Silber, nicht der Umfang des Gebietes, nicht die Fruchtbarkeit des Bodens, nicht der Vorrat an unterirdischen Produkten den vorzüglichsten Reichtum eines Staates ausmacht, sondern, daß seine kostbarsten Schätze in seinen Bürgern bestehen. Wer diesen Satz durch Berechnungen noch einleuchtender zu machen sucht, bezweifelt deswegen gar nicht, daß der einzelne Mensch einen selbständigen, mit nichts in der sinnlichen Welt zu vergleichenden Wert habe. Ein solcher Wert wird vielmehr bei der vollkommenen Organisation des Staates vorausgesetzt. Aber das Ganze dient den einzelnen Teilen, sowie diese dem Ganzen und jeder Bürger des Staates ist zugleich Mittel und Zweck an sich." [1])

[1]) Engel, E., Der Wert des Menschen, 1. Teil „Der Kostenwert des Menschen". In: Volkswirtschaftliche Zeitfragen, 1883, H. 37/38.

In dramatischer Weise hat sich ebenfalls Goldscheid gegen diese Auffassung gewandt; indem er ausführt: „Der Mensch hat bisher unter nichts mehr gelitten, als darunter, daß er nur Objekt der Ethik und weitaus zu wenig Objekt streng wirtschaftlichen Kalküls gewesen ist. Wohl scheint es, daß man ihn herabwürdigt, wenn man diese verlangt; in Wirklichkeit würde er, wie die Dinge heute liegen, unendlich profitieren, wollte man ihn schon wenigstens nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu behandeln anfangen. Nicht nur die Kunst, auch die Moral geht eben nach Brot! „Alle Dinge auf Erden haben einen Preis, einen Kaufpreis, der Mensch allein hat Würde," so rief Kant mit Emphase aus und sah darin das, was den Menschen vor allen toten Dingen auszeichnet. In Wirklichkeit ist ihm diese Sonderstellung zu allen Zeiten zum Verhängnis geworden. Weil er keinen Preis hatte, hatte er auch keinen entsprechenden Wert und nie hat seine Würde ihn davor bewahrt, das einzige Gut auf Erden zu sein, dessen Kurs auf dem Weltmarkt kontinuierlich tief unter den wahren Produktionskosten stand. Es ist ein überall gültiges Gesetz, daß die Werte sich in der Richtung der Preise bewegen. Ist der Preis des einzigen Gutes über das der besitzlose Mensch verfügt, nämlich seine Arbeitskraft, ein niedriger, so wird auch seine Würde stets in der Luft hängen." [2])

Es scheint verständlich, daß es eine Zeit gab, in der man den Menschen nicht nach materiellen Gesichtspunkten bewertete. Es war jene Zeit, in welcher der Ertrag des Bodens die Hauptreichtumsquelle darstellte. In jener Zeit war der Wert des Menschen, an seinen Produktionskosten gemessen, gering, und was wichtig ist, auch die Zahl der Menschen geringer im Verhältnis zur vorhandenen Ackernahrung. Später traten die Bodenschätze an die Stelle der Bodenfrüchte und mit ihrer Gewinnung wuchs die Technik und der Verkehr und damit auch die Wertigkeit der Bevölkerung, deren Wissen und Können allmählich den größten Wert darzustellen beginnt. Noch ein anderer Umstand läßt es gerade heute berechtigt erscheinen, die Selbstkosten der Arbeit näher zu untersuchen. Mehr als je stellt gerade für uns Deutsche nach dem Kriege, der in nie gesehener Weise organisches und anorganisches Kapital vernichtet hat und nach einer Inflation von beispiellosem Ausmaß, die den Rest des organischen Kapitals, soweit er in Bargeld bestand, wie Schnee zerschmelzen ließ, unsere Arbeitskraft, das Werk unserer Hände und unseres Geistes die einzige Möglichkeit dar, die Mittel für unsere weitere

[2]) Rudolf Goldscheid, Menschenökonomie als neuer Zweig der Wirtschaftswissenschaft. Vortrag, gehalten auf dem Kongreß der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie in Frankfurt a. M. am 8. 6. 14. (In: Allgem. Statistisches Archiv, Jahrg. 1914, S. 523.)

Existenz zu erwerben, und es ist nur zu leicht verständlich, daß dabei die Frage nach entsprechendem Lohn in den Vordergrund geschoben wird.[3])

Der grundlegende Bahnbrecher auf dem Gebiet der Untersuchungen über den „Preis der Arbeit" und den „Wert des Menschen", der berühmte Statistiker Engel sagt wohl mit Recht: „Gern sei zugegeben, daß die Untersuchungen genannter Art einen realistischen Anstrich haben. Allein andererseits ist auch das nicht zu leugnen, daß nur eine solche realistische Anschauung zu positiven Resultaten führt, während jede andere Betrachtungsweise sich in einem Phrasenmeere verliert".[4]) Dies zu beachten gab die jüngste vergangene Zeit mit ihren Besoldungs- und Lohnkämpfen reichlich Gelegenheit. Von wenigen Ausnahmen, die später näher betrachtet werden, abgesehen, hat man zur Begründung von Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht den geringsten Versuch gemacht, eine rechnerische Begründung für die Forderungen zu erbringen, sondern man hat sich darauf beschränkt, in seitenlangen Ausführungen die Not klarzulegen, und womöglich im oberflächlichen Vergleich, die scheinbar günstigere Lage anderer Berufsgruppen als Ziel der Forderungen zu bezeichnen. Daß diese verfehlte Methode zum Teil Schuld daran trug, daß die Lohn- und Besoldungskämpfe kaum abgeschlossen, immer wieder hydraartig von neuem auftauchten, kann nicht wundernehmen.

In seinem neu erschienenen Buch „Geist und Wirtschaft"[5]) nimmt auch Graf von Degenfeld-Schonburg zu den Untersuchungen Engels Stellung, indem er darauf hinweist, daß, selbst wenn man auch manches gegen diese Untersuchungen einzuwenden habe, es dauerlich sei, daß dieses Arbeitsgebiet seither brach gelassen wurde und daß wir heute nicht in der Lage wären, mit einiger Sicherheit die Frage zu beantworten, ob die Entlohnung der Geistesarbeiter den Ausbildungskosten entspricht. Unter Hinweis auf Cassel [6]) und Käthe Bauer-Mengelberg [7]) stellt er fest, daß, sofern die Frage überhaupt aufgeworfen, sie widersprechend beantwortet wurde, daß den neueren Richtungen die Vergleichungen der Selbstkosten der Arbeit mit dem Entgelt nicht mehr liegen würde, weil die Produktions-

[3]) Ähnlich Leonhard Achner, Der Wert der geistigen Arbeit mit besonderer Berücksichtigung des Beamtentums, Zeitschrift des bayer. statist. Landesamtes, Jahrg. 1927, S. 438.

[4]) E. Engel, Der Wert des Menschen, I. Teil, Der Kostenwert des Menschen, in: Volkswirtschaftl. Zeitfragen, H. 37/38, S. 1, Berlin 1883.

[5]) v. Degenfeld-Schonburg, Geist und Wirtschaft, Tübingen 1927, S. 160.

[6]) Cassel, Theoretische Sozialökonomie, S. 323.

[7]) Käthe Bauer-Mengelberg, Zur Theorie der Arbeitsbewertung, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 56, S. 147.

kostentheorie der Arbeit nicht ganz mit Unrecht in Verruf geraten sei und weist als Beweis hiefür auf v. Wieser hin, dessen Stellungnahme noch einer Betrachtung unterzogen werden soll. Zum Schlusse betont v. Degenfeld-Schonburg aber, daß diese Ablehnung derartiger Untersuchungen nicht hindern darf, sie dennoch vorzunehmen, auch wenn wir der Ansicht sind, daß die Löhne nicht durch die Kosten allein bestimmt werden.

Wie bereits erwähnt, hat sich mit besonderer Schärfe v. Wieser gegen die Übertragung des Kostengesetzes von den Produkten auf die menschliche Arbeit ausgesprochen. Er führt aus: „Von den Unterhaltskosten des Arbeiters gehen auf den Lohn keineswegs jene ausgleichenden Wirkungen aus, die wir von den Produktionskosten auf den Preis der Ware ausgehen sehen. Es war eine der schlimmsten Verirrungen der Arbeitstheorie, das Kostengesetz von den Produkten auf die menschliche Arbeit zu übertragen".[8]) Leider scheint es richtig, daß der Einfluß der Unterhaltskosten auf den Lohn nicht so weitgehend ist, wie jene von den Produktionskosten auf den Preis. Wie weiter unten dargelegt wird, ist in der Tat nicht die Abhängigkeit des Preises der Arbeit von den Produktionskosten der Arbeit festzustellen, sondern umgekehrt bedingt vielmehr der Preis der Arbeit die Produktionskosten, oder klarer ausgesprochen: der Arbeitslohn ist von eminenter Wichtigkeit für die Höhe der aufzuwendenden Produktionskosten. Die Beziehung zwischen Arbeitslohn und Produktionskosten ist also da, allerdings nicht so, als ob die Produktionskosten ein Bestimmungsgrund des Arbeitslohnes wären, sondern umgekehrt, daß dieser einen Einfluß auf die Produktionskosten der Arbeit hat. Die Frage nach der zahlenmäßigen Beziehung zwischen beiden ist aber dadurch nicht überflüssig, da es immer noch wichtig ist zu fragen, ob z. B. die aus dem Arbeitslohn gemachten Aufwendungen für die Produktion der menschlichen Arbeit rentieren, ob umgekehrt wieder der Preis der Arbeit die Produktionskosten deckt, ohne damit sagen zu wollen, daß die Produktionskosten ein Bestimmungsgrund der Arbeit sind. Dabei ist noch eine Einschränkung gerade hinsichtlich der Beamtenarbeit zu machen, da für diese wegen ihrer autorativen Regelung die Produktionskosten der Arbeit bei der Preisberechnung eine gewisse Rolle spielen, wie wir später sehen werden. — Leider erscheint es eben nur zu richtig, daß ein zu großer Aufwand an Erziehungs- und Ausbildungskosten schmählich vertan wird, indem später ein Hungerlohn dafür geboten wird. Wenn solche Untersuchungen gemacht wurden, so doch nur deswegen, um festzustellen, ob in der Hauptsache in der produktiven Periode, wenigstens das aufgewandte Kapital amortisiert wurde. Soll es nicht berechtigt sein, bei der Heranbildung menschlicher Arbeitskraft zu fragen, ob es sich finanziell rentiert besondere Aufwendungen zu machen, soll es hingenommen werden, daß z. B. dauernd eine große Zahl Menschen hervorragend ausgebildet werden, um schließlich eine Beschäftigung zu erhalten, für die eine geringere Ausbildung auch genügt hätte, und welche anderen Wege wären möglich, um z. B. eine solche Tatsache zahlenmäßig feststellen zu können, als dieser zurückgewiesene?

Brentano sagt wohl mit Recht, daß er an sich nichts Ungünstiges in der Tatsache finde, daß durch die neue Entwicklung die Arbeit zur Ware geworden sei. Das für den Arbeiter Ungünstige sieht er vielmehr darin ‚daß dieses nur formell der Fall sei, wegen der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und des Verhältnisses der Arbeitnehmer zu dem Arbeitgeber. Diese Lage gestaltet sich aber dann anders, wenn eine staatliche Gesetzgebung für ihn eintritt, und die Arbeiterschaft in Gewerkvereinen zusammengeschlossen ist.[9]) M. E. ist durch diese Arbeiterlohngesetzgebung die Möglichkeit geschaffen, die Arbeit mehr als bisher als Ware zu betrachten und deshalb das Produktionskostengesetz auf die Ware Arbeit zum Wohl der Einzelnen, als auch der gesamten Volkswirtschaft anzuwenden, womit ich natürlich nicht sagen will, daß der Preis der Arbeit einzig und allein auf den Produktionskosten aufgebaut sein soll. Wie wichtig es ist, die Produktionskosten der Arbeit nicht auszuschalten, werden meine späteren Ausführungen über die Beziehung des Problems zur Menschenökonomie zeigen.

Mag man auch an der Berechtigung dieser Untersuchungen noch zweifeln, Tatsache wird dennoch bleiben, daß der Fortschritt der Intensivierung der Wirtschaft zwangsläufig den Produzenten Mensch mehr in den Mittelpunkt der Betrachtungen als Objekt stellen wird. Der Gedanke der Physiokraten, daß der Boden die alleinige Quelle aller Güter sei, war zweifellos von größter Bedeutung für die Wirtschaftstheorie, und ähnlich wird es nicht minder wertvoll sein, wenn man den Menschen selbst als den Mutterboden aller Produktivität betrachtet. Raubbauartige Ausnützung der Menschenkräfte dürfte dabei nicht weniger verhängnisvoll sein, als die der Bodenkräfte.

Die Menschenphysiokratie wird das Problem unserer Zeit sein.

---

[8]) v. Wieser, Theorie der gesellschaftl. Wirtschaft in: Grundriß der Sozialökonomik, Tübingen 1924, S. 261/62.

[9]) Diehl und Mombert, Arbeitslohn. Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Oekonomie, III. Aufl., Karlsruhe 1921, S. 18/19.

Erstes Kapitel.

Geschichtliche und theoretische Grundlegung.

I. Die Geschichte dieser Untersuchungen.

Die älteste ähnliche Untersuchung wie die hier vorliegende, ist wohl die des bereits erwähnten Statistikers Engel aus dem Jahre 1874, worin der Preis der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen in den Jahren 1850, 1859 und 1869 mit den Selbstkosten der Arbeit verglichen wird.[1]) Eine geschichtliche Betrachtung des Problems wird aber notwendig auch diejenigen Arbeiten zu erwähnen haben, die als Anregungen jener Arbeit zu gelten haben und in denen wenigstens Teilgebiete als zu unserem Problem gehörig erscheinen.

In erster Linie war es die Frage nach dem Wert des Menschen, die leicht begreiflicher Weise im Zeitalter des Merkantilismus auftauchte und Teilgebiete unserer Untersuchung aufrollte. Es handelte sich also hier weniger um den Wert einer bestimmten Art von Menschen, sondern um den Wert der Gesamtbevölkerung eines Landes.

Der bereits erwähnte ehemalige Appellationsgerichtsrat zu Dresden Ch. G. Körner ist es, der von dem ersten [2]) derartigen Versuch, den William Petty der Ältere im Jahre 1690 in seinem Werk „Political Arithmetick" (1690) unternommen hat, berichtet. In dieser Untersuchung finden wir bereits den Gedanken, daß das Einkommen, das aus der Arbeit fließt, die Grundlage des staatswissenschaftlichen Wertes, der durchschnittliche Kapitalwert des Menschen sei.

Über das Verhältnis der Aufziehungskosten eines erwachsenen Mannes zu den Kosten der Erziehung einer Familieneinheit hat Cantillon, Essay Teil I, Kap. 11 Betrachtungen angestellt.[3]) Cantillon nimmt an, daß ein gewöhnlicher Arbeiter mindestens doppelt so viel verdienen muß, als zu seinem Unterhalt nötig ist, damit er wenigstens zwei Kinder erziehen kann. Wegen der Kindersterblichkeit,

[1]) E. Engel, Der Preis der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen in den Jahren 1850, 1859 und 1869 (Zeitschr. des kgl. preuß. Statistischen Büros, 14. Jahrg. 1874. S. 93.

[2]) Vgl. Engel, Der Wert des Menschen, I. Teil, Der Kostenwert des Menschen a. a. O., S. 14, auch
Woods Edward A., America's Human Wealth, the money value of human life. S. 70. New York 1927.

[3]) Vgl. Marshall, Handb. d. Volkswirtschaftslehre 1905, 4 Aufl., 1. Bd., S. 55.

die damals 50% aller Geborenen betrug, genügt dies nicht, es müssen vielmehr wenigstens vier Kinder aufzuziehen versucht werden, damit zwei die Aussicht haben, das mannbare Alter zu erleben. Der notwendige Unterhalt für vier Kinder mag nach ihm dem eines eines Mannes gleichkommen.[4])

In grundlegender Weise hat sich Adam Smith mit dem Problem befaßt und die Momente, die auf die Höhe des Preises der Arbeit Einfluß haben, erwähnt und dabei die Ungleichheiten, die von der Natur der Beschäftigungsarten selbst herrühren, näher beleuchtet. Er zeichnet hier bereits in klaren Strichen die Leitgedanken unserer Untersuchung, indem er die im Warenhandel beachteten Grundsätze auf die Ware Mensch überträgt. Er sagt: „Wenn eine kostspielige Maschine aufgestellt wird, so muß man erwarten, daß das auf ihr zu verfertigende außerordentliche Produkt, das Kapital, das zu ihrer Herstellung ausgelegt wurde, bis zur Zeit, wo sie abgenützt ist, wenigstens mit den gewöhnlichen Profiten wieder einbringt. Ein Mensch, der mit viel Arbeit und Zeit zu einem jener Geschäfte, die ungewöhnliche Fertigkeit und Geschicklichkeit erfordern, erzogen wurde, kann wohl mit einer jener kostspieligen Maschinen verglichen werden. Von der Arbeit, die er verrichten lernt, steht zu erwarten, daß sie ihm außer dem üblichen Lohn für gemeine Arbeit noch alle Kosten seiner Erziehung, zum wenigsten mit den gewöhnlichen Profiten eines gleich großen Kapitals, wieder einbringen werden. Auch muß dies in einer nicht zu fernen Zeit geschehen, wobei die höchst ungewisse Dauer des menschlichen Lebens ebenso wie die viel gewissere Dauer der Maschine in Anschlag gebracht werden muß. Der Unterschied zwischen dem Lohne für erlernte und dem für gemeine Arbeit beruht auf diesem Prinzip." [5])

Smith hat hier also die Kosten der Erziehung bereits in Beziehung gesetzt zu dem Preis der Arbeit, die auf Grund dieser Erziehung geleistet wird. Er hat aber diesen Faden an einer anderen Stelle weiter gesponnen, wo er ausführt, daß jenes Kapital, das die in Ausbildung zu einem bestimmten Berufe befindlichen, aber nicht ans Ziel gelangten verbraucht haben, diejenigen gewinnen müssen, die das Ziel ihrer Erziehung erreicht haben und den Beruf auszuüben imstande sind. Er erläutert das in folgender Weise: „Die Wahrscheinlichkeit, daß irgend eine bestimmte Person zu der Beschäftigung, für die sie erzogen wurde, je befähigt sein wird, ist in den verschiedenen Tätigkeiten sehr verschieden. Bei den meisten Hand-

[4]) Vgl. Smith, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes; Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, Bd. I, S. 87, Jena 1908.

[5]) Smith, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, a. a. O., S. 132.

werken ist der Erfolg fast sicher; äußerst unsicher hingegen ist er in den freien Berufsarten. Gib deinen Sohn zu einem Schuhmacher in die Lehre und es unterliegt kaum einem Zweifel, daß er lernen wird, ein Paar Schuhe zu machen; laß ihn aber Rechte studieren, und es ist wenigstens 20 gegen 1 zu wetten, daß er nicht soviel verdienen wird, um von seinem Beruf leben zu können. In einer ganz ehrlichen Lotterie müßten die, welche die Treffer ziehen, all das gewinnen, was die, welche die Nieten ziehen, verlieren. In einer Berufsart, wo 20 ihr Ziel verfehlen auf einen, der es erreicht, müßte der eine all das gewinnen, was von den erfolglosen 20 hätte gewonnen werden sollen. Der Rechtsanwalt, der vielleicht erst im 40. Jahre anfängt, mit seinem Berufe etwas zu verdienen, müßte nicht allein die Vergütung für seine eigene so langwierige und kostspielige Erziehung erhalten, sondern auch für die von mehr als 20 anderen, die wahrscheinlich niemals in die Lage kommen werden, etwas damit zu verdienen".[6])

Wenn nun auch diese Verhältnisse für die heutige Zeit nicht mehr voll zutreffen und wenn auch die Schlußfolgerung insofern hinkt, als schließlich auch diejenigen, die ihr gestecktes Ziel nicht erreichen, doch nicht absolut nutzlos Kapital in der Erziehungsperiode verbraucht haben, sondern mit ihren, wenn auch für den Anwaltsberuf nicht völlig genügenden Kenntnissen sehr wohl imstande sein werden, besser als viele andere in anderen Berufen aus den Produktionskosten ihrer Arbeit höheren Gewinn zu erzielen, so dürfen sie dennoch nicht völlig bei Produktionskostenberechnungen außer acht gelassen werden. In konsequenter Fortsetzung dieses Gedankens wird man aber zu der Erkenntnis kommen, daß diejenigen, die in ihrer Ausbildung oder während der produktiven Periode sterben, ohne ihre Erziehungs- und Ausbildungskosten amortisiert zu haben, durch Erhöhung der Einnahmen der Überlebenden zu berücksichtigen sind, ein Gedanke, auf den ich später zurückkommen werde.

Jean Baptiste Say, der geistreiche Interpreteur Adam Smith's, betrachtet das Einkommen teilweise als die Zinsen des aufgewendeten Erziehungs- und Bildungskapitals, zum Teil aber auch als den Ertrag eines natürlichen Fonds des Talents, der nach dem Einkommen geschätzt werden kann, nach Abzug des Betrages für die Amortisation der Erziehungskosten, den Say Leibrente nennt. Weiter führt er aus, daß es auch ein Risiko für die Eltern sei, Auslagen für ein kostspieliges Studium aufzuwenden, da viele junge Männer nicht so alt werden, daß sie den Ertrag ihres Arbeitsaufwandes ernten

[6]) Smith, a. a. O., S. 132.

können. Die Eltern opfern in diesem Fall einen Teil ihres Fonds und auch die Gesamtheit einen Teil ihres Vermögens. Es ist deshalb nötig, daß auch dieses Risiko durch den Preis der Arbeit entschädigt wird.[7])

Thünen ist nicht, wie seine großen Vorgänger der Meinung, daß der Preis der Arbeit nur die Summe der zum Lebensunterhalt notwendigen Subsistenzmittel sei. Er wendet sich gegen diese Ansicht, gegen diesen sogenannten natürlichen Arbeitslohn. In seinem Brief an seinen Bruder [8]) am 7. November 1830 nennt er den Zustand, wo der Lohn nur eine Kapitalvergütung ist, die Arbeit an sich aber nur durch den bloßen Unterhalt gelohnt wird, die Herrschaft des Kapitals. Erst dann, wenn die Lohnarbeit die gleiche Belohnung bekommt, wie die auf Kapitalerzeugung gerichtete, würde man den wahrhaft in der Natur begründeten Arbeitslohn, den naturgemäßen Arbeitslohn erhalten, der nach Untersuchung und Berechnung höher wäre als der natürliche Arbeitslohn. Der natürliche Arbeitslohn würde es mit sich bringen, daß die Kinder nahezu ohne Unterricht aufwachsen, höhere menschliche Kräfte nicht geweckt werden und letzten Endes die Armenfürsorge zur Selbstverständlichkeit wird, die den Menschen an seinen Geburtsort fesselt und in eine Art Sklaverei zurückführt. Erst der naturgemäße Arbeitslohn bedingt einen guten Unterricht, der die Fortdauer eines naturgemäßen Zustandes begründet, der dann die Armenfürsorge überflüssig macht und ein unabhängiges sorgenfreies und müheloses Alter für die unausgesetzten Anstrengungen in den Tagen der Kraft und Gesundheit gewährleistet.[9])

Mit dem Preis der Arbeit der Beamten beschäftigt sich zuerst Adolf W a g n e r in seiner Finanzwissenschaft. Er beleuchtet die Richtlinien einer vernünftigen Besoldungspolitik und die an eine solche zu stellenden Forderungen. Er erwähnt, daß für die Höhe des Totalgehaltes des Beamten, wie für jeden Arbeiter, die Selbstkosten der Arbeit maßgebend sind, da sie das Mindestmaß bilden, unter das der Preis keiner Arbeit dauernd herabsinken kann.

Erwähnt sei auch eine Abhandlung von Emil Witte „über die natürliche Höhe des Beamtengehaltes" im IV. Bande des XIII. Jahrg. von J. Faucher's, Vierteljahrschrift für die Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte.

[7]) Vgl. Engel, Der Wert des Menschen, a. a. O., S. 22.
[8]) Vgl. Engel, Der Preis der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen, a. a. O., S. 94.
[9]) Vgl. Engel, Der Preis der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen, a a. O., S. 94.

Im Jahre 1885 betrachtete William Farr, der Leiter der statistischen Abteilung des Generalzivilstandsregisteramtes in London, die Kosten und den gegenwärtigen und zukünftigen ökonomischen Wert des Menschen, wobei er den Gegenstand rechnungsmäßig behandelt und zum Geldwert des Menschen oder den Wert des zukünftigen Ertrages und den Kosten der Erhaltung eines landwirtschaftlichen Arbeiters in verschiedenen Lebensaltern gelangt. Der durchschnittliche ungefähre Kopfwert für diese Klasse Arbeiter beträgt ca. 300 Pfd. Sterling.[10]) Bereits im Jahre 1870 hat er eine Untersuchung „the economic value of the population itself" vorgenommen und im 39. Jahresbericht des oben erwähnten Amtes veröffentlicht. Farr schätzt dabei den Wert des englischen Volkes auf 5250 Millionen Pfd. Sterling, der zu dem Kapital für Ländereien, Häuser, Vieh, Kapitalien hinzugerechnet werden müßte.[11]) Er nimmt dabei Bezug auf einen früheren ähnlichen Versuch von Robert Giffen Direktor der statistischen Abteilung des großbritannischen Handelsamtes, der den Wert der Menschenverluste im deutsch-französischen Kriege auf ungefähr 600 Pfd. Sterling pro Kopf berechnet, aber er übersah, den Lebensverlust in die Gesamtkosten des Krieges einzurechnen.[12])

In der umfassendsten Weise und mit großer logischer Schärfe hat sich der Präsident des kgl. preuß. statist. Büros Dr. Ernst Engel mit dem Preis der Arbeit und seinen Bestimmungsgründen, insbesondere mit dem Kostenwert des Menschen auseinandergesetzt. Es bleibt sein unsterbliches Verdienst, daß er in weitblickender Weise bereits die menschenökonomische Bedeutung dieses ganzen Fragenkomplexes erkannt hat. Er hat bereits gesehen, daß es genau so wichtig ist, festzustellen, wie die menschliche Produktivkraft, das organische Kapital, am wirtschaftlichsten gewonnen werden kann, als jene, schon lange geläufigen Untersuchungen, nach der ökonomischsten Herstellung des anorganischen Kapitals vorzunehmen.

Im Jahre 1866 erschienen seine zwei Vorlesungen über den Preis der Arbeit.[13]) In der ersten Vorlesung setzt Engel das Wesen und den Preis der Arbeit auseinander. Er betrachtet die Arbeit als Tätigkeitsäußerung, die vom Menschen mit dem Leib, Verstand und Herz ausgeübt wird, wobei, je nach der Art der Arbeit, bald die Tätigkeit des Leibes, des Verstandes oder des Herzens die bedeutendste Stelle einnimmt. Interessant ist es, daß nach seiner Ausführung die Arbeit ihrem inneren Wert nach am höchsten steht,

[10]) Woods Edward, a. a. O., S. 71.

[11]) Engel, Der Wert des Menschen, a. a. O., S. 20.

[12]) Woods Edward, a. a. O., S. 71.

[13]) Engel, Der Preis der Arbeit in: Sammlg. gemeinverständl. wissenschaftl. Vorträge, herausgeg. von Rudolf Virchow und Fr. v. Holtzendorff.

welche von allen drei Bestandteilen derselben gleichzeitig, und zwar in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum, ein Maximum erfordert, und deren Erfolge, des hohen Einsatzes wegen, von weitreichendem und nachhaltigem Einfluß sind. Leib, Verstand und Herz sind nach Engel Gaben der Natur, natürliche Fonds, die größer und bedeutungsvoller sind, als alle übrigen geschaffenen auf Erden. Diese in den Menschen gelegten Naturfonds können aber nur durch Kapital und Arbeit nutzbar gemacht werden. Wie der Neugeborene vom ersten Moment seiner Geburt an Gegenstand wirtschaftlicher Opfer und finanzieller Ausgaben ist, um den Leib zu erhalten, so muß auch der Verstand entwickelt und das Herz gebildet werden. Es sind dies die Aufgaben der elterlichen Erziehung, des Unterrichts in der Schule und im Hause. Diese Momente liefern dann nach Beendigung der unproduktiven Periode, was man Arbeit nennt. Da die Arbeit als Produktionsfaktor kein einfacher, sondern ein zusammengesetzter Begriff ist und zwar zusammengesetzt aus den nämlichen Produktionsfaktoren, von welchen er einen Teil bildet, aus Natur, Arbeit und Kapital, so kann auch der Preis der Arbeit kein einfacher Begriff sein. Er muß den Komponenten, der Arbeit entsprechend, eine Entschädigung der Aufwendungen sein, welche nötig waren, um den Menschen, welcher die Arbeit leistet, hierzu zu befähigen.[14]) Also nur vom rein materiellen Aufwand spricht hier Engel, nicht von den unschätzbaren Gaben, womit die Natur den einen Menschen überreich, die große Menge mittelmäßig und wieder andere nur dürftig ausgestaltet hat. Er erkennt damit die Grenzen und die Bedeutung seiner Untersuchungen. Wenn der Preis gewisser menschlicher Arbeiten weit über dem steht, der sich unter Zugrundelegung der Selbstkosten ergibt, so muß das Plus notwendig auf Rechnung der natürlichen Fonds kommen. Er vergleicht die Auswirkung jener Fonds mit jenen in Grund und Boden, wo sie zur Entstehung der Grundrente Veranlassung geben. Der Besitz solcher Fonds ist für den Menschen das, was eine von der Natur hochbegünstigte klimatische und agronomische Beschaffenheit für eine bestimmte Fläche ist. So wie diese natürliche Auszeichnung eines der stärksten Momente der Entstehung und Fortdauer der Grundrente ist, ebenso ist die natürliche Auszeichnung durch Genie, oder auch nur durch Talent und durch physische Kräfte dieser oder jener Menschen über das Durchschnittsniveau ihrer Umgebung, die Ursache einer persönlichen Grundrente. Das Umgekehrte gilt gleichfalls vom Menschen, wie vom Boden. Arme von der Natur vernachlässigte Böden sind trotz allem darauf ver-

[14]) Engel, Der Preis der Arbeit, a. a. O., S. 12/13.

wendeten Kapitals und aller Arbeit nicht zu einem lohnenden Ertrag zu bringen. Ihnen vergleichbar sind die Menschen, welche die Natur entweder körperlich oder geistig oder in beiden Hinsichten stiefmütterlich bedacht hat und deren Arbeit infolgedessen — wenn sie überhaupt arbeiten können — keinen Lohn wert ist und auch keinen Lohn empfängt. Engel faßt die Einflüsse auf den Preis der Arbeit in physische, geistige, sittliche, religiöse, wirtschaftliche, soziale und politische zusammen.

In der zweiten Vorlesung verbreitet sich Engel über die Selbstkosten der Arbeit. Er teilt dieselben in drei Gruppen ein.

1. Das in der Jugendperiode aufgewendete Erziehungs- und Bildungskapital.
2. Die Kosten der Erhaltung des Lebens und der Arbeitskraft während der Arbeitsperiode.
3. Die Kosten der Erhaltung des Lebens während der Altersperiode.

Hier stellt Engel bereits fest, daß die Selbstkosten der Arbeit in der produktiven Periode, die natürlich verschieden groß sein kann, wieder hereingebracht werden müssen. Auch müssen die Selbstkosten umso beträchtlicher sein, je länger die erste unproduktive Periode währt, je größer der zu tilgende Erziehungs- und Bildungsaufwand ist, je mehr Aufwand die Krafterhaltung und Erneuerung in der Arbeitsperiode in Anspruch nimmt, je gefährlicher die Arbeit für die Gesundheit und das Leben ist und je größer die Erwerbsstörungen durch äußere Ursachen in der produktiven Periode sind. Engel erläutert dies in drei Beispielen.

Er kommt nach diesen zu dem Schlusse, daß „jede Position seiner Selbstkostenberechnung beweise, daß geistige Bildung ein viel teuerer Stoff sei, und viel langsamer wachse, als physische Kraft, daß erstere darum höher gelohnt werde, ist nur recht und billig; ja es ist auch notwendig, denn jede Produktion, bei welcher die Selbstkosten nicht gedeckt werden, verschlechtere sich, bis sie endlich gänzlich unterlassen wird. Forderungen ebenso hoher Löhne für die physische Kraft wie für die Geistesarbeit entbehren ebenso sehr der Begründung, wie das hier und da hervortretende Streben, den Preis der Geistesarbeit auf das Niveau der physischen Arbeit hinabzudrücken, eine krasse wirtschaftliche Ignoranz verrät.“ [15])

Hat Engel in den eben erwähnten Untersuchungen lediglich aus den Selbstkosten der Arbeit gefolgert, welche Mindesthöhe das Einkommen in der produktiven Periode erreichen sollte, so stellt er

[15]) Engel, Der Preis der Arbeit, a. a. O., S. 56.

in seiner nächsten Untersuchung „Der Preis der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen in den Jahren 1850, 1859 und 1869“ [16]) die Selbstkosten der Arbeit von Eisenbahnbeamten ihrem tatsächlichen Durchschnittsgehalt gegenüber.

Die Anregung zu dieser Arbeit ging in erster Linie von dem im Jahre 1863 in Berlin tagenden internationalen statistischen Kongreß aus, der sich u. a. auch mit der Statistik der Preise und Löhne beschäftigte. Auf Grund eingehender Debatten wurden bezüglich der Gehalte und Löhne folgende Beschlüsse gefaßt:

„Die Statistik des Preises der Arbeit, das ist der Gehälter und Löhne bei den Eisenbahnern, ist in erster Linie zu empfehlen; außerdem ist

1. der Staatsregierung in Bezug auf Bergbau, namentlich Steinkohlenbergbau, Hütten- und Salinenwesen, Forstverwaltung, Post- und Telegraphenverwaltung,
2. den Gemeinden bezw. Stadtbehörden in Bezug auf die Lohnverhältnisse im Kreise ihrer Verwaltungen,
3. den Fabrikbesitzern und Aktiengesellschaften und den Gewerbs- und Handelsvorständen namentlich in Bezug auf die Lohnverhältnisse in Fabrikationszweigen mit besonders ausgebildeter Arbeitsteilung bei mannigfaltiger gewerblicher Beschäftigung und im Schiffahrtsverkehr,
4. überhaupt aber den statistischen Vereinen, landwirtschaftlichen Vereinen und dgl.

die Ausführung gleicher Arbeiten, sowie die Förderung und Unterstützung derselben auf das Wärmste zu empfehlen.[17])

Er unterscheidet für seine Untersuchung drei Beamtengruppen und zwar:

1. Beamte mit gewöhnlicher Schulbildung,
2. Beamte mit abgebrochener oder vollendeter Real- oder Gymnasial-, Ackerbau-, Gewerbe- oder Handelsschulbildung,
3. Beamte mit abgebrochener oder vollendeter Universitäts- oder fachakademischer Bildung.

Bei der Berechnung der Selbstkosten der Arbeit dieser Beamten wurde, im Gegensatz zu den früheren Untersuchungen, nicht nur die wahrscheinliche Dauer des menschlichen Lebens, sondern auch die Wahrscheinlichket des glücklichen Erfolges mit in Betracht gezogen. Engel folgt hier bereits dem oben zitierten Gedanken von

[16]) Engel, Der Preis der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen in den Jahren 1850, 1859 und 1869, Zeitschr. d. kgl. preuß. statist. Büros, 14. Jahrgang 1874.

[17]) Ebenda S. 93.

Adam Smith. Engel errechnet einen jährlichen Gesamtaufwand in Taler für

Kategorie 1	Kategorie 2	Kategorie 3
282,821	619,455	918,428

Unter Benützung umfangreichen statistischen Materials stellt Engel dann die Durchschnittsgehalte der drei Beamtenkategorien für die Jahre 1850, 1859 und 1869 fest. Es ergeben sich folgende Preise der Arbeit:

	1850 Taler	1859 Taler	1869 Taler
1. Kategorie	226	247	272
2. Kategorie	393	497	640
3. Kategorie	882	1105	1188,

die er den vorne berechneten Selbstkosten gegenüberstellt.

Als Grund, warum in der ersten Kategorie die tatsächlichen Gehalte um 10 Taler hinter den Selbstkosten zurückbleiben, sieht Engel die Tatsache an, daß in dieser Kategorie die Frau in der Mehrzahl der Fälle mit erwirbt, d. h. ihre Erziehungskosten selbst tilgt, indem sie den Erlös ihrer Arbeit zur Erhaltung der Familie mit verwendet, und nicht selten mit Rücksicht hierauf, die Selbstkosten der Arbeit des Mannes im wirklichen Preise seiner Arbeit nicht genügend gedeckt werden.[18]) Wenn umgekehrt bei den Beamten der Kategorie 2 und 3 die Selbstkosten um ca. 20 bezw. 270 Taler hinter den tatsächlichen Gehältern zurückbleiben, so glaubt Engel, daß der Grund in der ungenügenden Berücksichtigung der Amortisation des Erziehungsaufwandes und der Erhaltungskosten der Frau zu suchen sei. Wenn auch in dieser Untersuchung die Selbstkosten der Frau in den Preis der Arbeit des Mannes noch nicht eingerechnet sind, so erkennt Engel dennoch die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme. Engel führt aus, daß den Frauen, wenn sie sich nicht verheiraten, keine Gelegenheit gegeben sei, die Amortisation ihres Erziehungskapitals zu erreichen. Sie müssen mit einem um den Betrag der Tilgungsraten gekürzten Preis ihrer Arbeit vorlieb nehmen, ihr Lohn wird also mehr als um das Minderverhältnis ihrer Leistungen tiefer stehen, als der Lohn der männlichen Arbeiter, die in der Hauptsache verheiratet sind. In dem Augenblick aber, in dem unverheiratete aber heiratsfähige weibliche Personen in den einzelnen Betriebszweigen vorhanden sind, und ihre Zahle einen Einfluß auf die Lohnhöhe oder den Preis der Arbeit nimmt, sinkt die Heiratsziffer der Bevölkerung ziemlich rasch. Die durch diese Verhältnisse bedingten niedrigen Löhne ermöglichen

[18]) Ebenda S. 96 und 112.

den Männern kein Arbeitsangebot in diesen Industriezweigen. Ist auch dieser Folgerung nicht voll beizupflichten, wenigstens heute nicht mehr, so mag dennoch die ebenfalls daraus abgeleitete Behauptung wohl richtig sein: „Soll der Staat bestehen, soll der Nationalreichtum nicht mehr sinken, sondern wachsen, so müssen die Männer im Preis ihrer Arbeit mindestens auf die oben nachgewiesenen Selbstkosten kommen, in welchen außer den Tilgungsraten ihres eigenen Erziehungskapitals, auch das ihrer Frauen zum größeren oder geringeren Teil mit eingeschlossen ist.[19])

Das häufige Ersuchen an das kgl. preuß. statistische Büro, nähere Auskunft über die Gehaltsverhältnisse der Staatsbeamten in Preußen zu geben und eine Zusammenstellung der persönlichen Ausgaben der preußischen Behörden in der zweiten Hälfte des 1876 erschienenen 4. Jahrgangs der Jahrbücher für die amtliche Statistik unter dem Titel: „Die Zahl und die Besoldung der unmittelbaren Staatsbeamten und die sonstigen persönlichen Ausgaben im Jahre 1875 nach den Anlagen zum Staatshaushaltsetat pro 1875“ haben in Engel den Gedanken reifen lassen und die Grundlagen geboten, eine neue Untersuchung über den Preis der Arbeit anzustellen. Sie ist unter dem Titel: „Der Preis der Arbeit im preußischen Staatsdienste im Jahre 1875“ in der Zeitschrift des kgl. preuß. statistischen Büros vom Jahre 1875 erschienen.

Mit Hilfe eines umfangreichen statistischen Materials stellt Engel die Zahl und Besoldung der unmittelbaren Staatsbeamten, sowie die sonstigen persönlichen Ausgaben im Jahre 1875 für die einzelnen Verwaltungsbehörden fest. Die Besoldung ist in das Gehaltsminimum, Gehaltsmaximum und den Durchschnitt gegliedert. Von dem Grundsatze ausgehend, daß der Preis der Arbeit, wenn er mit den Selbstkosten verglichen werden soll, nur für Durchschnittsindividuen ganzer Kategorien gebildet werden darf, erfolgt auch hier wieder die Gliederung in höhere Beamte, Subalternbeamte, Unterbeamte und sonstige Beamte. Das Hauptergebnis des tatsächlichen Preises der Arbeit stellt sich folgendermaßen dar:

Beamtenkategorie	Zahl der Beamten	Besoldung M	Durchschnitt pro Beamter
Höhere Beamte	9499	38 777 725	4 082,3
Subalternbeamte	25 433	47 912 025	1 883,8
Unterbeamte	39 217	40 008 890	1 020,2
Sonstige Beamte	313	402 525	1 286,0

Beim Vergleich dieses Ergebnisses mit den bereits erwähnten theoretisch berechneten Selbstkosten der Arbeit, in der Abhandlung

[19]) Ebenda S. 122.

über den Preis der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen, fiel nun das Zurückbleiben dieser Selbstkosten der Arbeit hinter obigen Durchschnittsgehältern der Staatsbeamten in Preußen auf. Engel sieht den Grund in der Hauptsache darin, daß die Selbstkosten der Frauen in jener Feststellung keine Berücksichtigung gefunden hat, was sich natürlich ganz besonders dann auswirken muß, wenn die Frauen nicht durch bezahlte Arbeit ihre Selbstkosten selbst tilgt, wie dies am meisten bei den Unterbeamten und am wenigsten bei den höheren Beamten vorkommt. Das Ergebnis dieser Überlegung liegt nach Engel darin, daß man die Erziehungs-, Bildungs- und Erhaltungskosten der Frauen auf die Hälfte jener drei Bildungskategorien der Männer bemessen darf, eine Maßnahme, die für die heutigen Verhältnisse nicht mehr zutreffen dürfte. Von diesen 50% glaubt nun Engel, daß in der untersten Kategorie zwischen 25—50, in der mittleren Kategorie bis 25 durch Arbeit gegen Entgelt von den Frauen selbst eingebracht werden. Für die höchste Kategorie hält er einen lohnenden Erwerb der Hausfrau für eine große Seltenheit.

Eine genauere Untersuchung der Einflüsse auf die Arbeitspreisbildung läßt Engel neben den Selbstkosten der Arbeit, neben der Berücksichtigung der Selbstkosten der Frau, eine Anzahl Preiselemente einschalten, die bei der Feststellung der Selbstkosten der Arbeit in jener Abhandlung über den Preis der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen noch fehlten. Neben jenen hauptsächlich dort aufgeführten persönlichen Preiselementen werden nunmehr noch sachliche Elemente, wie Rangzulage, örtliche wie Ortszulage und zeitliche wie Alterszulage in die Selbstkosten eingegliedert.

Untersucht werden nun die Selbstkosten eines höheren, eines mittleren und eines unteren Beamten bei einer Zentralbehörde ersten Ranges (einem Ministerium) in Berlin. Jeder dieser drei Beamten ist verheiratet mit einer Frau seines Bildungsstandes und hat eine bezahlte Dienstzeit von 20 Jahren hinter sich, die für den höheren Beamten im Alter von 30 Jahren, bei dem mittleren Beamten im Alter von 25 Jahren begann, während die des unteren Beamten (Militäranwärters), mit dem Eintritt in den Heeresdienst im Alter von 20 Jahren ihren Anfang nahm. Angenommen wurde ferner, daß keiner der drei Beamten für Kranken-, Invaliditäts- und Altersversorgung Prämien zu zahlen habe, da der Staat dafür aufkommt, was jedoch nicht für die Witwen- und Waisenversorgung in Frage kommt. Der Wohnungsgeldzuschuß des Staates, der in den meisten Fällen 50—75% der Wohnungskosten deckt, wurde berücksichtigt. Das Durchschnittssterbealter wurde für alle drei Fälle mit 60 Jahren angenommen.

Wären die Selbstkosten der Arbeit allein maßgebend, so hätten diese drei Beamten Anspruch auf folgende Gehälter:

Höhere Beamte	Subalternbeamte	Unterbeamte
M	M	M
7 221,3	3 479,3	1 393,5

Engel mißt dieser Untersuchung mehr theoretische Bedeutung bei, indem er darauf hinweist, daß die in Betracht gezogenen Fälle nur ideelle, sich mehr oder weniger an die Wirklichkeit anlehnende Beispiele sind und betont auch, daß die sachlichen und zeitlichen Preiselemente mehr in das Gebiet des Preises der Arbeit, als in den Bereich der Selbstkosten fallen.

Der Vergleich der ermittelten Selbstkosten mit den auf S. 25 erwähnten Durchschnittsgehältern in Preußen läßt erkennen, daß die Selbstkosten der höheren und mittleren Beamten den tatsächlichen Gehalt um 732 bezw. 435 M übertreffen, während bei den Unterbeamten der Gehalt die Selbstkosten um 91 M übersteigt.

Weiterhin wird auch die Frage beleuchtet, ob der Beamte gleich viel erhält, wenn er während der ganzen Dienstzeit seines Lebens den gleichen Gehalt, oder aber wenn er infolge von Beförderung ein steigendes Gehalt bezieht. Das Ergebnis ist folgendes: Der höhere Beamte erhält bei 30 jähriger Dienstzeit etwa 8 Jahre die Assessordiäten von 300.— M im Durchschnitt . . . . 24 000.— M
22 Jahre den Regierungsratsgehalt von 5100.— M, im Durchschnitt . . . . . 112 200.— M
136 200.— M

Nach dem theoretischen Beispiel:
4814,3 M [20]) × 30 = ... 144 429.— M.

Der Subalternbeamte erhält in einer 35 jährigen Dienstzeit etwa 10 Jahre das Kanzlistengehalt von 1500.— M, im Durchschnitt . . . . . 15 000 M
25 Jahre das Kalkulatorgehalt von 2700.— M, im Durchschnitt . . . . . 67 500.— M
82 500.— M.

Nach dem theoretischen Beispiel:
2319,62 × 35 = ... 81 186,7 M.

Der Unterbeamte bezieht 28 Jahre das Kanzleidienergehalt von 1000.— M, im Durchschnitt . . . . . 28 000.— M
und nach dem theoretischen Beispiel:
929,0 × 28 = ... 26 012.— M.

[20]) 4814,3, 2319,62 und 929,0 stellen die Selbstkosten der Arbeit dar, ohne Berücksichtigung der sachlichen, örtlichen und zeitlichen Elemente, die in den Selbstkostenbetrag von 7221,3 3479,3 und 1393,5 enthalten sind.

Der höhere Beamte würde sich bei Fortdauer gleichen, den Selbstkosten entsprechenden, Gehaltes etwas besser stellen. Der mittlere und untere Beamte nur ganz unwesentlich schlechter. Im Ganzen ist also eine sehr gute Übereinstimmung zu erkennen. Engel kommt zu dem Ergebnis, „daß der preußische Staat bei aller Straffheit, die er im Dienst fordert, zu den humansten Arbeitgebern gehört".

Im Abschnitt X dieser Abhandlung wird dann untersucht, wieviel Kinder die einzelnen Beamtenkategorien erziehen können, wenn davon ausgegangen wird, daß Tilgungsraten für das Erziehungs- und Bildungskapital der Eltern wieder zur Erziehung von Kindern Verwendung finden soll. Ein höherer Beamter kann sich demnach nur gestatten, zwei Knaben studieren zu lassen. Einem mittleren Beamten würden dazu fast die Hälfe der Mittel fehlen, während ein Unterbeamter überhaupt nicht daran denken kann. Wenn es dennoch geschieht, „so ist das eben ein Bildungsluxus, den sich dieser Mann erlaubt und der wirtschaftlich genau die nämlichen Folgen nach sich zieht, wie jeder andere Luxus: den wirtschaftlichen Ruin, nebst Unmöglichkeit der Durchführung des Luxus", eine Ansicht, die wenigstens hinsichtlich der geschilderten Folgen als nicht völlig zutreffend bezeichnet werden dürfte.

Im Jahre 1883 bringt nun Engel eine genauere Analyse des Kostenwertes des Menschen,[21]) worin er selbst einen geschichtlichen Abriß über diese Untersuchungen gibt und dabei in erster Linie der Arbeiten des Mathematikers und Lebensversicherungstechnikers Prof. Dr. Wittstein [22]) und Dr. Lüdtges [23]) gedenkt, die hier nur erwähnt werden sollen.

Sofort zu Beginn seiner Arbeit sehen wir eine Maßnahme, die er mit der Schwierigkeit des Problems begründet. Ausgehend von der Überlegung, daß wir nicht wissen, welche Kosten die Geburt, der Unterhalt, die Erziehung und Bildung von Knaben und Mädchen der verschiedenen Bildungsgrade verursachen, glaubt er kein anderes Hilfsmittel zu haben, als von einer bestimmten, in der großen Mehrzahl der Fälle der Wirklichkeit möglichst nahekommenden, Werteinheit auszugehen und diese allmählich proportional wachsen zu lassen, eine Maßnahme, die schon evtl. Fehler in der Festlegung der Werteinheit ebenfalls proportional wachsen läßt.

[21]) Engel, Der Wert des Menschen, I. Teil, Der Kostenwert des Menschen in: Volkswirtschaftliche Zeitfragen, H. 37/38, Berlin 1883.

[22]) Th. Wittstein, Mathematische Statistik und deren Anwendung auf die Nationalökonomie und Versicherungswissenschaft (III. Der Kapitalwert des Menschen), Hannover 1867.

[23]) Lüdtge, Über den Geldwert des Menschen und über den Versicherungswert des Menschen, Dtsch. Vers.-Ztg. Nr. 56 und 62 vom Jahre 1873.

Der Aufwand, den ein junger Erdenbürger bis zum Augenblick seiner Geburt schon verursacht hat, wurde gleich 100 Werteinheiten gesetzt und angenommen, daß sich dieser Aufwand jährlich um 10 solcher Werteinheiten erhöhen wird, sodaß er sich also im ersten Lebensjahr auf 110, im zweiten auf 120, usw. beläuft. Da er die Kostenberechnung von männlichen Personen mit niederen, mittleren und höheren Bildungszielen beabsichtigt, nimmt er weiter an, daß, wenn der Aufwand von 100 Werteinheiten eines jungen Erdenbürgers bis zur Geburt dem eines Kindes mit niederem Bildungsziele entspricht, der eines Kindes mit mittlerem Bildungsziele das doppelte, also 200, und derjenige eines Kindes mit höherem Bildungsziele das dreifache, also 300 beträgt. Auch der weitere Zuwachs von Werteinheiten pro Jahr zeigt das gleiche Verhältnis, und da er für das Kind mit niederem Bildungsziele gleich 10 gesetzt wird, ist der des Kindes mit mittlerem Bildungsziele 20, und jener für das Kind mit höherem Bildungsziele 30.

Die konsumtive Bedeutung des Menschen wächst also ständig und wie angenommen wird, bis zum 25. Lebensjahr. Wenn bei der Geburt eine solche entsprechend den obigen Ausführungen gleich 1,0 gesetzt wird, beträgt dieselbe im 10, Lebensjahr 2,0, im 20. gleich 3,0, im 26. gleich 3,6, ein Verhältnis, das bereits im oberflächlichen Beschauer Zweifel aufkommen läßt, für den Fachmann aber Gelegenheit gibt, die Unrichtigkeit an neueren Untersuchungen wenigstens für die heutigen Verhältnisse nachzuweisen. Diese Werte für die konsumtive Bedeutung nennt Engel Gliedeinheiten.

Die Unzulänglichkeit eines solchen Verfahrens liegt auf der Hand. Mit dieser Annahme ist das schließliche Ergebnis bereits weitgehend festgelegt und der Statistik Gewalt angetan. Wenn man die Frage nach dem Kostenwert von Menschen mit verschiedenen Bildungszielen stellt, darf man nicht von vornherein ein landläufiges Wertverhältnis zur Grundlage der Untersuchung nehmen, dieses Wertverhältnis kann selbst nur Ergebnis einer Untersuchung sein.

Engel setzt nun die Kostenwerteinheiten der männlichen Personen der verschiedenen Bildungsstufen bei der Geburt auf 100, 200 und 300 Einheiten fest. Diese Werte läßt er entsprechend den obigen Ausführungen jeweils um $^1/_{10}$ wachsen, und erhält damit die jährlichen Kostenwerteinheiten bis zum Beginn der produktiven Periode.

Der Anregung E. Herrmanns [24]) folgend, der sich dagegen wendet, daß der Mensch scheinbar als kostenloses Produkt, das im Überfluß vorhanden ist, betrachtet wird und als wertsteigernd auch

[24]) Em. Herrmann, Prinzipien der Wirtschaft, Wien 1873.

die Sterblichkeit, insbesondere im ersten Lebensjahre ansieht, ermittelt Engel dann in einer weiteren Tabelle den Kostenwert der überlebenden männlichen Personen, unter Zugrundelegung der Absterbeordnung [25]) des preußischen Volkes, wonach von je 100 000 geborenen Knaben und Mädchen nur 62 304 Knaben und 65 086 Mädchen das 10. Lebensjahr erreichen, das 15. nur 60 948 Knaben und 63 665 Mädchen und das 20. Jahr nur 59 250 männliche und 61 809 weibliche Personen. Das Ergebnis zeigt, daß von Bedeutung in der Hauptsache die verhältnismäßig geringen Aufwendungen der in den ersten beiden Lebensjahren Gestorbenen sind.

Weiterhin wird der Kostenwert der Menschen durch den Kapitalzins gesteigert. Das Maß der Steigerung ergibt sich aus der Verzinsung des für die Erziehung des Kindes aufgewandten Kapitals bis zum Beginn der produktiven Periode. Die Berechtigung dieser Maßnahme leitet Engel aus der Wirtschaft ab. Er fragt: „Wie wäre z. B. eine rationelle Forstwirtschaft möglich, ohne die Kapitalisation der terminlichen, jedoch vor Abtrieb des Waldes nicht einziehbaren Zinsen?“ [26]) Auch die Hinzurechnung der sogen. Bauzinsen zum Anlagekapital beim Eisenbahnbau stellt eine gleiche Maßnahme dar. Die geldwerten Leistungen der Kinder bleiben unberücksichtigt, da sie für Stadthaushaltungen wenig Bedeutung haben, höchstens auf dem Lande eine Rolle spielen. Die Vorteile der Eltern dadurch sind nicht so bedeutend, daß man als Äquivalent dafür die Zinsen für das Erziehungskapital unberücksichtigt lassen könnte.

Der Kostenwert der männlichen Personen mit Sterblichkeitszuschlag und Zinsen zu 4% beträgt nach den Berechnungen am Ende der produktiven Periode, die bei Knaben mit niederen, mittleren und höheren Bildungszielen bei 15, 20 und 25 Jahren angenommen wird, 3738,16, 12 137,56 und 27 547,23 Mark.

Die gleiche Methode wird zur Kostenberechnung von Mädchen verwendet. Es werden dabei aber nur zwei Bildungsziele unterschieden und zwar neben dem niederen Bildungsziel das der Höheren Töchterschule. Die Hochschulbildung bezeichnet Engel als für die weibliche Jugend so gut wie nicht vorhanden. Der weitere Unterschied zwischen der Kostenberechnung für Knaben und Mädchen liegt in der Zinsenanrechnung. Sie wurde für Mädchen über das erfüllte 10- Lebensjahr hinaus unterlassen mit Rücksicht auf die einsetzende Nützlichkeitsmachung im Haushalt. In gleicher Weise, wie für Knaben mittleren Bildungszieles das Doppelte der Kosten wie für solche niederen Bildungszieles in Ansatz gebracht wurde, geschah es auch für die Mädchen.

[25]) Im Jahre 1883 ist vom kgl. preuß. statist. Büro eine sog. ausgeglichene Absterbeordnung publiziert worden, sie weicht von der unausgeglichenen nur wenig ab. Den Berechnungen Engels sind die Zahlen der letzten zugrunde gelegt.

[26]) Engel, Der Kostenwert des Menschen, a. a. O., S. 67.

Damit hat Engel selbst seinen früheren eigenartigen Standpunkt verlassen, daß man die Erziehungs- und Bildungs- und Unterhaltungskosten der Frau als die Hälfte jener der entsprechenden Bildungskategorie des Mannes bemessen darf.

Wie aus Seite 67 und 75 der besprochenen Abandlung Engels hervorgeht, wollte er in einem zweiten Teil vom Ertragswert des Menschen sprechen und diesem den im ersten Teil ermittelten Kostenwert des Menschen zugrundelegen. Der Tod hat seiner Tätigkeit aber vorzeitig ein Ziel gesetzt, sodaß es zur Ausführung dieser Absicht nicht mehr kam.

Im Jahre 1895 hat Engel, durch seine bisherigen Arbeiten von der großen Wichtigkeit der statistischen Erfassung der Lebenshaltungskosten überzeugt, eine Arbeit „Die Lebenshaltungskosten belgischer Arbeiterfamilien“ erscheinen lassen, die ihres Zusammenhangs mit dem Problem wegen, hier noch Erwähnung finden soll.

Damit sind wir am Ende der Betrachtung der Arbeiten Engels, die einen Hauptinhalt seines Lebenswerkes darstellen, angelangt. Wie niemand vor ihm, so hat auch niemand nach ihm das Problem in der gleichen Totalität erfaßt.

Meist waren es Untersuchungen ausländischer Nationalökonomen über den Wert des Menschen, oder besser gesagt, über den Wert der Bevölkerung eines Landes, die einen Teil unseres Problems aufrollten, sei es, daß sie diesen Wert auf den Produktionskosten, also dem Kostenwert des Menschen, sei es, daß sie ihn auf dem Ertragswert, also dem Wert seiner Produktion aufbauten.

Zu erwähnen wären hier die Arbeiten John S. Nicholson's, der im Jahre 1891 den Wert des lebenden Kapitals des vereinigten Königreichs unter Zugrundelegung des Ertragswertes ermittelte,[27]) ferner jene Prof. Marshall's, der in seinen „Principles of Economics“ vom Kostenwert ausging,[28]) ferner Arbeiten des Franzosen M. Barriol, welche meist Schätzungen über den Wert des menschlichen Lebens waren.[29])

Die Untersuchung Woods selbst über den Geldwert des Menschen geht vom Ertragswert aus. Der angenommene Durchschnitts-

[27]) Vgl. Marshall Alfred, Handbuch der Volkswirtschaftslehre. Erster Bd. Stuttgart-Berlin 1905, S. 557.

[28]) Vgl. Woods Edward, a. a. O., S. 72.

[29]) Ebenda S. 72 und 73.

ertragswert beträgt pro Jahr 1387 Dollar. Er betrachtet aber auch den Kostenwert und erwähnt u. a. eine Untersuchung, wonach der Kostenwert eines Menschen, dem eine sorgfältige Bildung zuteil wurde, mit 18 Jahren 7238 Dollar beträgt, mit Sterblichkeitszuschlag und Zinsen aber 10 047 Dollar.[30])

Teile unseres Problems rollen auch Dr. Leo Zeitlin auf in seinem interessanten Gutachten [31]): „Versuch, das durch übergroße Sterblichkeit entstehende Defizit, sowie den durch Verlängerung der menschlichen Lebensdauer evtl. zu erzielenden Gewinn auf Grundlage einer Berechnung des wirtschaftlichen Wertes des Menschen ziffernmäßig festzustellen."

Ebenso wäre noch die Dissertation von K. F. Fuchs:[32]) „Die zahlenmäßige Erfassung des Wertes der Heilanstalt für die Volkswirtschaft" erwähnenswert.

Ebenfalls eine Schweizer Arbeit, die hierher gehört, ist diejenige von J. H. Waser, die betitelt ist: „Versuch, den Wert der menschlichen Arbeitskraft in jedem Altersjahre vom ökonomischen Standpunkte aus zu betrachten" [33]), und schließlich die Arbeit Thalmanns: „Der materielle Wert der menschlichen Arbeitskraft" [34]). Er versucht darin den wirtschaftlichen Wert der menschlichen Arbeitskraft in seiner Abhängigkeit vom Alter zu bestimmen.

Zwei Arbeiten aus neuester Zeit sind milieubedingt. Sie sind aus dem Besoldungskampfe der Beamtenorganisationen hervorgegangen.

Als die Beamten nach dem Ende der Inflation, für deren Ausmaß man auch ihre „hohe Besoldung" verantwortlich machte, mit einem Gehalt vorlieb nehmen mußten, der ein Drittel ihrer einstigen Vorkriegsbezüge betrug, als die Angriffe aus der Wirtschaft und den freien Berufen in dem Satze gipfelten: „Die Beamten fressen den Staat auf", da setzte die genauere zahlenmäßige Untersuchung ein.

Die erste derartige Untersuchung ist in der Stellungnahme des deutschen Beamtenbundes zur Denkschrift des Reichsministers der Finanzen über die Besoldung der Reichsbeamten vom 19. März 1925, die an den Reichstag gerichtet ist, enthalten. Die tiefere Ursache

[30]) Vgl. Woods, a. a. O., S. 115.
[31]) Das Gutachten bildet einen Bestandteil des Werkes „Saluti senectutis, die Bedeutung der menschlichen Lebensdauer im modernen Staat" von Alfred v. Lindheim, Leipzig und Wien 1909.
[32]) Universitätsbibliothek Basel.
[33]) Manuskript im Staatsarchiv des Kantons Zürich.
[34]) Thalmann, W., Der materielle Wert der menschlichen Arbeitskraft in: Zeitschr. für Schweizer Statistik und Volkswirtschaft. 62. Jahrg., H. 1.

der Überreichung der Denkschrift lag in einer vom Reichsministerium der Finanzen ebenfalls dem Reichstag überreichten Denkschrift über die Entwicklung der Besoldung der Reichsbeamten von 1897 bis Dezember 1924, die nach Ansicht des Deutschen Beamtenbundes den selbstverständlichen Anforderungen nicht entsprach und die letzten Endes nur bezweckte, den Leser dafür zu beeinflussen, das Besoldungsproblem und die vom Reichsfinanzminister eingeschlagene Besoldungspolitik so zu sehen, wie das Reichsfinanzministerium sie gesehen haben will. Auch wurde kritisiert, daß die Art der Ausführungen geeignet seien, Meinungsverschiedenheiten in die Beamtenschaft zu tragen. Besondere Kritik erfuhr aber die Denkschrift, weil den Berechnungen kein einheitliches Verfahren zugrunde lag. Es heißt wörtlich: „Einmal sind es Durchschnittsgehalts- oder Einkommensberechnungen, dann Endgehaltsberechnungen; einmal ist Ortsklasse A bezw. die Sonderklasse, dann die Ortsklasse B zum Ausgangspunkt genommen; hier ein errechnetes Durchschnittsgehalt, da ein tatsächlicher Endgehalt; hier feststehende Bezüge typischer Beamtengruppen, dort Verhältniszahlen eines theoretischen Durchschnittsbeamten. In einzelnen Fällen wird sogar geschätzt. Schließlich schreckt man nicht davor zurück, Bruchzahlen, wenn es sich um die unteren Gruppen handelt, nach oben, wenn sie sich auf die höheren Gruppen beziehen, nach unten abzurunden." [35])

Die Denkschrift des Deutschen Beamtenbundes suchte nun in ihren Ausführungen, die ihrer Meinung nach bestehenden Inkonsequenzen durch selbständige Berechnungen zu beheben. In der Denkschrift werden nun die Lebenseinkommen, also der Ertragswert der Arbeit eines Postschaffners, eines Zivildienstberechtigten, eines sogenannten gehobenen mittleren Beamten, eines Obersekretärs und eines akademisch vorgebildeten Beamten errechnet und deren Lebenseinkommen mit denen vom Jahre 1914 verglichen. Ein Ansatz zur Produktionskostenberechnung findet sich nur bei den Berechnungen des Lebenseinkommens des Obersekretärs und des akademisch vorgebildeten Beamten, und zwar nur insofern, als die Schul- und Studiengelder für jedes Jahr aufgeführt und mit 4% Zinsesdienst auf das 60. Lebensjahr bezogen sind.

Die zweite Arbeit „Der höheren Beamten niedrige Besoldung", verfaßt von Prof. W. Masche und und herausgegeben vom Reichsbund der höheren Beamten, vergleicht insbesondere die tatsächlichen Lebenseinkommen der nicht beförderten Beamten und zwar in erster Linie das der mittleren Beamten aus dem Jahre 1913 mit dem der

[35]) Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes zur Denkschrift des Reichsministers der Finanzen über die Besoldung der Reichsbeamten vom 19. März 1925, S. 2.

höheren Beamten des gleichen Jahres, und zwar bezogen auf das 60. Lebensjahr mit 4% Zinseszins. Er nimmt dabei die mittleren und höheren Beamten aus der gleichen Verwaltung, um sie einander gegenüberzustellen. In zweiter Linie werden aus denselben Verwaltungszweigen die Gesamtlebenseinkommen der mittleren und höheren Beamten aus dem Jahre 1927 miteinander verglichen.

Dem Zweck der Schrift entsprechend, darzutun, daß die Eingangsgruppe X nicht geeignet sei für höhere Beamte, sondern, daß Gruppe XI als solche in Betracht zu kommen habe, werden auch noch Untersuchungen über die Höhe des Gesamtlebenseinkommens der höheren Beamten angestellt, wenn Gruppe XI Eingangsgruppe bildet.

Ein näheres Eingehen auf diese Arbeiten erscheint nicht zweckmäßig, da sie, wie bereits erwähnt, zu sehr milieubedingt sind.

Außerdem ist in beiden Arbeiten, in der des Deutschen Beamtenbundes sowohl, als auch in jener des Reichsbundes der höheren Beamten unser Problem nur insofern berührt, als der Ertragswert der Arbeit, der Preis der Arbeit verschiedener Beamtengruppen zu erfassen versucht wurde. Von den Produktionskosten, den Selbstkosten der Arbeit, erfuhren aber nur die Gesamtausgaben für Schulgeld Beachtung, um sie von dem Gesamtlebensbezuge abzuziehen.

Damit kommen wir zum Schlusse zur letzten Arbeit [36]), die hier erwähnt werden muß. Sie wurde zu einer Zeit verfaßt, als ich bereits mit dieser Arbeit beschäftigt war und ist wohl nach den Untersuchungen Engels über das Problem diejenige, die ihr am nächsten kommt.

In der Arbeit wird das Lebenseinkommen eines unteren, mittleren und höheren bayerischen Beamten unter Zugrundelegung der Gehaltsregelung vom 1. April 1927 berechnet. Bei der Ermittlung der Einzeljahresbezüge sind die Sozialzulagen für die Ehefrau und zwei Kinder berücksichtigt und für die Ortszuschläge Ortsklasse B benützt. Der Frauenzuschlag wurde berücksichtigt beim unteren Beamten vom 28. Lebensjahre ab, beim mittleren vom 29. und beim höheren vom 33. Lebensjahre ab. Für das erste Kind (Knabe) wurde der Kinderzuschlag 2 Jahre nach Verehelichung, für das zweite Kind (Mädchen) 4 Jahre nach Verehelichung in Ansatz gebracht. Berücksichtigt wurden die Kinderzuschläge für den Sohn, bis dieser selbst verdient, für die Tochter bis zum 17. Lebensjahr. — Auffällig ist, daß als unterer Beamter ein Beamter des reinen Kanzleidienstes bezeichnet wird, der 11 Jahre in Besoldungsgruppe III, 8 Jahre in Besoldungsgruppe IV und 22 Jahre in Besoldungsgruppe V verbringt, während doch die eigentlichen unteren Beamten ihre Laufbahn in Gruppe II beginnen, in Gruppe III ihre Normalstellung erhalten und meist nur wenige Gruppe IV erreichen. Als untere Laufbahn käme die Laufbahn der Warte, Offizianten- und Kanzleigehilfen in Betracht. Sie stellen die Masse der unteren Beamten dar. Das Ergebnis muß in diesem Falle für die unteren Beamten zu günstig ausfallen.

[36]) Achner, Leonhard, „Der Wert der geistigen Arbeit mit besonderer Berücksichtigung des Beamtentums" in: Zeitschrift des bayer. statist. Landesamtes, Jahrg. 1927, H. 4.

In zweiter Linie werden die Erziehungs-, Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten berechnet. Da diese von den Lebensverhältnissen der Eltern abhängen, die sehr verschieden sein können, wird für diese eine angemessene Lebenshaltung, ein soziales Existenzminimum ermittelt unter der Annahme, daß der untere Beamte wieder ein Sohn eines unteren Beamten, der mittlere ein Sohn eines mittleren Beamten und der höhere ein Sohn eines höheren Beamten ist. Aufgebaut wird das soziale Existenzminimum auf der untersten Gehaltsklasse des Besoldungsgesetzes für Reichsbeamte vom 15. Juli 1909. Das Gehalt dieser Gruppe betrug einschließlich des Wohnungsgeldes C in der Höhe von 290.— ℳ jährlich 1390.— ℳ, was am heutigen Preisniveau gemessen, ungefähr 2000.— ℳ jährlich beträgt, da die Reichsindexziffer rund 46% über dem Preisniveau vom Jahre 1913/14 steht. Da angenommen wird, daß das Verhältnis der drei sozialen Existenzminima zu einander ungefähr wie die Gehalte eines unteren, mittleren und höheren Beamten in der für seine Dienstlaufbahn typischen Besoldungsgruppe ist, wobei als typisch jene Besoldungsgruppe angesehen wird. in welcher der Beamte im 45. Lebensjahre steht, also Gruppe V, VII und XI, so ergibt sich folgendes Bild:

	Bes.-Gr. V	VII	XI
Durchschnittsjahresgehalt eines verheirateten Beamten mit 2 Kindern im Alter von 7—14 Jahren	2931	4134	7389
Gemessen am Gehalt der Gruppe V = 100	100	141	252
Folglich betragen die sozialen Existenzminima	2000	2820	5040

Die Unterhaltungskosten eines erwachsenen Sohnes werden geschätzt und zwar für

	Bes.-Gr. V	VII	XI
auf	720	900	1400
der Tochter auf	576	720	1120

Diese Beträge werden als Grundlage für die Berechnung, der auf die einzelnen Erziehungsjahre treffenden Kosten, benützt. Die Verteilung der Beträge erfolgt nach dem sogen. Konsumeinheitensystem, wobei für Knaben und Mädchen bis zum 13. Lebensjahre gleiche Verbrauchskoeffizienten und vom 14. bis 19. Lebensjahre verschiedene Verbrauchskoeffizienten in Anlehnung an die österreichische Haushaltserhebung der Jahre 1912 bis 1914 ermittelt und die Konsumeinheiten für den erwachsenen Sohn = 100 gesetzt werden.

Werden die Produktionskosten aller Jahre der Jugendperiode auf das 62. Lebensjahr bezogen, so errechnen sich als Gesamtproduktionskosten für den unteren Beamten 63 576 ℳ
„ „ mittleren „ 83 474 ℳ
„ „ höheren „ 170 634 ℳ.

Die Erziehungskosten der Frau, die ebenfalls im Gehalt des Mannes wiedererstattet werden müssen, werden gleich den Unterhaltungskosten der Tochter eines unteren, mittleren und höheren Beamten gesetzt, und vom Zeitpunkt der Verehelichung, 24., 25. und 26. Lebensjahr bei 4% Zinseszins auf das 62. Lebensjahr bezogen. Sie belaufen sich dementsprechend:

für die Frau des unteren Beamten auf 55 535 ℳ
„ „ „ „ mittleren „ „ 72 763 ℳ
„ „ „ „ höheren „ „ 119 275 ℳ.

Die Lebenshaltungskosten eines Beamten und seiner Frau wurde mit $^2/_3$ des sozialen Existenzminimums festgesetzt, also auf 13 333, 1880 bezw. 3360, bezogen auf das 62. Lebensjahr, ergeben sich demnach folgende Beträge:

Für den unteren Beamten 182 191.— ℳ
„ „ mittleren „ 253 336.— ℳ
„ „ höheren „ 354 946.— ℳ.

Als Endergebnis stehen sich gegenüber:

	unt. Beamt.	mittl. Beamt.	höh. Beamt.	
I. Lebenseinkommen	250 070	341 015	532 309	ℳ
II. Erziehungs-, Ausbildungs- und Lebenskosten	301 300	408 973	644 855	ℳ

Das charakteristische Ergebnis dieser Untersuchung ist also, daß der Kostenwert des Menschen (Erziehungs-, Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten) bei allen drei Beamtengruppen das Lebenseinkommen um rund 20% übersteigt

Damit glaube ich im wesentlichen alle jene Arbeiten erwähnt zu haben, die im Rahmen des Problems von Bedeutung sind. Mit

Absicht habe ich dabei den Inhalt derjenigen Abhandlungen etwas genauer wiedergegeben, die als grundlegende unmittelbare Vorläufer der vorliegenden Untersuchung von Wichtigkeit sind, wie die Arbeiten Engels und die aus jüngster Zeit stammende Achner's. Gleichzeitig vermittle ich so mit dem Überblick über die Geschichte einen Einblick in das Problem selbst, was bei seiner Kompliziertheit in mehr als einer Hinsicht vorteilhaft erschien.

II. Der Zusammenhang mit dem Lohnproblem.

Betrachtet man die ungeheuer umfangreiche Literatur über den Arbeitslohn, die in den Jahren nach dem Kriege erschienen ist, so erkennt man, daß, abgesehen von den zahlreichen Abhandlungen, die von machtpolitischen Gesichtspunkten aus, das Problem lediglich nach der Höhe des Lohnes überhaupt bewerteten, im Vordergrund des Interesses die Bestimmungsgründe des Arbeitslohnes standen. Dieser Gedanke hat wohl seine Hauptförderung dadurch erhalten, daß neben diejenigen Kreise, welche die Lohnfrage schon stets als den Mittelpunkt ihres tätigen Lebens betrachtet haben, nämlich die Arbeiterkreise, auch weite Schichten von Arbeitern, insbsondere Geistesarbeiter getreten sind, die früher ihre Arbeit nicht allein nach dem materiellen Gewinn, den sie brachte, zu bewerten brauchten, Arbeiter, die häufig genug um geringen, ja sogar gar keinen Lohn dennoch ununterbrochen tätig waren, weil ihnen die Lohnhöhe oder der Lohn überhaupt nicht ausschlaggebend waren für ihren Unterhalt.

Krieg und Inflation mit ihren den Reichtum des deutschen Volkes vernichtenden Wirkungen, vermehrten das Heer der Brotverdienenden und brachten damit eine Nivellierung der Gehälter und Löhne. Ich will damit nicht sagen, daß die Vermehrung derjenigen, die in erster Linie ihr Brot verdienen wollten, allein ausschlaggebend für die Nivellierung waren. Aber der Einfluß ist unverkennbar. Er trat stark hervor bei der Demobilmachung und er blieb erhalten während der großen Perioden wirtschaftlicher Fläue in den vergangenen Jahren. Man huldigte dem Grundsatz auch von sozialpolitischen Momenten beeinflußt, möglichst alle zu beschäftigen, möglichst allen das Brot zu geben, aber nicht viel mehr darüber hinaus. Diese Periode, die scheinbar den Lohnfondstheorikern recht gab, dürfte gegenwärtig zu Ende gehen. Sie hat viel Anregung für das Lohnproblem gebracht und insbesondere die Bestimmungsgründe des Lohnes stark in den Vordergrund gerückt, die ja überhaupt den Hauptinhalt des Lohnproblems darstellen.

Die Bestimmungsgründe des Preises der Arbeit bringen auch den Zusammenhang mit unserer Untersuchung, bei welchen die Produktionskosten im Vordergrund stehen. Wie gestaltet sich ihre Beziehung zum Lohn vom rein lohntheoretischen Standpunkt aus?

In erster Linie sei die Ricardo'sche Lohntheorie erwähnt, welche die Bildung des Lohnes unter zwei Gesichtspunkten betrachtet. Einmal aus den Vorgängen auf dem Arbeitsmarkte, wo das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage für den Preis der Arbeit entscheidend ist (Marktpreis), und zweitens unter jenem der aufgewandten Kosten, der Produktionskosten. (Natürlicher Preis.) Nach Ricardo bestehen sie aus den Nahrungsmitteln. Bedarfsgegenständen und Annehmlichkeiten, die für eine Familie notwendig sind. Das Bevölkerungsgesetz und der Kostenstandpunkt stehen also hier im Vordergrund.

Nach der Lohnfondtheorie von James Mill, Mac Culloch und Senior hat der Arbeitslohn ebenfalls zwei Bestimmungsgründe, und zwar die Kapitalmenge, welche eine Volkswirtschaft für die Bezahlung der Arbeiter zur Verfügung hat, und dann das Arbeitsangebot, welches von der Zunahme der Bevölkerung abhängt.

Angeregt durch die Behauptung, daß der Lohn nicht über das Existenzminimum steigen könne, gelangte Thünen zu der Erkenntnis, daß auch die Produktivität der Arbeit einen Einfluß auf den Lohn hat. (Produktivitätstheorie.)

Die Lohnsteigerung, die durch die Organisationen der Arbeiter erzwungen wurde und ebenfalls der These Abbruch taten, daß der Lohn nicht dauernd über das Existenzminimum steigen könne, führte zur „standard of life"-Theorie des Arbeitslohnes. Die eingewöhnte Lebenshaltung wird hier der Bestimmungsgrund des Preises der Arbeit. Die eingewöhnte Lebenshaltung hängt aber wieder innig mit den jeweiligen Produktionskosten der Arbeit zusammen. Aus diesem Grunde wird auch das Produktionskostengesetz von den Sozialpolitikern, welche in der Hauptsache die Vertreter der „standard of life"-Theorie sind, als Lohnbestimmungsgrund anerkannt.[37])

Die bereits oben erwähnte Produktivitätstheorie ist aber auch eingeschlossen in die Grenznutzentheorie Sowohl in der Lehre von der Zurechnung des produktiven Beitrages, wie in der Anwendung der Werttheorie auf die Produktivgüter findet das Produktivitätsmoment Berücksichtigung. Der Wert der Arbeit muß vom Standpunkt dieser Theorie durch ihren Ertrag und zwar durch

[37]) Vgl. S. 15.

ihren produktiven Grenzertrag bestimmt werden. Eine andere Frage aber ist es, ob auch tatsächlich der Arbeiter diesen produktiven Grenzertrag als Preis der Arbeit erhält.

Schließlich hat die historische Schule erkannt, daß man von einem einheitlichen Lohngesetz nicht sprechen kann, daß es eine Vielheit von Bestimmungsgründen des Lohnes gibt.

Dennoch wird es aber nötig sein, zu einer einheitlicheren Erfassung des Lohnproblems zu kommen, wenn wir Anhaltspunkte für die Bewertung der Produktionskosten der Arbeit als Bestimmungsgrund des Lohnes erhalten wollen.

Gehen wir davon aus, daß entsprechend unserer Terminologie die Arbeit einen Preis hat, so ist der Lohn, wie schon Ricardo betont hat, ein Preis und die Produktionskosten der Arbeit sind im Rahmen des Preisproblems zu würdigen.

Die objektive Preislehre, die Preislehre der Klassiker zeigt eine auffallende Ähnlichkeit mit der klassischen Lohntheorie. Das ist verständlich, wenn man berücksichtigt, daß z. B. Ricardo die Bildung des Lohnes genau wie die Preisbildung der Waren aus den Vorgängen am Markte erklärt. Die objektive Preislehre ist charakterisiert durch die Verquickung des Gesetzes der Produktionskosten mit jenem von Angebot und Nachfrage, ähnlich wie die beiden entsprechenden Faktoren der klassischen Lohntheorie die Produktionskosten der Arbeit und das Bevölkerungsgesetz sind, dem der Begriff von Angebot und Nachfrage inhärent ist.

Die Klassiker haben also sowohl in der Lohn-, als auch in der Preislehre den Produktionskosten eine große Bedeutung beigemessen, wenngleich auch sie erkannt haben, daß das Kostengesetz nicht in allen Fällen Verwendung finden kann. Die Einschränkung des Kostengesetzes machte bereits Ricardo für die nicht vermehrbaren Güter geltend, deren Preis nicht durch die Produktionskosten, sondern durch ihre Seltenheit, sowie durch die Kaufkraft und Kauflust der Konsumenten bestimmt wird.

Dieser objektiven klassischen Lohn- und Preislehre steht die subjektive moderne Preislehre gegenüber. Wie wir bereits früher gesehen haben,[38]) sind ihre Vertreter gerne geneigt, dem Kostengesetz jegliche Bedeutung im Rahmen der modernen Preislehre abzusprechen und einzig und allein die subjektiven Schätzungen der Marktparteien als preisbestimmende Faktoren anzuerkennen.

Der Preis bewegt sich darnach zwischen jenen Grenzen, die durch die Wertschätzung derjenigen Parteien fixiert sind, welche

[38]) Vgl. S. 14.

das auszutauschende Gut am niedrigsten, das einzutauschende aber am höchsten bewerten. Innerhalb dieser Grenzen kommt also die Preisbildung zustande.

Es tritt nun die Frage auf, ob die subjektive Preislehre das Kostengesetz völlig ausschalten kann, ob nicht doch zwischen beiden Theorien ein gewisser Zusammenhang besteht.

Die Einordnung des Lohnes unter das Preisgesetz auf Grund der objektiven Preislehre bereitet keine Schwierigkeiten, während der Betrachtung des Lohnes als Preis auf Grund der subjektiven Werttheorie größere Hindernisse entgegenstehen. Die Hauptschwierigkeit liegt wohl darin, daß der Arbeiter als wertschätzende Marktpartei bei oberflächlicher Betrachtung ausfällt, weil ihm meist die Möglichkeit genommen ist, eine eigene Wertschätzung für seine Arbeit geltend zu machen. Das dürfte jedoch nicht ganz richtig sein. Zweifellos kann man nicht gut davon sprechen, daß die Arbeit für den Arbeiter einen Gebrauchswert hat, da sie aber einen Ertragswert für den die Arbeit nützenden Unternehmer hat, dürfte sie aber für den Arbeiter immerhin einen Tauschwert haben. Damit kann man schließlich auch auf Grund der subjektiven Werttheorie den Lohn als Preis der Arbeit ansehen. Die Ermittlung des subjektiven Tauschwertes ist allerdings nur im Rahmen der objektiven Werttheorie möglich,[39]) weshalb es erforderlich erscheint, die Wertschätzung des Verkäufers der Arbeit mit objektivistischen Elementen in Verbindung zu bringen. Wie bei der Ware nach dieser Lehre die Herstellungskosten, die Produktionskosten im Vordergrund stehen, so sind es in gleicher Weise bei der Ware Arbeit die Produktionskosten der Arbeit, die andererseits auch dem subjektiven Tauschwert als Grundlage dienen. Ähnlich wie der Verkäufer der Ware trotz aller subjektivistischer Preisbestimmungsgründe darnach trachtet, nicht die Preisgrenze unterschreiten zu müssen, die durch die Herstellungskosten der Ware gezogen ist, ebenso wichtig muß es für den Verkäufer der Ware Arbeit sein, diese unter den Produktionskosten zu verkaufen. In der Wertschätzung der Verkäufer stellen die Produktionskosten also eine Art untere Preisgrenze dar. Daß für subjektive Werturteile dennoch genügend Spielraum bleibt, ist leicht zu erkennen.

Wir sehen also, daß in der Wertschätzung der Parteien auch objektive Bestimmungsgründe zum Ausdruck kommen und daß unter denselben gerade die Produktionskosten eine besonders wichtige Preisgrenze darstellen, die wohl immer, trotz der modernen sub-

[39]) Heller, Wolfgang, Die Entwicklung der Grundprobleme der volkswirtschaftlichen Theorie, 1928, Leipzig, S. 55.

jektiven Preislehre größere Beachtung finden wird. Dennoch kann man wohl behaupten, daß das Produktionskostengesetz zum Schaden der Menschheit bisher zu wenig Berücksichtigung gefunden hat. Am meisten vielleicht in den großen Betrieben, wie sie der Staat und die Gemeinde darstellen. Hier wurde das Produktionskostengesetz, wenn oft auch unbewußt, so doch auf dem Umwege über die Höhe der Ausbildungskosten der Lohn- bezw. Gehaltsempfänger zum Teil die Grundlage für die Höhe des Lohnes.

Es ist zweifellos evident, daß z. B. das Prinzip der Knappheit der Arbeit (Knappheit der Arbeiter und Begrenzung pro Arbeiter),[40]) das als Hauptregulator des Arbeitslohnes für die Bestimmung der Höhe desselben im Staatsdienste nicht jenen ausschlaggebenden Faktor darstellt, wie beispielsweise in der Privatwirtschaft. Die Gründe hierfür sind nicht schwer zu erkennen, wenngleich dieses Prinzip auch hier nicht völlig ausgeschaltet ist. So hat z. B. die bayerische Regierung im Jahre 1924 mit Rücksicht auf den starken Andrang zu den Stellen des höheren Dienstes beantragt, die Unterhaltszuschüsse zu beseitigen. Wenn das auch nicht geschehen ist, so erfolgte doch eine Herabsetzung derselben.[41]) Die Gründe, warum jenes Prinzip bei der Beamtenbesoldung dennoch im allgemeinen ausgeschaltet ist, liegt in der besonderen Art des Beamtenverhältnisses, insbesondere der staatsrechtlichen Seite desselben begründet. Die Beamten widmen ihre ganze Arbeitskraft für die Dauer ihres ganzen Lebens dem einzigen Arbeitgeber Staat, sodaß sie für ihre und ihrer Familie Unterhalt auf die Erträgnisse des Staatsdienstes angewiesen sind. Diese Arbeit am Staat und für den Staat bringt sie in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis zum Staat. Das Prinzip der Knappheit auf die Preisbildung ihrer Arbeit angewandt, würde staatspolitisch ein Unklugheit sein, würde nichts anderes bedeuten, als Eckpfeiler aus dem Staatsgebäude reißen, würde zwangsläufig die Gepflogenheiten des Arbeitskampfes, wie Streik, Aussperrung, Lohnkämpfe in unerhörtem Ausmaße bringen. Die Besoldung der Beamten stellt also eine pauschale Schadloshaltung dafür dar, daß sie ausschließlich dem öffentlichen Körper ihren gesamten Dienst dauernd leisten. Der Beamte soll also dafür entschädigt werden, daß er auf anderweiten Erwerb verzichtet. Daraus resultieren auch zum Unterschied von Arbeitslohn weitere wichtige Folgen. Das Gehalt wird fortgezahlt bei Krank-

[40]) Vgl. Cassel, Theoretische Sozialökonomik, vierte verbesserte und wesentlich erweiterte Auflage, Leipzig 1927, S. 299.

[41]) Vgl. Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes zu der Denkschrift des Reichsministers der Finanzen über die Besoldung der Reichsbeamten vom 19. März 1925, S. 7.

heit, bei Übernahme eines Mandates und im Urlaub. Die Besoldung wird außerdem vorausbezahlt und unterliegt nur in gesetzlich bestimmter Höhe der Pfändung. „Die Höhe der Besoldung richtet sich nicht nach dem Umfang, den Schwierigkeiten oder dem Werte der einzelnen zu leistenden Dienste und wechselt also auch nicht mit diesen.“ [42])

Die Beamtenbesoldung unterscheidet sich also volkswirtschaftlich vom Arbeitslohn dadurch, daß Höhe, Art und Voraussetzung und Formen des Bezuges nicht im Wege des freien Wettbewerbs, wie sonst häufig der Preis der Arbeit, sondern mehr einseitig autorativ durch gesetzliche Normen festgestellt werden.[43]) Damit ist das Besoldungsproblem ganz in die Hände des Staates gegeben, der seinerseits die schwierige Aufgabe hat, den gerechten Lohn zu ermitteln, und der sich deshalb die Frage vorzulegen hat, welche Bestimmungsgründe er gelten lassen soll.

Es ist dies eine wichtige Frage; die Zufriedenheit der Beamtenschaft hängt in weitgehendem Maße von der Bewertung ihrer Arbeit ab. Wir haben in der vergangenen Zeit gesehen, daß das wichtigste, ja die letzte Stütze im Staate eine pflichtgetreue, gerecht bewertete und behandelte Beamtenschaft ist. Eine Unterbewertung der Arbeit des Beamten kann und darf deshalb nur zu den Ausnahmeerscheinungen gehören. Die geringe Besoldung in der Inflation und der darauffolgenden Zeit war in der Tat in diesen außerordentlichen Verhältnissen begründet und eine solche Ausnahmeerscheinung. In normalen Zeiten aber ist es die wichtigste Aufgabe des Staates, die Besoldung der Beamten nicht unter dem richtig beurteilten Wert vorzunehmen. Von welchen Gesichtspunkten hat nun ein kluger Staat bei der Lösung dieser Aufgabe auszugehen und welche Momente werden zur Ermittlung der Besoldung berücksichtigt?

Allgemein wird nun dargetan, daß der Mensch und alles, was mit ihm zusammenhängt, unter drei verschiedenen Gesichtswinkeln betrachtet werden kann, nämlich entweder unter dem physisch-ökonomischen, der Mensch allein für sich genommen als physisches Wesen, unter dem kulturell-ethischen, also in seiner Eigenart als geistig-psychisches Wesen oder unter dem politischen Gesichtswinkel, also der Mensch in seinem Verhältnis zu den anderen Menschen.[44])

---

[42]) Vgl. Köppe, Artikel Besoldung und Besoldungspolitik im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

[43]) Ebenda.

[44]) Vgl. Scheler, Max, „Prophetischer oder marxistischer Sozialismus?“ Hochland 1919 (XVII, 1), S. 71—84.

Unter diesen dreifachen Gesichtspunkten muß auch das Lohnproblem betrachtet werden, wenn es nicht von vornherein zur Einseitigkeit verdammt sein soll. Entsprechend diesen Forderungen führt auch Leopold v. Wiese aus: „Für die Höhe des Arbeitslohnes können drei Gesichtspunkte maßgebend sein. Man betrachtet ihn entweder 1. als bestimmt durch die Naturgesetze der Volkswirtschaft, die außerhalb menschlicher Willkür stehen und deren Bruch sich über kurz oder lang am Lohnempfänger selbst rächt, (zu dieser Auffassung neigte die Theorie der klassischen Nationalökonomie); oder 2. als ein Problem der Gerechtigkeit (davon ging die Lehre der Kirchenväter des Mittelalters und mancher moderner Sozialethiker aus); oder 3., man faßte den Lohn als ein Ergebnis eines Machtkampfes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf. (Dieser Gesichtspunkt beherrscht manche Lehren von Sozialisten und besonders die Politik der Berufsvereine).“ [45])

Ich möchte in dieser Ausführung Wiese's an Stelle des Wörtchens „oder“ „und“ setzen, denn in Wirklichkeit wird die Lohnhöhe von allen drei Faktoren bestimmt, allerdings unter Vorherrschens bald des einen und bald des anderen. Diesem materiellen Lohnproblem steht das sogen. formale Lohnproblem gegenüber. Nicht die Lohntheorien, sondern die Lohnbemessungsarten stellen den Hauptinhalt des Problems dar.

Zwei verschiedene Anschauungen werden hier mit gleicher Heftigkeit vertreten. Die einen treten für den Leistungslohn ein, bei denen nur die Leistung, die aufgewendete Zeit oder die Arbeitsergebnisse nach dem Grundsatz „gleiche Leistung, gleicher Lohn“ ausschlaggebend sein soll. Man nennt diesen Lohn auch Ertragslohn. Die anderen wollen den Soziallohn, den relativen Familienlohn oder Familienstandlohn zugrunde legen, bei dem der kinderreiche Familienvater höher als der kinderlose verheiratete nach dem Grundsatz, „Gleiche Leistung, gleiche Lebenshaltung“, bezahlt werden soll. Eine dritte Gruppe, eigentlich zum Soziallohn gehörig, tritt für den Bedarfslohn ein, der zwar nicht den Familienstand berücksichtigt, aber soviel Lohn umfaßt, daß eine Durchschnittsfamilie anständig leben kann. Man nennt ihn auch den absoluten Familienlohn. Bei der letzten Regelung der Einkommensverhältnisse der Beamten im Jahre 1927 wurde die Frage, ob man vom relativen Familienlohn zum absoluten übergehen solle, angeschnitten. Man entschied sich aber wieder für den relativen Familienlohn.

Da der Leistungslohn nicht immer so hoch ist, daß eine Durchschnittsfamilie ernährt werden kann, ist heute der Soziallohn zu seiner Ergänzung unbedingt nötig.

---

[45]) Leopold v. Wiese, Einführung in die Sozialpolitik, Leipzig 1914, S. 137.

Was nun die Beamtenarbeit anlangt, ist es besonders schwierig, den Leistungslohn der Lohnbemessung zugrunde zu legen. Es fehlt dabei an einem zuverlässigen Maßstab, da die Beamtenarbeit selbst bis in die unteren Gruppen vorwiegend Geistesarbeit ist, deren Wert zahlenmäßig meist nicht zu erfassen ist. Eine Bemessung der Arbeitsleistung nach Zeit oder nach Arbeitsergebnissen ist jedenfalls für die große Mehrzahl der Beamten nicht möglich. So kam es, daß man nach einem anderen Faktor suchte, der die verschiedenen Leistungen der Beamten und die Schwierigkeit des Amtes durchschnittlich bedingte und fand ihn unter den Produktionskosten der Arbeit, in dem aufgewandten Bildungskapital. Daraus läßt sich allerdings nicht mit Exaktheit ableiten, daß z. B. der Beamte, der eine hervorragende Ausbildung genossen hat, nun auch hervorragende Leistung vollbringt, und es besteht umgekehrt die Möglichkeit, daß ein Mann mit der geringsten Ausbildung nicht die seiner Ausbildung entsprechende, sondern hervorragende Leistungen aufzuweisen hat. Der Durchschnitt dürfte wohl der Ausbildung entsprechende Folgen zeitigen.

Die Produktionskosten der Arbeit enthalten aber auch noch andere Bestimmungsgründe des Arbeitspreises, wie sie im Soziallohn enthalten sind. Ich erwähne die Selbsterhaltungskosten in der produktiven Periode, die abhängig sind von der Größe der Familie. Die Wiedererstattung des Erziehungs- und Bildungskapitales des Mannes und der Frau ermöglichen einem Knaben und einem Mädchen die gleiche Erziehung angedeihen zu lassen, wie sie die Eltern erhalten hatten. Die Produktionskosten tragen also nur insoweit das Charakteristikum des Soziallohnes. Der Bedarfslohn oder absolute Familienlohn ist unter den Selbsterhaltungskosten in der produktiven Periode und in der Altersperiode ein Teil der Produktionskosten der Arbeit des Mannes und der Frau. In ganz besonders hervorragendem Maße sind aber Elemente des Leistungslohnes in den Produktionskosten der Arbeit enthalten. Die aufgewandten Aufzucht- und Ausbildungskosten bedingen weitgehend die spätere physische und psychische Leistungsfähigkeit.

In der Anlage 1 sind die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Produktionskostenelementen und den Faktoren des Arbeitspreises dargestellt. Es ist daraus zu ersehen, daß die Produktionskosten von ausschlaggebender Bedeutung gerade für die wichtigsten Arbeitspreisbestimmungsgründe sind, wenn sie auch schließlich für eine größere Anzahl nicht maßgebend sein dürften.

Fassen wir rückblickend zusammen, wie sich die Produktionskosten als Lohnbestimmungsgrund zum Lohnproblem verhalten, so kann man sagen, daß aus ihnen nicht ohne weiteres ein absolut

richtiger Maßstab für einen entsprechenden Lohn erhalten wird. Eine Ableitung des Lohnes aus den Produktionskosten allein wäre zu einseitig, und was noch schlimmer ist, ein, allein dem subjektiven Wert der Arbeit für den Arbeiter selbst entspringendes Moment der Arbeitspreisbestimmung, während die Bestimmungsgründe auf Seiten des Arbeitgebers z. B. die Zahl und die Art der von ihm gewünschten Arbeitskräfte, der subjektive Wert der Arbeit für den Arbeitgeber, oder der Wert des Geldes für ihn absolut unberücksichtigt bleiben. Auch auf Seiten des Arbeitnehmers würden durch diese einseitige Bestimmung des Preises der Arbeit durch die Produktionskosten noch wichtige Bestimmungsgründe des Lohnes ausgeschaltet. Ich erwähne nur die Zahl und die Art der für den betreffenden Beruf zur Verfügung stehenden Arbeiter. Hier kann z. B. die Seltenheit gewisser Eigenschaften auf Seiten des Arbeiters eine große Rolle spielen, auch die Wertschätzung des Geldes durch den Arbeiter als Preis der Arbeit kann von Einfluß sein. Daß das Moment des Kampfes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer völlig außer acht beibt, sei noch erwähnt.

Auch die sozialpolitische Seite des Lohnproblems findet durch den Aufbau des Arbeitspreises auf den Produktionskosten der Arbeit nicht völlig die nötige Würdigung, wenigstens nicht hinsichtlich des Familienstandes, wie wir gesehen haben. Dennoch kann man sagen, daß ihren Forderungen, durch den Vergleich der Produktionskosten mit dem Preis der Arbeit, zu einem wesentlichen Teil Rechnung getragen wird. Näheres hierüber wird bei der Betrachtung der Beziehung des Problems zur Menschenökonomie zu sagen sein.

Im Ganzen kommen wir dazu, festzustellen, daß ein Vergleich der Produktionskosten der Arbeit mit dem Preise der Arbeit keine wesentliche Bedeutung für das Lohnproblem hat. Dennoch wäre es verkehrt, wollte man sagen, die Produktionskosten haben für alle Zeit nichts mit dem Lohnproblem, mit der Lohnhöhe und den Bestimmungsgründen des Lohnes zu tun. Zugegeben. daß die aufgewandten Kosten nicht in jedem Falle dem Erfolge, der schließlich auch vom Talent, dem guten Willen und der Gesundheit abhängt, entsprechen, für die Gesamtheit der in einem Berufe tätigen, oder auch für den Einzelnen, der ununterbrochen eine seiner Fähigkeit entsprechende Tätigkeit ausübt, soll der Preis der Arbeit dennoch die aufgewandten Produktionskosten decken, wenn nicht die Folgen eintreten sollen, die im nächsten Abschnitt näher beleuchtet werden.

Mehr denn je ist es nötig, das Ziel der Nationalökonomie nicht nur in der Feststellung der Tatsachen und ihren Zusammenhängen

zu sehen, sondern auch Normen und Ideale aufzustellen, allerdings unter Beachtung der realen Möglichkeit. Wer dies beachtet, der wird in der Lohnfrage nicht nur nach den Faktoren suchen, welche die Lohnhöhe bedingen, er wird vielleicht untersuchen, welche Faktoren die Höhe bedingen sollen, selbst wenn sie, wie dies bei den Produktionskosten zum Schaden des Einzelnen und der gesamten Volkswirtschaft leider der Fall ist, selbst in concreto oft nicht mitspielen.

Jeremy Bentham, der philosophische Führer des englischen Individualismus, nennt allerdings die Menschenrechte „Unsinn auf Stelzen", „nonsens upon stilts", und so sprach Smith auch nur von den Faktoren, welche die Lohnbildung bestimmten, nicht aber von jenen, die sie bestimmen sollten, was uns keineswegs hindern soll, einen anderen Standpunkt einzunehmen.

Haben wir gesehen, daß der Vergleich der Produktionskosten der Arbeit mit dem Preis der Arbeit hinsichtlich des Lohnproblems nicht die umfassende Bedeutung hat, wie man vielleicht meinen möchte, so soll uns der nächste Abschnitt die Bedeutung des Vergleichs der Produktionskosten der Arbeit mit dem Preis der Arbeit von der menschenökonomischen Seite aus klarlegen.

III. Die Beziehung zur Menschenökonomie.

Wenn ich diesen Abschnitt eingefügt habe, so geschah es, um zu zeigen, daß der Vergleich der Produktionskosten der Arbeit mit dem Preis der Arbeit, mag er auch vom reinen lohntheoretischen Standpunkt mehr oder weniger abgelehnt werden, nach einer anderen Richtung hin eine wesentlich größere Bedeutung haben kann. Sie liegt innerhalb der Sozialbiologie und der Menschenökonomie.

Was will nun die Sozialbiologie und Menschenökonomie? Ausgehend von der Tatsache, daß in unserer Zeit die Menschen als ein Gut behandelt werden, das im Überfluß vorhanden ist, das deshalb eine wenig schonende Behandlung erfährt, das scheinbar überhaupt wertlos ist, dessen nutzlose Hinopferung nicht einmal das Gefühl einer Sachbeschädigung aufkommen läßt, will die Sozialbiologie die Bedingungen untersuchen, die eine Besserung dieses Zustandes bringen können, insbesondere hinsichtlich der Volksgesundheit und Volkstüchtigkeit. Sie will gleichsam unter Orientierung an den Entwicklungsbedingungen des Organischen das gesamte Menschenmaterial erneuern und den Weg zur Höherentwicklung zeigen durch zielbewußte Entwicklungsarbeit, die auf Lebensverbesserung und optimale Geistestätigkeit hinzielt.

Die Menschenökonomie wurde im Gegensatz zur Güterökonomie von Goldscheid begründet.[46]) Sie umfaßt im Rahmen der Sozialbiologie die Lehre vom organischen Kapital, welche die organischen Produktivkräfte, also den wertvollsten Besitz eines Landes, die Bevölkerung in den Kreis der Betrachtungen zieht. Es werden also durch die Menschenökonomie die wertschaffenden Kräfte in den Mittelpunkt der Betrachtungen gezogen, und damit versucht, den Fehler wieder gutzumachen, den die Wirtschaftswissenschaft damit beging, daß sie den Menschen ausschließlich als Wirtschaftssubjekt und nie als Objekt der Wirtschaft betrachtet hat. Worin liegt nun die Bedeutung des Menschen als Wirtschaftsobjekt? Sie liegt vor allem darin, daß der Mensch, wie jedes Sachgut, auch einen nicht zu vernachlässigenden Produktionsfaktor im Produktionsprozeß darstellt, dessen Herstellung, Qualifikation und Amortisation für die Produktionskosten von Bedeutung ist. Die Menschenökonomie hat also zu untersuchen, in welcher Weise die Produktion von Menschen, ihre Verwertung, Veredelung und schließlich ihr Verbrauch sich abspielt. Da aber der Mensch der Mittelpunkt alles wirtschaftlichen Handelns ist, so kann gefolgert werden, daß alle wirtschaftlichen Probleme auch von der menschenökonomischen Seite betrachtet werden können. Geschieht es nicht, so kann daraus ein Schaden entstehen, der an sich schon ungeheuer groß sein kann, der aber andererseits sich auch am anorganischen Kapital in verheerender Weise auswirken kann.

So spielt z. B. in der Güterökonomie die Sachamortisation eine wesentliche Rolle, sie wird überall voll berücksichtigt, während die Personalamortisation kaum beachtet wird. Erst die neueste Zeit bringt Ansätze zu einer Änderung. Leider mußte aber dieser kleine Fortschritt erst mit ungeheuren Opfern erkauft werden. Nach einer Zeit beispielloser Vernichtung von Menschenwerten durch den Weltkrieg, in dem der Mensch scheinbar wertlos geworden war, erkannte man allmählich, daß diese Millionen geopferter Menschen einen ungeheueren Wert darstellten, der unwiederbringlich verloren und nicht mehr zu ersetzen war. Auch der ungehere Verlust an anorganischem Kapital durch den Krieg und die Inflation haben naturgemäß in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit auf das organische Kapital richten lassen. Es wurde plötzlich das technische Leistungsvermögen für den Reichtum eines Landes das wichtigste

[46]) Vgl. Goldscheid, Rudolph, Menschenökonomie als neuer Zweig der Wirtschaftswissenschaft. Vortrag, gehalten auf dem Kongreß der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie in Frankfurt a. M. am 8. Januar 1914. In: Allgem. statist. Archiv, 8. Jahrg., S. 517, München, Berlin, Leipzig 1914.

Moment, für das die qualitative Reife und quantitative Höhe der Bevölkerung ausschlaggebend wurden. Man erkannte, daß auch die Ware Arbeitskraft kein im Überfluß vorhandenes Gut ist, und daß sie wie die anorganischen Produktionsmittel ebenfalls der Abnützung unterworfen ist, die ja nach den verschiedenen Umständen in längeren oder kürzeren Zeitabschnitten erfolgen kann. Dadurch wird klar, daß die wirtschaftliche Ausnützung groß und klein sein kann. Je nachdem, ob die produktive Periode eines Menschen lang oder kurz ist, wird ein Gewinn oder ein Verlust für die Gesellschaft daraus resultieren. Jedes vorzeitige Zugrundegehen muß deshalb hintangehalten werden. Dieses Moment beginnt heute eine größere Rolle zu spielen, als in früheren Zeiten, wo man von Geburtenrückgang noch nicht sprechen konnte. Heute im Zeichen des Geburtenrückganges bekommt es erhöhte Bedeutung, da der Wert des Menschen damit in logischer Folge zu steigen beginnt. „Menschenökonomie ist daher jenes Mahnwort, welches durch nichts eindringlicher zugerufen wird, als durch das Phänomen des Geburtenrückganges".[47]) Die große Kardinalfrage, die sich erhebt, ob wir mit den Menschenleben sparsam umgegangen sind und dabei dennoch aus den Menschen alles herausgeholt haben, ihn zu voller Entfaltung seiner Anlagen gebracht haben, ist letztes Ziel der Menschenökonomie. Wie das ökonomische Prinzip hinsichtlich der Güterproduktion für ein Minimum von Aufwand ein Maximum von Nutzen verlangt, so soll auch der Mensch lernen, sich bei geringstem Aufwand mit größtem Nutzeffekt zu verbrauchen. Heute stehen noch wenigen Fällen optimaler Ausnutzung zahlreiche Fälle von Ausbeutung gegenüber. Optimale Ausnutzung wird die Grenzen der Produktivität nie gewaltsam überspannen, wird nie Veranlassung geben, vom Kapital selbst zu verbrauchen, sondern immer darauf achten, daß vom natürlichen Ertrag gelebt wird, und wird nie einen Schnellertrag erstreben, wenn dabei der Brunnen, aus dem er fließt, versiegen muß. Ausbeutung dagegen wird dies alles nicht beachten und am Schlusse vor der Tatsache stehen, daß mit dem wertvollen Produktionsmittel Mensch eine weniger wertvolle Ware geschaffen wurde. Es werden in diesem Falle die indirekten Kosten des Ertrages nicht vollständig einkalkuliert, es wird nicht beachtet, inwieweit die menschlichen Produktivkräfte in die geschaffenen Produkte übergehen, kurz, es wird die organische Amortisationsquote außer Acht gelassen. Das darf aber nicht weiter der Fall sein. Es muß mehr und mehr allgemeines Erkenntnisgut werden, daß hohe Investitutionen für die organischen Produktivkräfte eine Stärkung jener Quelle bedeutet, die in der heutigen Welt den größ-

[47]) Ebenda, S. 521.

ten Ertrag liefert. Der Mensch wird also hier als jungfräuliches Land betrachtet, das für Meliorationen gut geeignet ist, das dann umso reichlicheren Ertrag abwirft. Es ist auch augenscheinlich, daß eine intensive Güterproduktion nicht parallel laufen kann mit einer extensiven Menschenproduktion. Vernachlässigung am Rohstoff können in der Güterproduktion nicht vollkommen durch die Verarbeitung nachgeholt werden, weil minderwertige Rohstoffe den Einsatz hoher Spesen nicht lohnen. Ebenso verhält es sich beim Menschen. Goldscheid hat daraus entwickelt, daß deshalb auch die Schundproduktion Mensch durch Sozialpolitik nicht voll wettgemacht werden kann.[48]) Im Gegenteil, das Mißverhältnis zwischen Ausgaben und Resultat wird immer größer werden, woraus auch die in Unternehmerkreisen so weit verbreitete sozialpolitische Müdigkeit erwächst. Es ist deshalb wichtiger, Maßnahmen zu ergreifen, die eine Schwächung hintanhalten, anstatt daß man durch Sozialpolitik, die schließlich immer unzureichend sein wird, die Schwachen zu schützen sucht. Wichtiger ist also, die Widerstandskraft der Gesunden zu stärken und auf jene Momente sein Augenmerk zu richten, die geeignet sind, die Gesunden vorzeitig zu zermürben. Es ist z. B. falsch, die Menschen vor allem zum Sparen, zum Ansammeln von Geld zu erzielen, ebenso wichtig ist es, sie zu veranlassen, organisch zu kapitalisieren, also die Arbeitskraft möglichst lange zu erhalten, Geld in ihren Körper zu investieren. Häufig mag durch Ansammeln von Geld die Arbeitskraft vorzeitig entwertet werden. Als Bestätigung dieser Ausführungen kann z. B. gesagt werden, daß Arbeiter über 40 Jahre in Amerika zu den Seltenheiten gehören, und daß nach den Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik selbst für die tüchtigsten Arbeiter die Periode sehr kurz ist, in der sie sich in relativ hoch entlohnten Stellen zu halten vermögen und bald wieder zu unqualifizierter Arbeit herabsinken. So kann es vorkommen, daß die weniger fleißigen Arbeiter, die ihren Gesundheitszustand nicht durch Überanstrengung geschädigt haben, weit bessere Verdienstmöglichkeiten haben. Es handelt sich also darum, die Amortisation der Arbeitskraft zu verlangsamen, die Produktivitätsperiode zu vergrößern. Man kann aber auch die Berufsvorbereitung verbessern durch Verlängerung der unproduktiven Periode, was eine Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte bedeutet. Eine Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wird dadurch paralysiert, daß die verbesserte Ökonomie einen größeren Nutzeffekt abwirft.

Wir sehen also hier bereits die Probleme auftauchen, die beim Vergleich der Produktionskosten des Menschen mit dem Preis der

[48]) Ebenda, S. 528.

Arbeit von großer Bedeutung sind, Probleme, die ohne nüchterne Berechnungen nicht zu lösen sind. Um unser Handeln entsprechend einrichten zu können, „werden künftig einmal die subtilsten Berechnungen von Tausenden von Beamten angestellt werden, damit ersichtlich ist, welche Investitionen für organische Zwecke erforderlich sind, soll unsere Wirtschaft mit einer immer größeren aktiven Bilanz abschließen.“ [49]) Die Menschenökonomie ist also die Voraussetzung für jede Produktionssteigerung, weshalb an ihr nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer interessiert ist. Menschenökonomie ist eben die wissenschaftliche Lehre von jenem Produktionsfaktor, der ihm den höchsten Ertrag liefert.. Das Interesse des Unternehmers muß insofern schon groß sein, als er heute, unter der Herrschaft der Sozialpolitik große Summen ausgeben muß, für alle Fälle, in denen man nicht mehr von optimaler Ausnützung, sondern von Ausbeutung sprechen muß, wo also der anorganische Mehrwert durch Minderung des organischen Wertes entsteht.

Mehr noch als der Privatunternehmer muß aber der Staat erkennen, daß sein wirtschaftliches Wohlergehen von der Menschenproduktion und Qualifikation abhängt. Für ihn ist es von großer Wichtigkeit, daß seine Bürger nicht vorzeitig verbraucht werden, da er sie alimentieren muß. „Jede Wertminderung seiner Bürger trifft ihn als Verlust“,[50]) und außerdem treffen auch ihn die Vorwürfe, wenn er nicht über die erforderlichen Mittel verfügt, um Volksgesundheit und Volkstüchtigkeit intakt zu halten. Dazu ist notwendig, daß festgestellt wird, was zur Erhaltung und Höherentwicklung des Menschen nötig ist, was für den Menschen nützlich und schädlich ist. Von besonderer Wichtigkeit ist deshalb auch die Verteilung der Kaufkraft, die natürlich auf die Menschenproduktion von eminenter Bedeutung ist. Sie spielt in unseren Tagen eine große Rolle.

So konnte man seit 1920 ununterbrochen bei den Besoldungsverhandlungen, insbesondere aus den Kreisen der höheren Beamten hören, daß die Gehälter der unteren und mittleren Beamten gegenüber den Vorkriegsgehältern prozentual höher seien, als diejenigen der höheren Beamten. Unter Ausschaltung einer Kritik der Höhe der Gehälter überhaupt und der aus den Kreisen der unteren und mittleren Beamten vielfach zu hörenden Begründung, daß die Gehälter der höheren und mittleren Beamten in der Vorkriegszeit unzureichend gewesen sind, fragt es sich, ob diese Annäherung eine Begründung auf rein menschenökonomischem Gebiet hat. Es ist

[49]) Ebenda, S. 531.
[50]) Ebenda, S. 33.

eine feststehende Tatsache, daß mit wachsenden Einnahmen die Menschenproduktion zurückgeht.[51]) So ist es leider heute nicht mehr bestreitbar, daß Kinderlosigkeit und Kinderarmut zahlreiche meist hochbegabte Familien auslöscht, die finanziell wohl in der Lage wären, einer Anzahl Kinder die bestmöglichste Ausbildung zu geben.[52]) Der Nachwuchs auf unseren Hochschulen muß sich zum großen Teil aus unteren Kreisen ergänzen, da sonst die kulturelle Höhe, auf der wir uns gegenwärtig befinden, nicht gehalten werden kann. So waren im W. S. 1924/25 unter 9630 Studierenden in Bayern 1570 Söhne und Töchter von höheren Beamten und 1809 Söhne und Töchter von mittleren und unteren Beamten oder 16,3 bezw. 18,8% der Gesamtzahl der Studierenden.[53]) Zieht man in Betracht, daß die Söhne der unteren Beamten mit nur 1,7% in den 18,8% enthalten sind, so sieht man, welche Bedeutung der Nachwuchs aus den Kreisen der mittleren Beamten hat, der mit 17,1% den Anteil der Söhne höherer Beamte am Studium übersteigt. Daß der Kinderzuschlag einen Ausschlag für das Studium geben könnte, wird kein Einsichtiger behaupten. Es ist aber aus menschenökonomischen Gründen erforderlich. daß die in nächster Folge nach den Söhnen der höheren Beamten zum Studium auch aus kulturellen Gründen befähigten Söhne der mittleren und unteren Beamten wirtschaftlich nicht derart Mangel leiden, daß die geistige Leistungsfähigkeit dabei zu kurz kommt. Es ist absolut notwendig, daß auch diese unteren Schichten etwas besser bezahlt werden, damit wir nicht aus ihnen eine Schundproduktion Mensch bekommen, sondern Menschen, die trotz ihrer geringeren Herkunft imstande sind. die Führung zu übernehmen. Es dürfte also aus dieser Überlegung heraus eine Annäherung der Gehälter eher zu begründen sein, als mit den sonst gehörten Argumenten, wie es überhaupt eine dankbare, allerdings auch äußerst schwierige Aufgabe sein dürfte, zu untersuchen, wie groß das Einkommen der Beamten verschiedener Grade unter Beachtung menschenökonomischer Gesichtspunkte sein müßte.

[51]) Vgl. auch Baur - Fischer - Lenz, „Menschliche Erblichkeitslehre und Rassenhygiene (München 1923), 2 Bde., S. 97. Prof. Lenz folgert: Je höher die Bildung und soziale Stellung und wie man schließen darf, die geistige Begabung ist, desto geringer ist die Zahl der Nachkommen.

[52]) Cassel. Theor.-Sozialökonomik, 4. Aufl., Leipzig 1927. S. 319: auch Fries. Frieda, Die Geburtshäufigkeit und Sterblichkeit in Heidelberg in den versch. soz. Schichten. Diss. Heidelberg 1925, S. 11. — Auch Brv, Paul, Der Einfluß des Berufs und der Sozialstellung auf die Sterblichkeit auf Grund des statist. Materials der Stadt Breslau. Diss. Breslau 1922, S. 95. Schon früher Brentano.

[53]) Vgl. E. Jansen, Die soziale Herkunft der Studenten an den bayerischen Universitäten, in: Zeitschrift des bayerischen statistischen Landesamtes, 59. Jahrg. 1927, S. 449.

Die Verteilung der Kaufkraft beeinflußt neben der Menschenproduktion eben auch die ganzen Aufzuchtverhältnisse. In der Viehzucht und im Ackerbau ist man bestrebt, optimale Höchstleistungen zu erzielen. Eigene Musterbetriebe sind vorhanden, die einzig und allein an diesem Ziele arbeiten. Nur der Mensch, der eigentlich das bestgepflegte Wesen sein sollte, ist leider viel zu häufig ein minderwertiges Produkt, als Folge unzureichender Aufzuchtverhältnisse. Dabei ist natürlich abzuwägen, inwieweit der Kostenaufwand rentiert. Wie wir aus der Landwirtschaft wissen, gibt es eine Grenze, bei der es sich nicht mehr lohnt, weitere Aufwendungen für Meliorationen zu machen, ebenso ist es auch bei der Aufzucht des Menschen. Es ist deshalb genau zu ermitteln, welcher Kostenaufwand zur vollen Entfaltung zweckmäßig erscheint. Wenn dies auch ein außerordentlich schwieriges Problem ist, da insbesondere die volle geistige Entwicklung beim Menschen zu verschiedenen Zeiten eintritt, so zeigt sich doch hier der menschenökonomische Wert von Produktionskostenberechnungen des Menschen. Klar ist aber auf jeden Fall, daß „der teuere, der solide gearbeitete Mensch ganz andere Qualitäten offenbart, als der billige Mensch.“ [54])

Daß dieser billig gearbeitete Mensch viel schwerer in der Lage ist, seine individuelle Restitution zu erreichen, als der solide gearbeitete, ist nicht unschwer zu erkennen. Wo es nicht der Fall ist, tritt. um mit Goldscheid zu sprechen, pathologische Entartung ein, was nichts anderes heißt, als viel zu hoher Verbrauch des Organismus durch die Produkte, die er erzeugt.

Von der gegenwärtigen Wirtschaft wird angenommen, daß ein Drittel bis zwei Drittel der Menschheit nicht in der Lage ist, das Restitutionsminimum aufzubringen.[55])

Es liegt nahe, daß deshalb die Menschenökonomie sich in besonderem Maße auch damit befaßt, die Rentabilität der billigen und teueren Menschen festzustellen, was mit Hilfe der Statistik versucht werden muß. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Menschenökonomie ist es deshalb notwendig, Vergleiche der Produktionskosten mit dem Preis der Arbeit anzustellen. Ich zitiere hier den Vater der Menschenökonomie Goldscheid, um zu zeigen, welche Bedeutung er von menschenökonomischen Gesichtspunkten aus unserem Problem beimißt:

„Wir müssen für die einzelnen Schichten der Bevölkerung berechnen, wie lange die Zeit ihrer Berufsausbildung dauert, wie hoch

[54]) R. Goldscheid. Höherentwicklung und Menschenökonomie, Leipzig 1911. S. 495.

[55]) Ebenda, S. 500.

der Kostenwert des einzelnen Menschen sich in dieser stellt, bis er als Arbeitskraft einen Ertrag abzuwerfen beginnt. Wir haben weiters festzustellen, wie lange die Produktionsperiode in diesen dauert, welchen Ertrag sie abwirft, wann die Arbeitskräfte teilweise oder ganz abgenützt sind und welche Kosten die Erhaltung der ganz oder teilweise abgenützten Arbeitskräfte in Anspruch nehmen. Bei allen diesen Feststellungen sind die direkten und indirekten Kosten möglichst genau in Rechnung zu setzen. Die Kostenrechnung hat für die verschiedenen Berufe gesondert durchgeführt zu werden, auch ist die Bilanz bei den verschiedenen Geschlechtern genau auseinanderzuhalten. Bei einer so beschaffenen Untersuchung über den Aufbau und den Zerfall der Arbeitskräfte erhält man sofort einen weitaus tieferen Einblick in die wahre und reine Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, als wir ihn bisher hatten. Man sieht sehr bald, daß man bei ungenügender Berücksichtigung der Amortisation der wertschaffenden Kräfte einen Teil des Bruttoertrages zum Reinertrag zuschlägt und dadurch zu einer ganz falschen Bilanzierung gelangt.“ [56])

Eine wesentliche Rolle spielt auch die Zeit, die zur Amortisation zur Verfügung steht. Je weniger produktive Lebensjahre zur Amortisation der konsumtiven zur Verfügung stehen, je rascher also der Generationswechsel vor sich geht, desto mehr wird man bestrebt sein müssen, die konsumtiven Lebensjahre zu verkürzen und umgekehrt wird die Verlängerung der produktiven Periode es ermöglichen, die Ausbildungszeit zu verlängern, dadurch eine gründlichere Berufsvorbildung zu erzielen, was wiederum einen höheren Ertrag in der produktiven Periode verbürgen kann.

Dem Vergleich der Produktionskosten mit dem Preis der Arbeit muß also die Dauer der konsumtiven Jugendperiode und der produktiven Periode zugrunde gelegt werden. Der Staat hat aber nicht nur die Aufgabe, dies bei seinen Beamten festzustellen, sondern in höherem Maße muß er dies für alle Berufe tun. Er muß sich ein Kontrollrecht dafür anmaßen. um zu verhindern, daß an seinen wertvollsten Kräften Raubbau betrieben wird, daß eine Verlustwirtschaft eintritt, deren Kosten er in erster Linie zu tragen hat. Es geht nicht mehr an, daß sich die Privatwirtschaft der menschlichen Arbeitskraft bedient und den Menschen, dessen Arbeitskraft amortisiert ist, wie einen Abfallstoff zur Seite wirft. Das Streben muß also nach hochqualifiziertem Menschenmaterial gehen, für das die Lebenshaltung und damit der Preis der Arbeit ausschlaggebend ist. Es ist augenscheinlich, daß der Arbeiter dort mehr leisten wird,

[56]) Ebenda, S. 500.

wo seine Lebenshaltung eine bessere ist, wie überhaupt hochstehende Güterproduktion hochqualifiziertes Menschenmaterial voraussetzt. So wird auch die Kinderarbeit ein besonderes Problem für den Staat. Hier tritt die Frage auf, ob das Defizit, das durch die spätere Minderung der Leistungsfähigkeit, infolge der frühzeitigen Inanspruchnahme der Arbeitskraft, durch die Tilgung der Aufzuchtkosten in der Jugendperiode, ausgeglichen wird. Überall sehen wir hier die große Frage, wie sich die Produktivität der billig und teuer gearbeiteten Menschen gestaltet.

Das Maß der Produktivität ist nicht immer leicht festzustellen, insbesondere dann nicht, wenn die Tätigkeit wie bei vielen Beamten eine geistige Tätigkeit ist. Hier bietet der Arbeitslohn ein Maß für die geleistete Arbeit. Welche Forderungen sind nun an den Preis der Arbeit, von menschenökonomischen Gesichtspunkten aus, zu stellen.

Es ist dabei in erster Linie zu berücksichtigen, daß der Mensch nicht nur als Mittel, sondern auch als Selbstzweck anzusehen ist. Es trägt dem entwicklungsökonomischen Erfordernis Rechnung, da jeder Mensch als Arbeitskraft und Entwicklungswert zugleich Bedeutung hat. Das muß auch im Preis der Arbeit zum Ausdruck kommen. Der Entwicklungswert ist ein Moment, das in unserer Untersuchung keine Rolle spielt. Wir sehen daraus die früher schon aufgestellte Behauptung bestätigt, daß die Höhe der Produktionskosten für den endgültigen gerechten Preis der Arbeit allein nichts sagt.

Die Arbeitskraft steht jedoch für unsere Betrachtung im Vordergrund. Die Kosten ihrer Herstellung müssen voll im Preis der Arbeit berücksichtigt werden. Es muß also im Preis der Arbeit eine Amortisationsquote enthalten sein, die groß genug ist, um die Aufbau-, Funktions-, Zerfall- und Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu decken. Mit der Quote müssen die Kosten der Jugendperiode und des nicht mehr produktiven Alters gedeckt werden. Ferner ist die Quote zu erhöhen je nachdem, ob die Arbeitskräfte in den verschiedenen Berufen langsam oder stärker abgenützt werden und selbst eine evtl. Nachwuchsschädigung ist zu berücksichtigen.

Man kann also sagen, daß die Produktionskosten der Arbeit vom menschenökonomischen Standpunkte aus dann im Preis der Arbeit voll enthalten sein sollen, wenn der Arbeiter voll beschäftigt ist. Vom menschenökonomischen Standpunkte aus, geht jener Staat unsinnig vor, der seinen Beamten und Arbeitern die Erlangung jener Löhne erschwert, die zur organischen Restitution und sozialen Reproduktion nötig sind und die das Entwicklungsminimum darstellen, welches aber höher sein muß, als das Existenzminimum und höher als ein Lohn, der nur die Produktionskosten der Arbeit enthält. Immerhin, die Bedeutung der Produktionskosten ist für die Menschenökonomie unverkennbar.

Nach dem Ausgeführten ist wohl kein Zweifel, daß unser Problem mit der Menschenökonomie innig verflochten ist. Es hängt zusammen mit dem Tempo der Amortisation und des Generationswechsels, der jeweiligen Restitutionsökonomie, dem Aufbau und Zerfall der Arbeitskräfte, der jeweiligen Zusammensetzung des organischen Kapitals, dem jeweils erreichten Qualifikationsgrad der Majorität und Minorität der Bevölkerung, dem Altersaufbau, der jeweiligen Mortalitäts-, Natalitäts- und Morbiditätsziffer, dem jeweiligen Geschlechtsverhälnis usw.; es hat also einen ganz entscheidenden Einfluß auf die Menschenökonomie. Die Forderungen der Menschenökonomie verlangen, daß man ihnen in lohnpolitischer Hinsicht gerecht wird, damit man auf die Rohstoffbereitung mehr Sorgfalt verwenden kann. Es darf nicht vorkommen, daß diejenigen, die im Staate ununterbrochen tätig sind, durch den Preis ihrer Arbeit nicht einmal ihre eigenen Produktionskosten decken können, was also das Haupterfordernis der Menschenökonomie betrachtet werden kann. **Das Drücken des Arbeitspreises der Menschen unter die Produktionskosten der Arbeit wird ähnlich, wie das Drücken des Preises einer Ware unter ihre Selbstkosten, eine Verschlechterung der Ware zur Folge hat, eine Verschlechterung der Ware Mensch mit sich bringen.**[57]) Der Schlüssel wahrer Menschenökonomie ist Personalamortisation, die ebensolche Berücksichtigung erfahren muß, wie die Sachamortisation sie schon lange erfahren hat, wenn man eine fortschreitende Ertragssteigerung auf allen Gebieten erzielen will.

Weil wahre Menschenökonomie auch die Frauen- und Kinderarbeit beseitigt haben will, so soll im Lohn als Familienlohn auch die Amortisation der Produktionskosten der Frauen und Kinder enthalten sein.

Wir sahen also, daß unter Beachtung menschenökonomischer Grundsätze, die Produktionskosten der Arbeit in mehr als einer Richtung mit dem Preis der Arbeit in Beziehung stehen sollen, **daß das Wohl und Wehe des Staates innig mit der Produktionskostenpolitik zusammenhängt, die er selbst seinen Beamten gegenüber treibt und die er seinen Bewohnern gegenüber, von den verschiedensten Seiten aus treiben läßt.**

---

[57]) Vgl. Engel, Der Preis der Arbeit im preuß. Staatsdienst, a. a. O., S. 417, Engel, Der Preis der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen, a. a. O., S. 118.

Zweites Kapitel.

Die Methode der Untersuchung.

I. Allgemeines.

Es handelt sich bei unserer Untersuchung um Inbeziehungsetzung der Produktionskostenhöhe der Arbeit und der Höhe des Preises der Arbeit. Dabei ist es nicht nur von Interesse, diese Untersuchungen für eine einzige Berufsart vorzunehmen, sondern für mehrere Berufsarten. Erst das gibt weitere Vergleichsmöglichkeiten und ermöglicht Ausblicke auf die Art der Bewertung des organischen Kapitals unserer Tage. Die Methode stellt die Frage: wie werden solche Untersuchungen durchgeführt, und welches ist der zweckmäßigste und zuverlässigste Weg zur Erreichung des gesteckten Zieles? Entsprechend der Aufgabe zerfällt die methodische Untersuchung in zwei Teile. Einmal in die Methode der Produktionskostenberechnung und dann in diejenige der Berechnung des Preises der Arbeit, die in den nächsten Abschnitten behandelt werden.

Vorerst sind noch die besonderen methodischen Gesichtspunkte der beiden Teilgebiete zu erörtern.

Wenn die Aufgabe richtig gelöst werden soll, so muß sich der Vergleich der Produktionskosten der Arbeit mit dem Preis der Arbeit auf einen genügenden statistisch fundierten Unterbau aufbauen. Es kann sich dabei nicht darum handeln, für einen einzelnen Fall ein positives, eindeutiges Ergebnis zu erlangen, sondern darum, für eine möglichst große Zahl von Einzelfällen ein brauchbares Durchschnittsergebnis zu erhalten. Es ist wohl klar, daß z. B. hervorragend begabte Menschen mit geringen Erziehungs- und Ausbildungskosten, also mit geringen Produktionskosten, einen hohen Preis für ihre Arbeit erhalten und umgekehrt können Menschen, deren Erziehung und Ausbildung eine besonders kostspielige war, einen geringen Preis für ihre Arbeit erzielen. Beide Fälle sind extreme, sind Ausnahmefälle, die nicht in den Rahmen der Untersuchung fallen. Das Ergebnis einer solchen Untersuchung kann nur auf die Masse, den Durchschnitt, angewandt werden. Um dieses Ziel vollständig zu erreichen, gilt für die Gesamtuntersuchung der Grundsatz, sie auf Massenbeobachtungen aufzubauen. Bei

keiner Untersuchung wird dies schwieriger sein, als bei der vorliegenden, wegen ihrer außerordentlichen statistischen Vielseitigkeit. Man kann beinahe sagen, daß diese Untersuchung durch die ganze Bevölkerungsstatistik führt, und noch zahlreiche andere Gebiete der Wirtschaftsstatistik, wie z. B. Berufs-, Preis- und Lohnstatistik berührt. Wenn nun auch die Massenbeobachtung als das Richtige erkannt ist, so wird sie dennoch in vielen Fällen schwer durchführbar sein und weil erschöpfende Massenbeobachtungen nicht vorhanden sind, in vielen Fällen nicht der Untersuchung zugrundegelegt werden können. Das Ziel der Untersuchung bleibt es gleichwohl, und diejenige Arbeit wird den Anspruch haben, die vollkommenste genannt zu werden, die der erwähnten Forderung am besten genügt.

Für die Methode der Untersuchung ist es weiter charakteristisch, daß amtlichen und private Statistik in inniger Vermengung auftreten. Die Unzulänglichkeit der privaten Statistik, wie sie z. B. in der Haushaltstatistik für unsere Untersuchung von großer Wichtigkeit ist, wirkt sich dabei auch im Ergebnis der Untersuchung aus. Es muß überhaupt betont werden, daß die Ermittlung von statistischen Durchschnittswerten für die Herstellungskosten der Arbeit auf gewaltige Schwierigkeiten stößt, während der Feststellung des Preises der Arbeit gerade hinsichtlich der Beamtenarbeit durch die Gehaltsstatistik keine besonderen Hindernisse entgegenstehen.

Hier wäre noch die Methode zu erörtern, die eine Inbeziehungsetzung der Produktionskosten der Arbeit und des Preises der Arbeit ermöglicht. Ich kann mich hier auf einem allgemeinen Umriß beschränken, da auf die Einzelheiten, insbesondere die zu berücksichtigenden Faktoren in den folgenden Abschnitten ausführlich eingegangen werden muß.

Wie erfolgt nun dieser Vergleich der Produktionskosten mit dem Preis der Arbeit?

Die erste Aufgabe wird sein, die jährlichen Produktionskosten unter Berücksichtigung aller ihrer Faktoren genau zu ermitteln und unter Hinzurechnung der von Jahr zu Jahr zu berechnenden Zinsen, den Kapitalwert dieser Kosten am Ende der unproduktiven Periode zu bestimmen. Dieses Kapitas soll nun in der produktiven Periode, die hinsichtlich ihrer Länge von der Länge der unproduktiven Periode und der Sterblichkeit des zu untersuchenden Berufes abhängt, amortisiert werden. Es ist klar, daß z. B. die wahrscheinliche Lebensdauer je nach den Gefahren für Gesundheit und Leben in den verschiedenen Berufsarten verschieden ist. Je kürzer also die Zeit zur Tilgung des Erziehungs- und Bildungskapitals ist, desto

größer müssen die Anuitäten sein. Man kann darin einen Anhaltspunkt für die Höhe der Bezahlung gefährlicher Berufe finden. Hiezu kämen noch die durchschnittlichen jährlichen Unterhaltungskosten in der produktiven Periode, und die Jahresbeträge für Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Arbeitslosen- und evtl. auch Lebensversicherungen. Bei den Beamten wird dies in der Hauptsache keine Berücksichtigung finden müssen, da der Staat dafür aufkommt. Diese theoretisch errechneten Produktionskosten pro Jahr müssen den Durchschnittsjahreseinkommen gegenübergestellt werden. Zweckmäßig erscheint es aber, die Produktionskosten sowohl, als auch das Jahreseinkommen auf einen bestimmten Zeitpunkt im Alter, z. B. dem Zeitpunkte des Ausscheidens aus dem Dienste bezw. auf den Zeitpunkt der wahrscheinlichen Lebensdauer zu beziehen, was eine bessere Vergleichbarkeit mit anderen Berufsarten gewährleistet. Das Gesamtlebenseinkommen und die Gesamtproduktionskosten der Arbeit bieten ein abgeschlosseneres Bild, als die jährlichen Durchschnittsproduktionskosten und Durchschnittseinkommen.

Die Einzelheiten der Produktionskostenberechnung werden nun im folgenden Abschnitt auseinandergesetzt.

II. Die Methode der Produktionskostenberechnung.

Die Produktionskosten, Selbstkosten oder Herstellungskosten der Arbeit, können begrifflich nur durch die einzelnen Faktoren definiert werden, die sie einschließen. Es ist nicht schwierig, sie aufzuzählen, wenn man noch dazu davon ausgeht, sie für ein bestimmtes Einzelindividuum zu ermitteln. Die Produktionskosten schließen in diesem Falle folgende Faktoren ein:

1. Kosten für bessere Ernährung und Hilfe für die Mutter vor der Geburt.
2. Kosten der Geburt.
3. Kosten für Erziehung (Ernährung, Kleidung, Wartung, Spielzeuge, ärztliche Hilfe).
4. Kosten der Bildung des Geistes.

Schwieriger wird bereits die Ermittlung derjenigen Ausgaben, die nicht allein für das Einzelindividuum, sondern für alle Mitglieder der Familie erwachsen, wie

5. die Kosten für Miete, Heizung und Beleuchtung, Abnützung etc. Der Anteil, der auf das Einzelindividuum fällt, muß berücksichtigt werden.

Diese Faktoren der Produktionskosten liegen vor der produktiven Periode. Sie ermöglichen die Heranbildung zur Übernahme

einer Arbeit. Damit sind aber noch keineswegs die Produktionskosten der Arbeit abgeschlossen. Um in der produktiven Periode tätig sein zu können, müssen Aufwendungen für die Erhaltung des Lebens und der Arbeitskraft gemacht werden. Es gehören also weiterhin zu den Produktionskosten der Arbeit:

6. Die Kosten für die Lebenshaltung in der produktiven Periode.
7. Die Kosten für Weiterbildung im Beruf.
8. Die Kosten für Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Erwerbslosigkeit während des Berufes.

Schließlich gehören zu den Produktionskosten der Arbeit

9. Die Aufwendungen, die für Sicherung und Erhaltung des Lebens in der Alterperiode dienen, sei es, daß dies durch Zahlung für eine Lebensversicherung, durch Zurückbehaltung eines Gehaltsteiles, wie dies beim Beamten der Fall ist, geschieht.

Wesentlich schwieriger wird die Ermittlung der Produktionskosten der Arbeit aber dann, wenn es sich darum handelt, einen Durchschnittswert zu erhalten, der z. B. für einen bestimmten Beruf allgemeine Geltung haben soll. Hier handelt es sich um ein Durchschnittsergebnis aus vielen Einzelfällen.

Man erkennt sofort, daß damit neue Produktionskostenfaktoren auftauchen. Die Gefahrenmomente, die in der Masse enthalten sind, müssen berücksichtigt werden. So richtig es ist, daß der Kaufmann in die Selbstkosten der Waren jenen Verlust einrechnen muß, der durch Verderben und Schadhaftwerden der Waren ihm erwächst, ebenso richtig dürfte es sein, daß der Kapitalverlust, der durch vorzeitiges Ausscheiden der Ware Mensch der Allgemeinheit entsteht, in die Produktionskosten der entsprechenden Arbeit einkalkuliert werden muß. Die Momente, die es weiter zur berücksichtigen gilt, sind

10. Die Kindersterblichkeit.
11. Das Scheitern in der Vorbereitung zum Beruf.
12. Das Scheitern im Beruf.
13. Die Berufssterblichkeit.

In den Gesamtproduktionskosten müssen aber auch die Produktionskosten der Frau enthalten sein. Auch die Kosten ihrer Erziehung und Ausbildung müssen, sofern diese durch eigene Berufstätigkeit nicht sich selbst amortisiert, durch den Mann amortisiert werden. Wie für den Mann, für den Beginn der Amortisation des Erziehungs- und Bildungskapitales, der Beginn der produktiven Pe-

riode zu gelten hat, so hat für den Beginn der Tilgung dieses Kapitales der Frau, das Durchschnittsheiratsalter zu gelten. Es ist nach Berufen verschieden und dementsprechend kann das zu tilgende Erziehungs- und Bildungskapital der Frau größer oder kleiner sein, je nachdem in dem betreffenden Berufe der Mann sich durchschnittlich später oder früher verehelicht. Die logische Weiterentwicklung dieses Gedankens führt übrigens auf eine recht umstrittene Frage. Es wurde wiederholt erörtert, ob eine Differenzierung der Gehälter der verehelichten und unverehelichten Männer berechtigt sei. Die neue Beamtenbesoldung vom Jahre 1927 hat diese Differenzierung beseitigt. Gehen wir aber davon aus, daß die durchschnittlichen Produktionskosten der Arbeit auch diejenigen der Erziehung und Bildung der Frau erhalten muß, so tritt die Frage auf, wie sich die Ehehäufigkeit in den einzelnen Berufen gestaltet. Je nachdem die Ehehäufigkeit groß oder klein ist, müßten die Produktionskosten der Arbeit größer oder kleiner sein und damit der auf ihnen aufgebaute Gehalt größer oder kleiner. Das hat übrigens schon Engel erkannt, indem er auf das Zölibat hinweist.[1]) Ich habe diesen Gesichtspunkt erwähnt, ohne ihn irgendwie zu berücksichtigen. Übrigens wäre dies auch gar nicht möglich, da die Heiratsintensität nach dem Berufe bis jetzt durch die Statistik noch gar nicht nachgewiesen wurde.[2])

Das wären in großen Zügen die Faktoren, die bei der Berechnung der Produktionskosten der Arbeit zu berücksichtigen wären. Wie wir gesehen haben, stehen im Vordergrund die Erziehungskosten, die Kosten für Ernährung, Kleidung usw. Wie werden sie erfaßt? Wie groß sind sie für den erwachsenen Mann, für die Frau, für die Kinder der verschiedenen Altersstufen? Wie groß sind sie weiterhin in den verschiedenen sozialen Schichten? Schier unüberwindlich scheinen die Schwierigkeiten zu sein, die es hier zu bewältigen gibt. Es dürfte ohne weiteres klar sein, daß die Ausgaben für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Wohnung usw. in den einzelnen Familien von den Einnahmen abhängen, die diesen Familien zur Verfügung stehen. Die soziale Stellung hat einen weitgehenden Einfluß. Die Ermittlung der Ausgaben und Einnahmen der Familien umfaßt das Gebiet der Haushaltungsstatistik. Aus ihr müssen wir uns in erster Linie die Anhaltspunkte für unsere Untersuchung verschaffen. Es kann nicht hier unsere Aufgabe sein, uns

[1]) Engel, Der Preis der Arbeit im preuß. Staatsdienst, a. a. O., S. 483, Ziffer 7.

[2]) Vergl. von Mayr, Statistik der Gesellschaftslehre 2. Bd., Bevölkerungsstatistik 2. Aufl., Tübingen 1926, S. 736.

über die Haushaltsstatistik näher auseinanderzusetzen.[3]) Uns interessieren die Ergebnisse und die Möglichkeit ihrer Verwertung für die oben angedeuteten Zwecke. Leider sind die Ergebnisse der Haushaltsstatistik nicht so, daß sie ohne weiteres für unsere Untersuchungen gebraucht werden könnten. Die Haushaltungstatistik bringt uns regelmäßig in weitgehender Gliederung die Ausgaben nach sachlichen Gesichtspunkten, unter Berücksichtigung der Zusammensetzung der Familie. Sie bringt uns nicht die Ausscheidung, was die einzelnen Familienmitglieder selbst verbraucht haben. Gerade ihre Aufgabe, neben den wirtschaftlichen Erscheinungen durch zahlenmäßige systematische Massenbeobachtungen auch die sozialen Erscheinungen durch bestimmte Gruppierung und Vergleichung zu ergründen,[4]) dürfte auch ihre Gliederung nach dem Familienstande mehr Beachtung als bisher bringen. Der Grund liegt eben an dem privaten Charakter der Haushaltsstatistik. Die Belastung, die durch Aufzeichnung der einzelnen Ausgaben für die einzelnen Mitglieder des Haushaltes entstehen würde, ist wohl der Grund gewesen, sich mit der mathematischen Methode darüber mehr oder weniger Klarheit zu verschaffen. Eine getrennte Aufzeichnung der Ausgaben für Ernährung für die einzelnen Familienmitglieder und pro Jahr ist wohl nicht ohne weiteres möglich, wenngleich auch da z. B. hinsichtlich kleiner Kinder eine genaue Ausscheidung möglich wäre, bezw. in der Familie der Wahrscheinlichkeit nahekommende Angaben über den Verbrauch an Fleisch, Wurst, Brot einzelner Mitglieder gemacht werden könnten. Hinsichtlich der Kleidung würden sich keine besonderen Schwierigkeiten ergeben.

So bleibt also auch bis heute kein anderer Weg, als von den Gesamtausgaben auszugehen und zu versuchen, auf indirektem Wege die Anteile zu ermitteln, die auf die verschiedenen Mitglieder der zu untersuchenden Familie fallen. Die erste Methode stammt von Ernst Engel [5]) und wird heute noch angewandt.[6]) Um die verschiedenen haushaltsstatistischen Erhebungen, die wegen der verschiedenen Familiengröße nicht vergleichbar sind, vergleichbar zu machen, berechnet er, eine Einheit, durch die sich die Gesamtheit aller in einer Familie verzehrten und benützten Werte redu-

[3]) Ausführlich setzt sich mit ihr Gerhard Albrecht in seiner Haushaltungsstatistik auseinander. Berlin 1912.

[4]) Vgl. J. Conrad, Statistik I. Teil und Albrecht, Haushaltungsstatistik, a. a. O., S. 9.

[5]) Der Wert des Menschen, a. a. O.

[6]) Vgl. Günther Adolf, Lebenshaltung des Mittelstandes. Mit einem Beitrag von Heinrich Neumann. München-Leipzig 1920, S. 175.

zieren lassen. Er hat sie nach dem Statistiker Quetelet „Quet“, auch Gliedeinheiten genannt.

Die konsumtive Bedeutung eines niedrig gebildeten Menschen, der also nur die Volksschule besucht hat, ist nach Engel bei seiner Geburt bereits 1. Von Jahr zu Jahr läßt Engel diesen Wert um 0,1 wachsen und zwar bis zum 25. Lebensjahr, in dem die konsumtive Bedeutung den Höchstwert von 3,5 erreicht hat, der dann beibehalten wird. Darnach hätte z. B. eine Familie, die aus Vater, Mutter und drei Kindern im Alter von 12, 7 und 2 Jahren besteht, $3{,}5+3{,}0+2{,}2+1{,}7+1{,}2 = 11{,}6$ Gliedeinheiten. Dieses System ist in der Folge benützt worden, um aus den Gesamtausgaben den auf das einzelne Familienmitglied fallende Anteil zu erreichnen. Auch der Anteil der einzelnen Familienmitglieder an den einzelnen Ausgabeposten wurde dadurch ermittelt. War die zahlenmäßige Höhe der Gesamtausgaben der ganzen Familie, sowie die Zahl und das Alter der Familienmitglieder bekannt, so konnte der Wert der Gliedeinheit für die betreffende Familie durch Division der Gesamtausgaben durch die Gesamtsumme der Gliedeinheiten der betreffenden Familie bestimmt werden. An den Engel'schen Einheiten wird ausgesetzt, daß ökonomisch die Einheit für den Säugling, der an der Mutterbrust genährt wird, keine Anwendung finden darf, daß ferner ältere Personen nicht den lebenskräftigsten, nahrungsbedürftigsten erwachsenen Personen gleichgestellt werden können.[7] Auch die Feinheit der Zerlegung, d. h. verschiedene Bemessung der Einheiten für jedes Altersjahr steht in einem gewissen Mißverhältnis zu dem Genauigkeitsgrad der Schätzung, die nur eine grobe Annäherung an die Wirklichkeit darstellt. Auch wird beanstandet, daß das Verhältnis zwischen dem Unterhaltsbedarf von Kindern und von Erwachsenen für die Kinder zu günstig sei, wenn für die Erwachsenen nur das 2- bis 3 fache des Bedarfes angenommen wird, insbesondere wenn dieses Verhältnis nicht nur für die Ernährung, sondern, wie beabsichtigt, für die gesamten Lebenshaltungskosten Geltung haben soll.[8] — In der Folge sind eine ganze Anzahl derartiger Einheitssysteme konstruiert worden, von denen ich einen Teil in der nachstehenden Tabelle auf Seite 63 aufführe. Um die einzelnen Systeme besser miteinander vergleichen zu können, wurden sie alle derart umgerechnet, daß dem erwachsenen Mann 100 Einheiten zukommen.

Zur besseren Vergleichbarkeit der verschiedenen Systeme bringen Anlage 2 und 3 auch eine graphische Darstellung derselben.

7) Albrecht Gerhard, Haushaltungsstatistik, Berlin 1912.
8) Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im deutschen Reiche, 2. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt, Berlin 1909, S. 66.

Systeme der Kostenverteinheiten männlicher u. weiblicher Personen.

Lebensalter:	Engel		Kuhna		Dänische Erhebung 1897		Amerikanische Erhebung		Hamburger Erhebung 1903		Atwater:		Erhebung der K. Stat. Amtes 1908		Ochner:		Peller:	
Jahre.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m	w
0	28.6	28.6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20	20
1	31.4	31.4	10	10	22	17.6	15	15	50	50	30	30	10	10	22	22	25	25
2	34.3	34.3	10	10	30	24	15	15	50	50	30	30	10	10	30	30	30	30
3	37.1	37.1	20	20	36	28.8	15	15	50	50	40	40	10	10	36	36	35	35
4	40	40	20	20	39	31.2	40	40	50	50	40	40	20	20	39	39	45	45
5	42.9	42.9	20	20	43	34.4	40	40	50	50	40	40	20	20	43	43	50	50
6	45.7	45.7	30	30	44	35.2	40	40	50	50	50	50	20	20	44	44	53	53
7	48.6	48.6	30	30	45	36	75	75	50	50	50	50	30	30	45	45	57	57
8	51.4	51.4	30	30	47	37.6	75	75	50	50	50	50	30	30	47	47	60	60
9	54.3	54.3	40	40	48	38.4	75	75	50	50	50	50	30	30	48	48	63	63
10	57.1	57.1	40	40	50	40	75	75	62.5	62.5	60	60	40	40	50	50	66	66
11	60	60	40	40	55	44	90	90	62.5	62.5	60	60	40	40	55	55	70	70
12	62.9	62.9	50	50	60	48	90	90	62.5	62.5	60	60	40	40	60	60	73	73
13	65.7	65.7	50	50	66	52.8	90	90	62.5	62.5	60	60	50	50	66	66	76	76
14	68.6	68.6	60	60	71	56.8	90	90	100	100	80	70	50	50	71	66	80	80
15	71.4	71.4	60	60	74	59.2	100	90	100	100	80	70	100	80	74	66	83	80
16	74.3	74.3	70	70	76	60.8	100	90	100	100	80	80	100	80	76	71	86	80
17	77.1	77.1	70	70	79	63.2	100	90	100	100	100	80	100	80	79	71	89	83
18	80.0	80.0	100	100	82	65.6	100	90	100	100	100	80	100	80	82	71	93	83
19	82.9	82.9	100	100	100	80	100	90	100	100	100	80	100	80	100	80	96	83
20	85.7	85.7	100	100	100	80	100	90	100	100	100	80	100	80	100	80	100	86
21	88.6	85.7	100	100	100	80	100	90	100	100	100	80	100	80	100	80	100	86
22	91.4	85.7	100	100	100	80	100	90	100	100	100	80	100	80	100	80	100	86
23	94.3	85.7	100	100	100	80	100	90	100	100	100	80	100	80	100	80	100	86
24	97.1	85.7	100	100	100	80	100	90	100	100	100	80	100	80	100	80	100	86
25	100	85.7	100	100	100	80	100	90	100	100	100	80	100	80	100	80	100	86
u. s. w.	100	85.7	100	100	100	80	100	90	100	100	100	80	100	80	100	80	100	86

Bei der Mehrzahl der Systeme wird auch hinsichtlich der Gliederung der Einheiten zwischen männliche und weibliche Personen davon ausgegangen, daß auch der Bedarf für die erwachsene Frau geringer ist, als der des Mannes. Lediglich Kuhna hat darin einen Unterschied gemacht, indem er gerade hinsichtlich der Arbeiterfrauen bezweifelt, ob eine solche Differenzierung berechtigt ist, da gerade sie häufig im Haushalt und auf dem Arbeitsplatze tätig sind.[9]) Die tiefsten Werte für Kinder sind in der Erhebung des kaiserlichen statistischen Amtes vom Jahre 1908 angenommen worden. Der Grund lag in der wohl berechtigten Anschauung, daß für die meisten Ausgaben der Bedarf der Kinder einen weit geringeren Teil des Bedarfs der Erwachsenen ausmacht, als für die Nahrungsausgabe. Die Werte Engel's und Atwater's [10]) und der dänischen Erhebung liegen in dem Alter von 1 bis 16 Jahren für männliche und weibliche Personen verhältnismäßig nahe beisammen. Lediglich am Schlusse treten bei den männlichen Personen durch das Wachsen der Einheiten bei Engel bis zum 25. Lebensjahre größere Abweichungen ein. Die Kuhna'sche Einheitsreihe und die des kaiserlichen Statistischen Amtes vom Jahre 1908 zeigen ebenfalls insofern eine Ähnlichkeit, als sie die Einheitssätze in den Jugendjahren zu Gunsten der Alter von 14 und 17 Jahren an aufwärts kürzen. Völlig aus dem Rahmen fällt das Einheitssystem der amerikanischen Erhebung vom Jahre 1903, das beispielsweise im Alter von 7 Jahren 75 Einheiten erklimmen läßt, also beinahe so viel, wie die meisten Systeme den erwachsenen weiblichen Personen zumessen. Wenn für die vorliegende Untersuchung keines dieser Systeme Anwendung fand, sondern die durchschnittlichen Werte aus dem System Engel, Kuhna, Atwater, dem dänischen und deutschen System zu einem neuen System kombiniert wurden, so hat dies seinen Grund in folgender Überlegung: Nach dem deutschen System ist das Kind als Ernährungsverbraucher im wesentlichen Ausmaße geringer eingeschätzt, als dies den Tatsachen entspricht. Nach dem Rubner'schen Oberflächengesetz, nach dem der Stoffwechsel nicht in Beziehung zum Gewicht, sondern zur Oberfläche des Körpers, die beim Kinde ja verhältnismäßig größer als beim Erwachsenen ist —. gebracht werden muß, ebenso nach Pirquet's Innenflächengesetz ,das den Nahrungsbedarf eines Menschen, ob Kind oder erwachsen, mit der Größe der resorbierenden Darmfläche in Zusammenhang bringt, dürfte die Unrichtigkeit dieser Skala erwiesen

[9]) Vgl. Albrecht, Haushaltungsstatistik, a. a. O., S. 71.

[10]) Winkler, Was kostet ein Kind? in: Der österreichische Volkswirt, 16. Jahrg. Nr. 40, 1924, S. 1229.

sein.[11]) Das Engel'sche Schema dagegen bemißt den Nährwertsbedarf des kleinen Kindes entschieden zu hoch, während das Jünglingsalter bei ihm zu kurz kommen dürfte.[12]) Eine Benützung des Systemes Peller, das auf den beiden eben genannten Gesetzen aufgebaut ist, kommt deshalb nicht in Frage, weil das Schema, wie er ausdrücklich betont, nur für die Ernährung Gültigkeit hat,[13]) unser Schema aber für den Konsum, soweit er auch Wohnung, Kleider, Heizung und Beleuchtung umfaßt, Gültigkeit haben soll. Der Bedarf hierfür ist aber in den Jugendjahren bis zum 14. Lebensjahr entschieden geringer, weil die Kinder nicht im gleichen Maße wie die Erwachsenen daran teilhaben.[14]) Die Lage der neuen Kurve dürfte diesen Überlegungen Rechnung tragen.

Die errechneten Werte des kombinierten Normalsystems sind folgende:

Lebens alter in Jahren	Zahl der Einheiten männlich		Zahl der Einheiten weiblich		Lebens alter in Jahren	Zahl der Einheiten männlich		Zahl der Einheiten weiblich	
	genau	abgerundet	genau	abgerundet		genau	abgerundet	genau	abgerundet
0	5.7	20	5.7	20	11	51.6	50	49.4	50
1	17.0	20	16.1	20	12	53.6	60	52.9	60
2	23.7	20	22.5	20	13	60.1	60	56.6	60
3	27.7	30	26.2	30	14	67.6	70	62.0	60
4	31.1	30	29.6	30	15	77.6	80	68.6	70
5	34.4	30	32.8	30	16	81.5	80	71.2	70
6	37.1	40	35.3	40	17	87.2	90	75.4	70
7	39.8	40	38.0	40	18	92.4	90	80	80
8	42.6	40	40.7	40	19	96.6	90		
9	45.2	50	43.3	50	20	100	100		
10	48.0	50	46.0	50					

[11]) Peller Sigismund, Die Ernährungsverhältnisse der Wiener Arbeiterbevölkerung (Jahre 1912—14) im: Archiv für soziale Hygiene Bd. 13, 1919/20, S. 99.

[12]) Ebenda S. 102.

[13]) Ebenda S. 104.

[14]) Ähnlich auch Peller, siehe S. 99.

Mit Rücksicht auf die Kosten, die bei der Geburt entstehen, wurde der errechnete Durchschnittswert, der praktisch keine Bedeutung hat, da er aus fünf Werten errechnet wurde, von denen 4 den Wert 0 hatten, statt mit 5,7 mit 20 festgesetzt. Die errechneten Werte wurden jeweils auf die nächstliegenden vollen 10 auf- bezw. abgerundet. Ferner wurden für die weiblichen Personen bis zum 13. Lebensjahr die gleichen Werte wie für die männlichen angenommen.

Wir sehen also, daß in den verschiedenen Systemen die Willkür bei der Festsetzung der Werte eine ziemliche Rolle spielt.

Die für die einzelnen Lebensalter bestimmten Einheitswerte ermöglichen nun den durchschnittlichen Aufwand in jedem Lebensjahre bis zum Erwachsensein für männliche und weibliche Personen zu ermitteln. Dazu ist nötig, daß der Gesamtaufwand von Normalfamilien festgestellt wird. Normalfamilien sind diejenigen, deren sämtliche Mitglieder mit ihren gesamten Einnahmen und Ausgaben an der Familienwirtschaft (Haushaltung) teilnehmen. Es sind also bei der Feststellung des Gesamtaufwandes diejenigen Familien auszuschließen, zu deren Haushaltung auch Familienfremde als Schlafgänger, Kostgänger usw. gehören, sowie jene, die erwachsene Kinder haben, die ihren Eltern einen Beitrag zur Wirtschaft zahlen, sich sonst aber selbst unterhalten. Der Durchschnittsaufwand von Normalfamilien verschiedener Bevölkerungsschichten oder Berufsarten kann dann zur Ermittlung des Geldwertes der Einheit benützt werden. Ist z. B. festgestellt. daß der Durchschnittsaufwand einer Normalfamilie, der aus einer Anzahl Erhebungen über den Aufwand von unteren Beamten errechnet wurde, 2400.— M beträgt und daß diese Normalfamilie aus Vater, Mutter und 3 Kindern im Alter von 12, 7 und 2 Jahren besteht, also 100+80+60+40+20 = 300 Einheiten umfaßt, so würde also auf die Einheit 8.— M, oder auf den Mann, der 100 Einheiten umfaßt, 800.— M, auf die Frau, der 80 Einheiten entsprechen, 640.— M, auf das Kind von 12 Jahren 480.— M, auf das von 7 Jahren 320.— M und auf jenes von 2 Jahren 160.— M treffen. Man kann also, nachdem man den Wert der Einheit kennt, für die verschiedenen Lebensalter unter Benutzung eines der erwähnten Systeme eine Skala von durchschnittlichen Unterhaltungskosten für Söhne und Töchter eines unteren Beamten aufstellen. In gleicher Weise kann diese Skala für mittlere und höhere Beamte errechnet werden. Es tritt dabei die Frage auf, ob der Lebensunterhalt der Kinder von unteren, mittleren und höheren Beamten im gleichen Verhältnis steigt, wie der der Eltern. Man wird dies verneinen

müssen, weil „an dem steigenden Aufwand für Kleider, Wohnung, Kulturbedürfnissen, geistige und gesellige Bedürfnisse die Kinder nicht in dem gleichen Maße teilnehmen wie die Eltern".[15]) Aus diesem Grunde kürzt z. B. Achner den festgesetzten Unterhaltsbetrag des erwachsenen Sohnes des mittleren und höheren Beamten um 10 bezw. 20%. Man kann gegen diese Art der Geldwertbestimmung der Einheit für verschiedene soziale Schichten, insbesondere zum Zwecke der Ermittlung der Produktionskosten Bedenken haben.

Sie ist auf einer Anschauung aufgebaut, die von Engel an herauf bis zu Achner immer wieder auftritt und der mit Entschiedenheit entgegengetreten werden muß. Engel setzt z. B. für die Einheit 1 den Geldwert 100.— M für einen Knaben niederen Bildungszieles, 200.— M für einen Knaben mittleren und 300.— M für einen Knaben höheren Bildungszieles fest. Das Durchschnittskind niederen Bildungszieles hat Engel auf 20 genau aufgenommene Haushaltsrechnungen von Arbeitern gestützt, aus denen sich ein Geldwert von 105 für die Einheit errechnet, während das höheren Bildungszieles lediglich auf 5 Haushaltsrechnungen basiert, die einen Durchschnittswert von 356 ergeben. -- Es drängt sich hier unwillkürlich die Frage auf, ob diese schroffe Unterscheidung, die für die Produktionskostenberechnung von so ausschlaggebender Bedeutung ist, tatsächlich richtig ist. Die Frage ist zu verneinen. Sie ist einzig und allein und da auch nur zum Teil richtig, wenn tatsächlich nur die Kinder der höheren Beamten wieder höhere Beamten werden, diejenigen mittlerer Beamten wieder mittlere Beamte und die unterer Beamter wieder untere Beamte. In der Tat werden diese Voraussetzungen gemacht und dadurch wesentlich verschiedene Beträge für die Unterhaltskosten der Kinder unterer, mittlerer und höherer Beamtn festgesetzt. Ich sage Unterhaltskosten, nicht Bildungskosten! Erweist nicht jede Haushaltungsstatistik, daß gerade hinsichtlich jener Unterhaltskosten, welche die größte Geldmenge absorbieren, der Ernährung, die verschiedenen Einkommensstufen am wenigsten von einander verschieden sind? So stellt auch Adolf Günther,[16]) der grundlegende Untersuchungen auf dem Gebiet vorgenommen hat, folgende Ergebnisse fest:

---

[15]) Achner, Der Wert der geistigen Arbeit mit besonderer Berücksichtigung des Beamtentums, a. a. O., S. 444.

[16]) Günther Adolf, Lebenshaltung des Mittelstandes, München - Leipzig 1920, S. 85.

	Mehlkonsum	Fleischkons.	Fettkons.
	nach Verbrauchseinheiten:		
Durchschnitt der unteren Einkommensstufen	142,6	58,4	17,3
Durchschnitt der mittleren Einkommensstufen	147,1	53,6	24,8
Durchschnitt der oberen Einkommensstufen	156,2	67,5	23,2

Wenn auch eine Steigerung zu erkennen ist, so ist sie keineswegs so groß, daß das Engel'sche Verhältnis zwischen Kindern mit niederen, mittleren und höheren Bildungszielen 1 : 2 : 3 gerechtfertigt erscheint, wenigstens nicht für die Zeit bis zum 10. Lebensjahre, von welcher ab erst eine größere Differenzierung wegen der verschiedenen Bildungskosten gerechtfertigt erscheint. Auch die Ausgaben für Kleider und Wohnung können das Verhältnis 1 : 2 : 3 nicht begründen. Man versuche einmal aus der Kleidung der Knaben unserer Mittelschulen auch die Herkunft aus den Kreisen höherer, mittlerer oder unterer Beamten zu schließen. Tatsache ist, daß die Eltern all dieser Kreise aus wohlüberlegten Gründen mit einem Aufwand durchzukommen suchen, der sich als ein Minimum und Maximum zugleich darstellt. Auch hinsichtlich der Kosten für die Wohnung haben wir oft ganz gleiche Belastung der Eltern der verschiedenen Beamtengruppen insbesondere dann, wenn die Schüler im Internat untergebracht werden müssen, weil die Beamten nicht an dem Ort der Schule wohnen, ein Moment, das sich insbesondere auch beim Studium an der Universität nivellierend auswirkt. Wollte man dennoch eine gewisse Differenzierung hinsichtlich der Kinder unteren, mittleren und höheren Bildungszieles, wenn auch nicht in dem Engel'schen Ausmaße anerkennen, so tritt die Frage auf, ob die höheren Unterhaltskosten, die aus den Einnahmen der höheren Beamten abgeleitet worden sind, durchgehends für die Arbeitspreisbestimmung benützt werden dürfen. Wie schon erwähnt wurde, müßten sämtliche höhere Beamte Söhne höherer Beamten gewesen sein. Das ist aber nicht der Fall. Betrachten wir z. B. die Herkunft der Studenten männlichen und weiblichen Geschlechts, die im W. S. 1924/25 an den bayerischen und preußischen Hochschulen immatrikuliert waren, unterschieden, ob aus den Kreisen der unteren, mittleren oder höheren Beamten, so ergibt sich folgendes Bild:

Beruf der Väter der Studierenden der bayerischen Hochschulen. W.S. 1924/25

Fakultät.	Höherer Beamter.		Mittlerer Beamter (Lehrer).		Unterer Beamter.	
	absolut.	relativ.	absolut.	relativ.	absolut.	relativ.
Katholische Theologie	23	0.7	53	1.6	22	0.7
Ev. theol. Fakultät.	60	1.8	25	0.7	1	0.0
Juristische "	606	18.9	565	16.7	54	1.6
Volkswirtschaftliche "	161	4.8	141	4.2	16	0.5
Medizinische "	200	6.7	234	6.9	15	0.4
Tierärztliche "	15	0.4	30	0.9	1	0.0
Philosophische "	485	13.2	506	17.6	56	1.7
	1570	46.5	1614	48.6	165	4.9
In preußischen Hochsch.	4960	35.8	8350	60.5	367	2.7

Wir sehen also, daß in Bayern 53,5%, in Preußen sogar 64,2% der Studierenden Beamtensöhne aus den Kreisen der mittleren und unteren Beamten stammen, womit ein weiterer gewichtiger Grund klargelegt ist, der die Engel'sche Differenzierung 1 : 2 : 3 für die Produktionskostenberechnung nicht richtig erscheinen läßt.

Welcher Ausweg läßt sich aber finden? Für die Ermittlung der Unterhaltungskosten in der unproduktiven Jugendperiode dürfte aus den erwähnten Gründen als Grundlage nicht ohne weiteres das Einkommen der verschiedenen Beamtenkategorien benützt werden. Die Gliederung der Haushaltungsstatistik kommt uns dabei zu Hilfe. Sie ermöglicht es uns, die beiden nivellierenden Momente der Produktionskostenberechnung, der annähernd gleiche Nahrungsmittelverbrauch für alle drei Beamtenkategorien, sowie die Tatsache der Herkunft der größeren Masse der studierenden Beamtensöhne aus Kreisen der mittleren und unteren Beamten insofern zu berücksichtigen, als auf Grund der gemachten Untersuchungen festgestellt wird, wie hoch der Prozentsatz der Ausgaben für Nahrungsmittel, Wohnung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung an den Gesamtausgaben dieser Beamtengruppen gemessen, sich beläuft. Die sonstigen Ausgaben, die erfahrungsgemäß mit steigendem Einkommen einen prozentual wachsenden Betrag ausmachen und in der Einheits-

berechnung den mittleren und höheren Beamten zugute kommen, werden mit Rücksicht auf die oben genannten nivellierenden Momente insoweit ausgeschaltet, als sie sich nicht auf die Kosten für Unterricht, Schulgeld, Lernmittel beziehen, die je nach dem Bildungsziel der zu untersuchenden Menschen gesondert berechnet werden. Außerdem sind in den sonstigen Ausgaben verschiedene Kosten enthalten, die in die Geldwertberechnung der Einheit miteinbezogen, ein falsches Bild ergeben dürften, wie Ausgaben für Schuldentilgung. Auch die Ersparnisse, die unter diese Rubrik fallen, müssen ohnehin abgezogen werden. Der Geldwertberechnung der Einheit werden also nicht die Gesamtausgaben zugrunde gelegt, sondern die um einen Teil der sonstigen Ausgaben reduzierten Gesamtausgaben. Diese Maßnahme ist auch deshalb noch berechtigt, weil in den sonstigen Ausgaben solche für geistige und gesellige Bedürfnisse der Eltern, Geldgeschenke etc. enthalten sind, alles Ausgaben, die fast ausschließlich den Eltern zugute kommen.

Anhaltspunkte für diese Berechnung der Ausgaben für Nahrung, Wohnung, Kleidung, Heizung, Beleuchtung in den verschiedenen Einkommensgruppen bieten die verschiedenen Erhebungen über die Lebenshaltung. Leider sind neuere brauchbare Untersuchungen, die sich auf Massenbeobachtungen aufbauen, gerade für Beamtenkreise nicht vorhanden,[17]) die sich auf die Zeit nach der Stabilisierung der Währung erstrecken. Es erweist sich demnach als nötig, auf Untersuchungen zurückzugreifen, die länger zurückliegen, wenigstens sofern es sich um die Festsetzung des Prozentsatzes handelt, den Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, sowie Kleidung an den Gesamtausgaben gemessen ausmachen. Es wurden zu diesem Zwecke zwei Untersuchungen herangezogen, die sich mit Beamtenhaushaltungen befaßten, und zwar die Untersuchung des kaiserlich Statistischen Amtes in Berlin vom Jahre

[17]) Nach der Stabilisierung der Währung sind folgende Veröffentlichungen zu erwähnen: 1. Die Lebenshaltung minderbemittelter Familien in Hamburg im Jahre 1925 in: Statist. Mitteil. über den Hamburgischen Staat Nr. 20. 2. Die Lebenshaltung minderbemittelter Familien in Hamburg im Jahre 1926, in: Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, 4. Jahrg. Nr. 5. 3. Trüdinger, 9 württembergische Haushaltsrechnungen (württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jahrg. 1925/26). 4. 300 Haushaltrechnungen von Arbeitern der Schuhindustrie und des Schuhmachergewerbes in Deutschland 1925/26, Nürnberg 1928. 5. Der Haushalt des Kaufmannsgehilfen (2. Schriftenreihe des D. H. V. Hamburg 1927). 6. Die Lebenshaltung der Angestellten (Afa, Schriftensamml. Berlin 1928).

Eine vom Statist. Reichsamte im Jahre 1927/28 durchgeführte Erhebung von Wirtschaftsrechnungen wird zur Zeit aufgearbeitet. Ein genauer Zeitpunkt der Veröffentlichung konnte nicht angegeben werden.

1908 [18]) und diejenige Adolf Günther's,[19]) dessen Untersuchung hauptsächlich den Haushaltungen beamteter Techniker galt. Die Verwendbarkeit der Ergebnisse dieser Untersuchungen wären natürlich völlig in Frage gestellt, wenn nicht die Indexziffer für Lebenshaltung die Möglichkeit gäbe, das Zahlenmaterial für die heutigen Verhältnisse wenigstens so umzurechnen, daß es für die vorliegende Untersuchung brauchbar wird. Die Tabelle auf S. 72 gibt die aus beiden benützten Erhebungen mit der Lebenshaltungsziffer für September 1928 umgerechneten Werte wieder. Die Ermittlung der Relativzahlen bedingte natürlich erst eine Umrechnung der absoluten Zahlen mit Hilfe der Indexziffer für die einzelnen Gruppen. Ein Vergleich der Relativzahlen aus der Vorkriegszeit mit den nach der Indexziffer der Lebenshaltung umgerechneten ergibt, daß die Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung heute einen geringeren prozentualen Anteil der Gesamtausgaben ausmachen, daß umgekehrt der prozentuale Anteil der Ausgaben für Kleidung und insbesondere die sonstigen Ausgaben, an den Gesamtausgaben gemessen, gewachsen sind.

Die Einkommensgruppen, für welche die Gruppenindexziffern Geltung haben, sind ebenfalls mit Hilfe der Reichsindexziffer für Lebenshaltung ermittelt worden. Zur besseren Übersicht der Ergebnisse der Tabelle auf S. 72 wurden auf S. 73 der Gesamtdurchschnitt der jährlichen Ausgaben in den drei Beamtenfamilien in Prozenten und absoluten Zahlen zeichnerisch dargestellt.

Da wir über das Einkommen der zu untersuchenden Beamtengruppen ebenfalls keine neuen statistischen Erhebungen haben und da diese gleichzeitig mit den Erhebungen für die Haushaltsstatistik betätigt werden, so ist hier wieder ein Umweg nötig.

Da heute insbesondere der Begriff Einnahmen und Einkommen mehr oder weniger zusammenfällt, scheint es nicht sehr fehlerhaft, das Einkommen, nicht die Einnahmen der verschiedenen zu untersuchenden Beamtengruppen als Grundlage zur Einheitswertberechnung zu machen. Die Inflation hat die Einnahmequelle, die bei den Beamten vielleicht die wesentlichste Rolle gespielt hat, die Einnahme aus Kapitalvermögen versiechen lassen. Außerdem ist die Nebenbeschäftigung nicht ohne weiteres erlaubt. Sie wird nur in

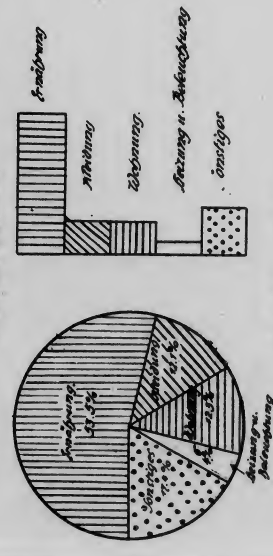
[18]) Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im deutschen Reiche, 2. Sonderh. z. Reichsarbeitsblatt, Berlin 1909.

[19]) Günther Adolf, Lebenshaltung des Mittelstandes, München-Leipzig 1920. — Typische Einzeluntersuchungen und Erhebungen geringeren Umfanges, die sich auf Beamtenhaushaltungen erstrecken, sind in Bd. 145 der Schriften d. Ver. f. Soz. Politik „Kosten der Lebenshaltung in deutschen Großstädten" enthalten.

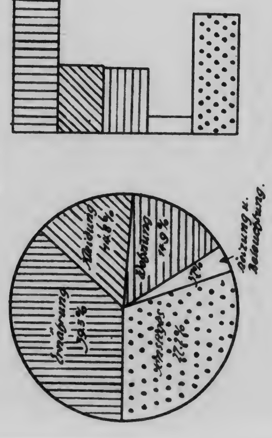
Gesamtdurchschnitt
der jährlichen Ausgaben in den Beamtenfamilien.

in Prozenten. in absoluten Zahlen.

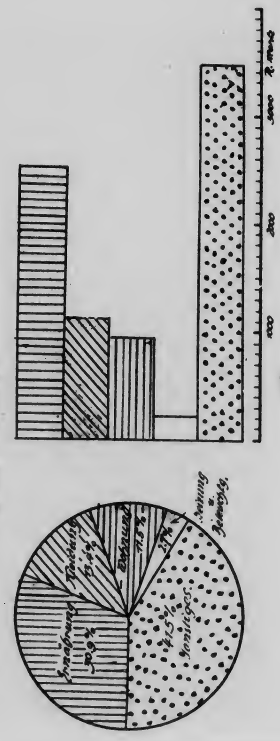
A. Untere Beamte.



B. Mittlere Beamte.



C. Höhere Beamte.



Die heutige Gestaltung der Ausgaben in den Beamtenfamilien.

(Umgerechnet nach dem Lebenshaltungsindex für September 1925)

Einkommensgruppe.	Von den Gesamtausgaben entfielen auf: Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung u. Beleuchtg.	Sonstiges	Insgesamt ohne sonstige Ausgaben	Vom Hundert der Gesamtausgaben entfielen auf: Nahrung.	Kleidung.	Wohnung	Heizung u. Beleuchtg.	Sonstiges	Insgesamt ohne sonstige Ausgaben
Index: 151.3	153.1	170.8	125.9	146.8	188.1		153.1	170.8	125.9	146.8	188.1	
1828–2438 x (1200–1600)	1221.16 (707.63)	207.42 (121.44)	373.94 (297.01)	110.32 (73.15)	292.74 (135.63)	1912.84 (1201.42)	55.4 (55.5)	9.4 (8.0)	17.0 (20.0)	5.0 (5.2)	13.2 (10.0)	86.8
unter 3046 (" 2000)	1506.61 (903.04)	252.56 (107.87)	118.95 (94.08)	55.30 (37.67)	391.40 (202.13)	1933.22 (1263.96)	64.8 (67.00)	10.86 (9.39)	5.12 (6.00)	2.38 (2.57)	16.84 (16.09)	83.16
2438–3046 x (1600–2000)	1178.19 (769.55)	469.15 (274.68)	435.16 (303.04)	189.07 (129.07)	654.46 (307.93)	2271.93 (1918.91)	40.3 (41.2)	16.0 (14.7)	14.9 (15.5)	6.5 (6.9)	22.3 (18.7)	77.7
	3905.12	929.13	928.05	355.09	1338.69	6117.99	160.5	36.26	37.02	13.88	52.34	247.66
Unterer Beamt.	1301.91	309.71	309.35	118.36	446.23	2039.33	53.5	12.1	12.3	4.6	17.4	82.6
3046–3808 x (2000–2500)	1459.53 (953.52)	572.30 (335.07)	351.07 (438.08)	146.96 (100.11)	919.87 (489.08)	2730.26 (1826.58)	40.4 (42.2)	15.8 (14.5)	15.3 (14.9)	4.1 (4.3)	24.6 (22.1)	75.6
3046–4569 (2000–3000)	1630.42 (1060.94)	514.40 (304.77)	568.85 (401.83)	130.58 (88.90)	1208.71 (662.59)	2844.25 (1906.89)	40.23 (41.62)	12.69 (11.93)	14.04 (17.30)	3.22 (3.83)	29.82 (24.72)	70.18
3808–4569 x (2500–3000)	1618.93 (1067.43)	693.29 (405.91)	672.97 (534.90)	169.32 (115.84)	1192.80 (634.13)	3154.49 (2112.96)	37.2 [illegible]	15.9 [illegible]	15.5 [illegible]	3.9 [illegible]	27.5 (23.1)	72.5
	4708.88	1779.99	1793.25	446.86	3321.38	8728.96	117.83	44.39	44.84	11.22	81.72	218.28
Mittlerer Beamt.	1569.63	593.33	597.74	148.95	1107.13	2909.65	39.3	14.8	14.9	3.7	27.2	72.8
6092–7615 (4000–5000)	2322.34 (1516.88)	923.24 (540.80)	860.65 (682.60)	167.66 (110.91)	2389.35 (1575.57)	4273.89 (2854.33)	34.8 (36.75)	13.83 (12.99)	12.9 (16.4)	2.51 (2.76)	35.96 (31.08)	64.04
über 7615 (" 5000)	2533.53 (1659.69)	942.34 (581.72)	878.15 (497.50)	248.28 (159.13)	3919.44 (2775.60)	4602.10 (3073.04)	29.52 (37.72)	10.98 (10.66)	10.23 (13.62)	2.89 (3.27)	46.38 (40.72)	53.62
über 7615 x (" 5000)	2725.84 (1730.03)	1495.08 (678.14)	1097.77 (871.94)	262.79 (179.01)	4066.18 (2160.71)	5581.48 (3706.72)	28.3 (30.3)	15.5 (15.9)	11.4 (14.8)	2.7 (3.1)	42.1 (36.8)	57.9
	7581.71	3360.66	2836.57	678.73	10444.97	14457.47	92.62	40.31	34.53	8.10	124.44	175.56
Höherer Beamt.	2527.17	1120.22	945.52	226.24	3481.66	4819.15	30.9	13.4	11.5	2.70	41.5	58.5

x. Vgl. Die Ausgaben in Arbeiter- u. Beamtenfamilien in: 2. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt. Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich. S. 57ᵃ
Alle sonstigen Beträge siehe: A. Günther: Lebenshaltung des Mittelstandes, Mchn. Lpz. 1920 S. 64.

seltenen Fällen genehmigt, und weiterhin ist Frauenarbeit selbst in unteren Beamtenkreisen eine Seltenheit geworden. So steht heute in der Tat der großen Masse lediglich als regelmäßiges Einkommen, aus dem alles bestritten werden muß, jenes aus der Hauptberufstätigkeit zur Verfügung. Dieses zu ermitteln, ist keine Schwierigkeit. Die Besoldungsgesetze bieten hierzu die Unterlagen.

Es bleibt nur noch übrig, zu dem ermittelten Einkommen, das den sozialen Verhältnissen und Erfordernissen Rechnung tragen muß, also eine Art Existenzminimum darstellen muß, das jedoch einen Faktor für soziale Bedürfnisse einschließt, die Kinderzuschläge für drei Kinder hinzuzurechnen. Die so erhaltene Summe ist dann entsprechend der Summe der prozentmäßigen Anteile der Ausgaben für die vier erwähnten Verbrauchsgruppen: Nahrung, Wohnung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung zu reduzieren, womit die Summe gewonnen ist, die zur Eineitswertberechnung nach unseren obigen Ausführungen als zweckmäßig erscheint.

Da in allen Fällen die Untersuchung einer Familie aus Vater, Mutter und 3 Kindern im Alter von 12, 7 und 2 Jahren zugrundeliegen, die über $100 + 80 + 60 + 40 + 20 = 300$ Einheiten verfügt, so ist der Wert der Einheit durch einfache Divison zu ermitteln und die Aufstellung von Tabellen möglich, welche den Geldwert der Einheiten für die Knaben verschiedener Bildungsziele und die Töchter der drei verschiedenen Beamtengruppen in den verschiedenen Altersstufen erkennen lassen.

Die typische Einzelbeobachtung, die gerade in der Haushaltsstatistik eine große Rolle spielt, dürfte für unsere Zwecke kaum in Frage kommen. Es sind eine ganze Anzahl Haushaltsmonographien nach der isolierenden Methode verfaßt worden. Ihr Zweck lag aber z. B. darin, die Schwierigkeit des Wirtschaftens mit eng begrenzten Mitteln zu beleuchten, Konsumtionsvorgänge zu beobachten, die Verschiebungen und Schwankungen wiederzugeben, also die Beobachtung des Haushaltes zu verschiedenen Zeiten, während es uns einzig und allein darauf ankommt, den gegenwärtigen Durchschnittsverbrauch der zu untersuchenden Berufsarten, sozialen Schichten festzustellen. Dieser Methode der ziffernmäßigen Feststellung des Unterhalts in den verschiedenen Jahren der Entwicklung, die rein volkswirtschaftlichen Charakter hat, steht die mehr medizinische Methode gegenüber. Sie ist auf dem vom medizinischen Standpunkt für die richtige Entwicklung des Kindes im ersten Jahre notwendigen Bedarfe aufgebaut, und in dem Gutachten des Geheimen Obermedizinalrates Prof. Dr. Biedert, Straßburg, über die wirtschaftlichen Vorteile eines langen und gesunden Lebens für

den Staat und die Gesellschaft enthalten.[20]) Er ermittelt dort die Gesamtkosten für das Kind im ersten Jahre und zwar 149.15 ℳ für ärmere Verhältnisse, 185.10 ℳ bei etwas besserer Lage. Beide Summen stellen, wie er ausdrücklich erwähnt, Minimalkosten dar, aber nicht bei Bettelarmut. Auf diesen Kosten, die im ersten Lebensjahr erwachsen, baut er den Weiterverbrauch des Menschen auf unter Benützung der Engel'schen Gliedeinheiten. Diese Methode dürfte für unsere Untersuchung als Grundlage der Aufstellung der Skala von durchschnittlichen Unterhaltskosten nicht ganz zweckentsprechend sein, da die Höhe der Einnahmen einen zu großen Einfluß auf den tatsächlichen Verbrauch haben. Wichtig erscheint diese Kostenwertermittlung insofern aber doch, als sie einen unteren Wert darstellt, unter den diese Kosten nicht sinken sollen, wenn nicht den Geboten vernünftiger Menschenökonomie zuwider gehandelt werden soll. Unter Anlehnung an die Berechnung Biedert's über den Bedarf eines Kindes im ersten Lebensjahre, will ich diese den heutigen Verhältnissen entsprechend, neu erstellen. Hinsichtlich der Ernährung habe ich mich dabei streng an die Mengen gehalten, die Dr. Biedert, dessen Forschungen [21]) hauptsächlich der Kinderernährung galten, als nötig erachtete.

Der Bedarf der Nahrung umfaßt von 170—1000—1200 cm^3

Milch im Tag, im ganzen Jahre 281 Liter zu 30 Pfg.	84.30 ℳ
Zucker 5,6 kg (6 Monate 22 g, weitere 6 Monate 10 g zum Brei) zu 0,64 ℳ	3.60 „
Mehl zu Brei, 2,75 kg à 0,56 ℳ	1.54 „
Zwieback, 2,75 kg à 3.20 ℳ	8.80 „
Eier, 40 halbe und 90 ganze à 0.14 ℳ	15.40 „
Zusammen für Ernährung	113.64 ℳ

Wo besondere Nährmittel, Arznei und Ärzte nötig sind, erhöhen sich noch diese Kosten. Außerdem sind folgende Gerätschaften nötig:

Wagen, zugleich als Bett oder Wiege dienend, für 4 bis 5 Kinder hintereinander 80/5	16.— ℳ
2 Wollmatratzen für 2 Kinder im Jahre	25.— „
12 Windeln à 1.— ℳ	12.— „
12 Hemdchen à 0.50 ℳ	6.— „
6 Jäckchen à 1.20 ℳ	7.20 „
6 Höschen à 1.— ℳ	6.— „
6 Kinderleibchen à 0.60 ℳ	3.60 „

[20]) Das Gutachten ist ein Teil von Lindheim's saluti senectutis, a. a. O., S. 305.

[21]) Biedert über Kinderernährung, Stuttgart, 1.—5. Aufl., 1880—1905.

6 Lätzchen à 0.40 *M*	2.40 *M*
6 Wickelteppiche für 2 Kinder à 1.60 *M*	4.80 „
6 Nabelbinden à 0.30 *M*	1.80 „
3 Tragekleidchen à 2.50 *M*	7.50 „
3 Laufkleidchen à 3.— *M* für 2 Jahre berechnet	4.50 „
6 Paar Strümpfe à 0.55 *M*	3.30 „
1 Paar Schuhe	2.50 „
2 Überziehjäckchen à 2.50 *M*	5.— „
1 Kindermützchen	1.50 „
2 Paar Fausthandschuhe à 0.85 *M*	1.70 „
2 Schwämme und Watte	2.— „
Deckbettchen für 3 Kinder (7.— *M*)	2.30 „
3 Überzüge für 3 Kinder (10.50 *M*)	3.50 „
3 Kopfkissen für 3 Kinder (4.50 *M*)	1.50 „
Hilfe für die Frau für 14 Tage à 3.— *M*	42.— „
Hebamme, mittlerer Satz	40.— „
Summa:	202.10 *M*
Kosten für Ernährung	113.64 *M*
Insgesamt	315.75 *M*

Es betragen also die Produktionskosten bei der Geburt und im ersten Jahre 316.— *M*. Besondere Ausgaben sind dabei nicht berücksichtigt, doch sind dies auch keine Minimalkosten, sondern sie dürften als Normalausgaben betrachtet werden. Für die Festlegung des Einheitswertes im ersten Lebensjahre bilden sie einen wertvollen Anhaltspunkt.[22])

Neben diesen reinen Unterhaltungskosten sind für die Höhe der Produktionskosten der Arbeit die Kosten der Ausbildung der Faktor, welcher eine schärfere Differenzierung der Produktionskosten je nach der Höhe des anzustrebenden Bildungszieles herbeiführt. Die Höhe dieser Kosten ist unschwer festzustellen. Die Kosten der Volksschule sind gering. Auch die darüber hinausgehenden sind zu ermitteln. Diese können sein: Kosten für die Erlernung eines Handwerkes, das heute den Besuch von Fachschulen und den Verbrauch von Lernmitteln in höherem Maße bedingt, als früher. Besuche von Schreibmaschinenkursen und Stenographiekursen können nötig sein. Für den mittleren Beamten kommt in der Hauptsache der Besuch der Mittelschule bis zur Obersekundareife oder auch die Reife für die oberste Klasse einer öffentlichen neunstufigen höheren Lehranstalt in Frage. Für den höheren Beamten tritt zu den Kosten der Mittelschulbildung noch jene der

[22]) Vgl. S. 100.

Hochschulbildung. Mit diesen Unterhalts- und Ausbildungskosten wären die Hauptproduktionskosten der unproduktiven Jugendperiode erwähnt. Dazu kämen noch die Kosten der Krankenversicherung, außerdem die Verluste, die durch die Sterblichkeit eintreten. Während die Berücksichtigung der Kosten für die Krankenversicherung keine Schwierigkeiten bereitet, treten solche wieder bei der Berücksichtigung der Sterblichkeit auf.

Die Absterbeordnung hat im Laufe der Zeit, durch Verbesserung der menschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, durch neuere medizinische Erkenntnisse und Forschungen eine dauernde Änderung erfahren. Die Sterblichkeit ist in den verschiedenen Lebensaltern geringer geworden, insbesondere hat die Kindersterblichkeit z. B. in Bayern seit ca. 60 Jahren abgenommen, nachdem vorher eine langsame Steigerung zu erkennen war. Die Entwicklung zeigt in Bayern in den letzten 100 Jahren folgendes Bild.[23]) (Kindersterblichkeit in Prozenten der lebend geborenen).

Perioden	%	Jahre	%	Jahren	%
1827/28 - 32/34	29.5	1894	26.65	1914	19.3
1835/36 - 40/41	29.4	1895	27.8	1915	19.4
1840/41 - 47/48	29.9	1900	27.8	1916	17.5
1848/49 - 54/55	30.3	1905	24.1	1917	18.4
1855/56 - 61/62	31.9	1906	22.7	1918	20.4
1862/63 - 68/69	32.7	1907	22.0	1919	17.8
1869/70 - 75	31.9	1908	21.7	1920	17.1
1876 - 1885	29.3	1909	21.7	1921	17.3 [24])
1886 - 1890	28.0	1910	20.2	1922	16.2
1891	27.4	1911	22.3	1923	16.5
1892	27.4	1912	17.7	1924	14.4
1893	26.9	1913	18.2	1925	14.0

In gleicher Weise ist der Rückgang der Sterblichkeit zu erkennen bei Vergleichung der deutschen Sterbetafeln.

Sterbetafel (Deutsche)	Es erleben von 100000 Geborenen das .... Lebensjahr:									
	1.		20.		50.		80.		100	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1871/81	74727	78260	59287	62324	41228	45245	5035	6570	2	3
1910/11	81855	84695	73832	76659	50549	63251	9711	12951	3	9
1924/26	88462	90648	83268	85808	71006	73943	16066	19771	20	45

[23]) Von Mayr, Statistik der Gesellschaftslehre, 2. Bd. Bevölkerungsstatistik, a. a. O., S. 455.
[24]) Stat. Jahrbuch f. d. Freistaat Bayern, 17. Jahrg. 1926, S. 70.

Der Rückgang der Sterblichkeit in der unproduktiven Periode bedingt natürlich eine Verringerung der Produktionskosten. Die Produktionskosten der Verstorbenen werden auf eine größere Anzahl Überlebender umgelegt. Je größer aber die Sterblichkeit ist, desto höher werden sich die Produktionskosten gestalten. Daraus ergibt sich nun, daß für die Berechnung der Höhe der Produktionskosten für verschiedene Berufsarten oder Gruppen, nicht ohne weiteres z. B. die Sterblichkeit, wie sie aus der Sterbetafel zu entnehmen ist, benützt werden soll, da bekanntlich die Kindersterblichkeit in den verschiedenen sozialen Schichten verschiedene Werte aufweist, die deutsche Sterbetafel aber, die Durchschnittswerte für die Gesamtbevölkerung Deutschlands wiedergibt. Engel hat in seinen Untersuchungen dieser Erscheinung keine Rechnung getragen und auch heute noch ist aus Mangel an ausgiebigem statistischem Material eine Berücksichtigung schwer möglich. Die Kindersterblichkeit wurde dabei entweder nach dem Beruf [25]) oder nach den Wohlhabenheitsschichten [26]) festgestellt. Diese Untersuchungen sind aber alle aus älterer Zeit und deshalb nicht verwendbar. Sofern Untersuchungen aus neuerer Zeit vorhanden sind, galt das Interesse zu eng begrenzten Gebieten.[27]) Immerhin geht aus diesen hervor, wie verschieden die Kindersterblichkeit in den verschiedenen sozialen Schichten ist. Fries Frieda kommt auf Grund ihrer Untersuchung der Heidelberger Kindersterblichkeit zu folgendem Ergebnis:

Beruf	Zahl der Familie	Geburtenzahl	Sterbeziffer	in %
Akademiker	22	222	12	5,4
Freier Beruf	73	222	18	8,1
Beamter, Lehrer	139	456	28	6,1
Kaufleute	117	400	36	9,0
Handwerker	308	1180	184	15,6
Angestellte	97	429	70	16,3
Arbeiter	84	501	104	20,7

[25]) z. B. Seutemann, Kindersterblichkeit sozialer Bevölkerungsgruppen, insbesondere im preußischen Staat (Beiträge zur Geschichte der Bevölkerung in Deutschland, herausgegeben von Fr. H. Neumann Bd. V), Tübingen 1894.

[26]) z. B. Verijn Stuart, die Säuglingssterblichkeit in den Städten Rotterdam und Dortrecht und 40 ländlichen Gemeinden in den Jahren 1870/81 (veröffentlicht in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1901, S. 649).

[27]) Vgl. Bry Paul, der Einfluß des Berufes und der Sozialstellung auf die Sterblichkeit auf Grund des statist. Materials der Stadt Breslau, Maschinenschrift, Dissertation Breslau 1922 und

Fries Frieda, die Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit der Kinder in Heidelberg in den verschiedenen sozialen Schichten, Maschinenschrift, Diss. Heidelberg, 1925.

Es ist also trotz einer verhältnismäßig kleinen Beobachtungsmasse eine regelmäßige Minderung der Säuglingssterblichkeit bei höherer sozialer Stellung und entsprechend größerem Einkommen zu erkennen. Daß auch in Bayern ähnliche Verhältnisse vorliegen, geht aus der Betrachtung der Geborenen und der Gestorbenen im ersten Jahr nach Beruf und Familienstand der Eltern hervor.

Geborene und Gestorbene (ausschließlich der Totgeborenen) nach Beruf und Familienstand der Eltern in Bayern im Jahre 1924.[28])

Beruf	Geboren		Gestorben 0—1 J.		in %	
	m.	w.	m	w.	m.	w.
a) Höh. Beamte etc.	1543	1465	105	76	6,8	5,2
b) Mittl. Beamte etc.	1705	1590	144	100	8,5	6,3
c) Boten, Diener etc.	407	379	51	43	12,5	11,3

Nachdem es keine Sterbetafeln für verschiedene Berufe gibt, insbesondere auch nicht für die zu untersuchenden verschiedenen Beamtenkategorien, so müssen diese Zahlen uns für die Sterblichkeitsverhältnisse die nötige Aufklärung verschaffen. Es ist möglich, in Verbindung mit der neuen deutschen Sterbetafel vom Jahre 1924/26 zu einem Ziel zu gelangen, das zwar nur annähernd uns ein Bild von der Sterblichkeit dieser Gruppen gibt, aber für unsere Zwecke vollauf genügen dürfte. Die wesentlichen Sterblichkeitskosten sind die des ersten Lebensjahres. Die Sterblichkeit ist hier am größten, während die Kosten der späteren Jahre stärker in den Hintergrund treten. Wollen wir eine Sterbetafel aufstellen, so ist nötig, die Sterblichkeit der obigen Beamtenkinder auf 100 000 solcher Beamtenkinder umzurechnen. Wir erhalten dabei folgendes Resultat:

Beruf und Berufsstellung der Eltern der Geborenen.	von 100 000 Geborenen sind im 0—1 Jahr gestorben	
	m.	w.
a) Höhere Beamte, Offiziere, Geistliche, Lehrpersonal	6805	5188
b) Mittlere Beamte etc.	8446	6289
c) Boten, Diener etc.	12531	11346
Nach der deutschen Sterbetafel 1924/26	11538	9392

[28]) Vgl. Stat. Jahrbuch für den Freistaat Bayern 17. Jahrg. 1926 Seite 63 und 77.

Ein ähnliches Bild hinsichtlich der Kindersterblichkeit im ersten Jahr erhalten wir, wenn wir die Sterblichkeit der Kinder der Beamten der öffentlichen Verwaltung Preußens betrachten.[29]) Leider ist die Gesamtzahl der Geborenen nicht nach Geschlecht getrennt.

Beruf und Berufsstellung	Geboren	gestorben 0—1 Jahr	in %
Oeffentl. Verwaltung			
a)	1 226	53	4,32
b)	16 135	944	5,85
c)	1 589	181	11,39

Während also die Sterblichkeit der Kinder der höheren und mittleren Beamten eine wesentlich geringere ist, als die der deutschen Sterbetafel 1924/26, eine Folge des Umstandes, daß für Beamtenstellen körperlich einwandfreie Bewerber ausgesucht werden, errechnet sich die Sterblichkeit der unteren Beamten höher als jene der deutschen Sterbetafel. Beachten wir jedoch den Umstand, daß in diesen Gruppen auch Angehörige freier Berufe, wenn auch in geringer Menge eingeschlossen sind, so wird man insbesondere die sich errechnende höhere Sterblichkeit der dritten Gruppe begreifen. Es soll deshalb die Sterblichkeitsziffer der Kinder der unteren Beamten durch jene der deutschen Sterbetafel 1924/26 ersetzt werden.

Die Sterblichkeit der weiteren Jahre der Kinder der höheren und mittleren Beamten soll unter Zugrundelegung der Sterbeziffer des 0—1. Jahres und des Sterbeverhältnisses der deutschen Sterbetafel berechnet werden. Der Fehler, der dabei gemacht wird, dürfte bei der ohnehin geringen Sterblichkeit der Jugendjahre kaum ins Gewicht fallen. Seite 81 zeigt die auf diese Weise errechneten Sterblichkeitsziffern der Kinder der höheren und mittleren Beamten, nebst jenen der unteren Beamten, die mit den Sterblichkeitsziffern der neuen deutschen Sterbetafel übereinstimmen.

Die Errechnung des Sterblichkeitszuschlages selbst bietet keine Schwierigkeit. Geht man davon aus, daß von den am Schlusse eines Jahres lebenden 93 195 Kindern, das Kind einen Geldwert von 304.— ℳ darstellt und weiß man, daß im vergangenen Jahre 6805 gestorben sind, so ergibt sich der Wertzuwachs der Überlebenden durch die einfache Proportion 93 195 : 304 = 6 805 : x.

[29]) Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle im Freistaate Preußen während des Jahres 1926. Preußische Statistik, H. 289, Berlin 1928.

Sterblichkeit der Kinder der höheren mittleren und unteren Beamten in Bayern nach der Sterblichkeit i. J. 1924 und der neuen deutschen Sterbetafel.

Lebensalter in Jahren	Höhere Beamte. m. Zahl der Überlebenden	m. Gestorben	w. Zahl der Überlebenden	w. Gestorben	Mittlere Beamte m. Zahl der Überlebenden	m. Gestorben	w. Zahl der Überlebenden	w. Gestorben	Untere Beamte. m. Zahl der Überlebenden	m. Gestorben	w. Zahl der Überlebenden	w. Gestorben
0	100000		100000		100000		100000		100000		100000	
1	93195	6805	94812	5188	91554	8446	93711	6289	88462	11538	90608	9392
2	92350	845	94065	747	90506	1048	92806	905	87030	1432	89255	1353
3	92024	326	93782	283	90101	405	92463	343	86477	553	88743	512
4	91818	206	93605	177	89845	256	92248	215	86127	350	88422	321
5	91658	160	93465	140	89646	199	92079	169	85855	272	88169	253
6	91535	123	93358	107	89494	152	91949	130	85647	208	87975	194
7	91435	100	93271	87	89370	124	91843	106	85477	170	87817	158
8	91348	87	93197	74	89262	108	91753	90	85330	147	87683	134
9	91270	78	93131	66	89165	97	91673	80	85197	133	87563	120
10	91195	75	93070	61	89072	93	91599	74	85070	127	87452	111
11	91124	71	93012	58	88984	88	91529	70	84950	120	87347	105
12	91057	67	92953	57	88901	83	91459	70	84837	113	87243	104
13	90992	65	92895	60	88820	81	91386	73	84726	111	87134	109
14	90922	70	92828	67	88733	87	91305	81	84607	119	87013	121
15	90841	81	92753	75	88632	101	91214	91	84469	138	86877	136
16	90743	96	92666	87	88513	119	91108	106	84306	163	86719	158
17	90629	116	92564	102	88370	143	90984	124	84110	196	86534	185
18	90490	139	92445	119	88197	173	90840	144	83874	236	86319	215
19	90324	166	92310	135	87991	206	90677	163	83592	282	86075	244
20	90133	191	92163	147	87754	237	90498	179	83268	324	85808	267
21	89923	210	92006	157	87493	261	90307	191	82912	356	85523	285
22	89703	220	91842	164	–	–	90108	199	–	–	–	–
23	89481	222	91673	169	–	–	–	–	–	–	–	–
24	89263	218	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
25	89049	214	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
26	88838	211	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

x ist also der Zuschlag, der dem Geldwert des neuen Lebensjahres zuaddiert werden muß. Diese Berechnung ist bis zum Ende der unproduktiven Periode durchzuführen.

Wir kommen nun zu den Kosten, die durch das Scheitern in der Vorbereitung zum Berufe eintreten. Diese sind natürlich umso höher, je höher das Bildungsziel war. Wann sollen sie berücksichtigt werden und in welcher Weise? Es ist klar, daß auf dem Weg zur produktiven Periode in allen Zeitabschnitten eine Anzahl infolge geistigen und körperlichen Unvermögens ausscheiden. Diese verlustreiche Wegstrecke beginnt in der Mittelschule und endet mit dem Übertritt in die produktive Periode. Bereits in den Mittelschulen scheiden in allen Klassen jährlich eine Anzahl Schüler aus, weil sie das Klassenziel zum zweitenmale nicht erreichen. Es empfiehlt sich aber nicht, die Zahl der Scheiternden in allen Klassen zu verfolgen. Wichtig aber ist, die Zahl derjenigen zu erfassen, die nicht an das Schlußziel gelangen, durch Scheitern an der letzten Barriere der Schule, durch Nichtbestehen der Reifeprüfung. Einen gewissen Abschluß, die sogen. mittlere Reife, vermittelt der erfolgreiche Besuch von 6 Klassen. Auch die an diesem Ziele Scheiternden wären festzustellen. Betrachten wir das Ergebnis der Reifeprüfung in den neunklassigen Anstalten, in den Jahren 1919 bis 1926.[30])

Lehranstalt.	Zur Reifeprüfung eingetragen	Bestanden.	Nicht bestanden.	% der nicht bestandenen zur Gesamtzahl.	Zahl derjenigen, welche zum 2. Male eingetragen und Prüfung nicht bestanden.	% derjenigen, welche zum 2. Male eingetragen und Prüfung nicht bestanden zur Gesamtzahl.
Humanistischer Gymnasium.	9008	8853	155	1.7	40	0.44
Realgymnasium.	1872	1820	52	3.5	8	0.54
Oberrealschule.	3324	3257	67	2.1	23	0.69
	13804	13500	274	1.98	71	0.51

Die Ergebnisse bei den Schlußprüfungen der 6. Klasse ergeben folgendes Bild:

Lehranstalt.	Zur Reifeprüfung eingetragen	Bestanden.	Nicht bestanden.	% der nicht bestandenen zur Gesamtzahl.	Zahl derjenigen, welche zum 2. Male eingetragen und Prüfung nicht bestanden.	% derjenigen, welche zum 2. Male eingetragen und Prüfung nicht bestanden zur Gesamtzahl.
Progymnasium.	1090	1039	51	4.7	22	2.2
Realschulen.	7934	7627	307	3.9	167	2.1
	9024	7666	358	4.0	189	2.1

[30]) Vgl. Stat. Jahrbuch für den Freistaat Bayern 17. Jahrg. 1926 S. 462 ff.

Wir sehen also, daß bei den Prüfungen am Schlusse der 6. Klasse von der Gesamtzahl der Prüflinge 4% durchgefallen sind und daß 2,1% der Gesamtzahl ausgeschieden bzw. bei der zweiten Wiederholung der Prüfung wieder das Ziel nicht erreichten. In der 9. Klasse ist das Verhältnis der Scheiternden zur Gesamtzahl geringer geworden, was auf das Ausscheiden ungeeigneten Schülermaterials in den drei obersten Klassen zurückzuführen ist. Immerhin fallen noch 1,98% der Prüflinge durch und 0,51% scheiden endgültig aus, bezw. erreichen trotz zweiter Wiederholung wieder nicht ihr Ziel.

Als nächstes Hindernis kommen die Universitätsschlußprüfungen in Frage. Sehen wir von denjenigen ab, die sich nie einer Universitätsschlußprüfung unterziehen und betrachten wir die Ergebnisse der Schlußprüfung in den Jahren 1923/25, Tab. S. 84, so finden wir, daß 12,9% aller Prüflinge bei den Schlußprüfungen versagen.[31]) Angaben, wie viele zum zweiten und dritten Male versagen, sind nur hinsichtlich der juristischen Schlußprüfung vorhanden. Von 3472 in den Jahren 1905 bis 1914 zugelassenen Kandidaten haben 91, also 2,6%, und von 2133 in den Jahren 1915/24 7, also nur 0,3%, zum zweiten und dritten Male nicht bestanden. Die letzte Etappe in der Reihe der Prüfungen sind die sogen. Staatsprüfungen, welche die Eignung für die Bekleidung öffentlicher Ämter dartun sollen. In Bayern ist die Zahl (Tab. S. 85) der Versagenden mit 12,3% der Gesamtzahl der Prüflinge etwas geringer, als der Prozentsatz, derjenigen, die bei den Universitätsschlußprüfungen nicht an das Ziel gelangen.

In Preußen ist der Prozentsatz mit 20,4 nicht unwesentlich höher.[32]) Anhaltspunkte dafür, wie viel von diesen Versagenden bereits zweimal die Prüfung wiederholten, und dabei wieder nicht das Ziel erreichten, sind nur für die Lehramtsprüfungen vorhanden. Von 2325 zugelassenen Kandidaten in den Jahren 1904 bis 1914 haben 27, also ca. 1,2% die Prüfung zum zweitenmale nicht bestanden, während die entsprechenden Zahlen bei 1263 Prüflingen in den Jahren 1915 bis 1925 nur 4 bezw. 0,3%, also wesentlich niedriger als früher sind.

Diese Zahlen geben aber hinsichtlich der endgültig Scheiternden kein richtiges Bild. Eine ganze Anzahl derjenigen Prüflinge, die einmal durchgefallen sind, wiederholen die Prüfung nicht mehr, ebenso wie ein anderer, wenn auch kleiner Teil, nie eine Prüfung

[31]) Stat. Jahrbuch für den Freistaat Bayern, 1926, 17. Jahrg., S. 481 ff.

[32]) Vgl. Jahrbuch für den preußischen Staat. Zitiert nach Ostmann, Die Ausbildung der Anwärter für die Berufe der höheren Beamtenschaft in Preußen in: Staat und Technik, 4. Jahrg., H. 10, S. 164.

Ergebnisse von Schlußprüfungen an den bay. Hochschulen i. d. J. 1922-1925

Prüfung	Jahr	Gesamtzahl der Prüflinge	Bestanden	Nicht bestanden	% der nicht bestandenen zur Gesamtzahl
Juristische Prüfung	1922	311	264	47	15.1
	1923	254	212	42	16.5
	1924	329	269	60	18.2
Diplomprüfung f. Volkswirte	1923	19	16	3	15.8
	1924	123	111	12	9.8
Forstliche Prüfung	1923	102	85	17	16.7
	1923	90	80	10	11.1
	1924	69	60	9	13.0
	1925	45	34	11	24.4
Ärztliche Prüfung	1923	710	634	76	10.7
	1924	383	534	49	8.4
	1925	482	447	35	7.2
Zahnärztliche "	1923	341	332	9	2.6
	1924	131	127	4	3.1
	1925	65	62	3	4.6
Tierärztliche "	1923	71	68	3	4.2
	1924	59	59	-	-
	1925	33	33	-	-
Pharmazeutische "	1923	98	89	9	9.2
	1924	88	81	7	8.0
	1925	118	110	8	6.8
Prüfung für Chemiker	1923	213	110	103	48.2
	1924	80	56	24	30.0
	1925	94	61	33	35.1
" " Landwirte	1923	293	226	67	22.9
	1924	213	196	17	8.0
	1925	150	141	9	6.0
	1922/25	5184	4517	667	12.9

Die Ergebnisse der bayerischen Staatsprüfungen für den höheren Dienst i. d. J. 1922-1925

Berufsart	Jahr	Gesamtzahl der Prüflinge	Bestanden	Nicht bestanden	% der nicht bestandenen zur Gesamtzahl
höherer Justiz u. Verwaltungsdienst	1922	208	169	39	18.7
	1923	236	196	40	17.0
	1924	217	185	32	14.7
höheres Lehramt	1923	417	367	50	12.0
	1924	367	322	45	12.3
	1925	270	245	25	9.3
höherer Forstdienst	1922/23	38	30	8	13.8
	1923/24	75	63	12	16.0
	1924/25	64	61	3	4.7
höherer Baudienst (Hochbaufach)	1923	19	19	-	-
	1924	26	26	-	-
	1925	29	29	-	-
(Straßen-Eisenbahn, Wasserbaufach.)	1923	15	14	1	6.7
	1924	18	17	1	5.6
	1925	23	22	1	4.3
(Kulturbaufach.)	1923	2	2	-	-
	1924	3	3	-	-
	1925	8	8	-	-
(Maschinenbaufach.)	1923	9	8	1	11.1
	1924	25	25	-	-
	1925	27	25	2	7.4
	1922-1925	2116	185	260	12.3

Die Ergebnisse der preußischen Staatsprüfungen für den höheren Dienst i. d. J. 1924–26

Berufsart	Jahr	Gesamtzahl der Prüflinge	Bestanden	Nicht Bestanden	% der Nicht-bestanden an zur Gesamtzahl
Gewerbeassessoren	1924	10	10	-	-
	1925	11	11	-	-
	1926	8	8	-	-
Forstassessoren	1924	142	140	2	1.4
	1925	67	60	7	7.6
	1926	78	73	5	6.4
Bergassessoren	1924	23	23	-	-
	1925	21	19	2	9.5
	1926	16	16	-	-
Regierungsassessoren	1924	79	68	11	13.9
	1925	119	101	18	15.1
	1926	93	81	12	12.9
Gerichtsassessoren	1924	1068	819	249	23.3
	1925	1073	841	232	21.6
	1926	1019	795	224	22.0
Katasterlandmesser	1924	26	19	7	27.0
	1925	13	10	3	23.1
	1926	19	18	1	5.3
Studienassessoren	1924/5	633	504	129	20.4
	1925/6	495	384	111	22.4
	1926/7	539	418	121	22.4
Kreisärzte	1924	55	55	-	-
	1925	32	22	-	-
	1926	40	40	-	-
Regierungsbaumeister Hochbaufach	1924	73	55	18	24.7
	1925	81	66	15	19.5
	1926	60	55	14	20.3
Wasser- u. Straßenbau einschl. Kulturbau	1924	39	31	8	20.5
	1925	69	55	14	20.3
	1926	42	30	12	28.6
Eisenbahnbau	1924	21	12	9	42.9
	1925	26	18	8	30.7
	1926	19	10	9	47.5
Maschinenbau	1924	29	15	14	48.2
	1925	46	30	16	34.8
	1926	32	21	11	34.4
	1924–1926	6245	4969	1276	20.4

ablegt. Immerhin geben die Zahlen doch dafür einen Anhaltspunkt, daß die Zahlen, die Engel für die Scheiternden in Rechnung stellt, mit 15% der Gesamterziehungskosten für die höheren Beamten, mit 10% für den mittleren Beamten und mit 5% für die unteren Beamten, für die reine Produktionskostenberechnung reichlich hoch bemessen sind.

Es ist jedoch klar, daß ein absolut befriedigendes Ergebnis nur schwer erreicht werden kann. Ich glaube aber, daß durch Berechnung der Kosten für endgültigen Scheitern bei den Staatsprüfungen mit 10%, noch die Kosten der in den früheren Prüfungen endgültig Gescheiterten berücksichtigt sein dürften, ebenso, wie ein Prozentsatz von 5% als Kosten der Scheiternden bis zur mittleren Reife voll genügen dürfte.

Als letzter Faktor zur Berechnung der Produktionskosten in der Jugendperiode kämen noch die Zinseszinsen für dieses Jahr für Jahr aufgewandte Kapital in Betracht. Ein kinderloses Ehepaar ist beim Vergleich mit einem Ehepaar mit einem Kind theoretisch in der Lage, das Kapital für die Erziehung und Ausbildung des Kindes auf die Sparkasse zu bringen. Es erhält am Schlusse eines jeden Jahres den Zins zum Kapital geschlagen. In gleicher Weise muß also auch bei der Berechnung der Produktionskosten verfahren werden. Bei der Frage, welche Zeit der Zinseszinsberechnung zugrunde zu legen ist, berühren wir die Frage, ob die Gesamtproduktionskosten im Leben oder nur theoretisch auf den Produktionskosten ein durchschnittliches Jahreseinkommen errechnet werden soll. Handelt es sich darum, die Produktionskosten für das ganze Leben zu berechnen, so ist es nötig, die Zinseszinsberechnung bis zu dem Zeitpunkte der wahrscheinlichen Lebensdauer durchzuführen, nachdem vorher noch die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten in der produktiven Periode ermittelt worden waren. Benützt man die erste Methode, so wird die Zinseszinsberechnung lediglich bis zum Beginn der produktiven Periode durchgeführt. Das auf diese Weise errechnete Kapital muß dann in der produktiven Periode getilgt werden. Die Länge der produktiven Periode und die Höhe des Prozentsatzes bestimmen die Höhe der Summe, die zur Tilgung des Erziehungs- und Bildungskapitals jährlich verdient werden muß. Werden zu dieser Tilgungsrate des Erziehungs- und Bildungskapitals die Selbsterhaltungskosten in der produktiven Periode, sowie die Erhaltungskosten in der Altersperiode addiert, außerdem die Prämien für Versicherung dieser Erhaltungskosten bei Krankheit etc. berücksichtigt, so erhält man die sogen. theoretisch errechneten Produktionskosten der Arbeit als ein Durchschnitts-

jahreseinkommen, das dann dem tatsächlichen Durchschnittseinkommen gegenübergestellt werden kann.

Bei der Ermittlung der Lebenshaltungskosten in der produktiven Periode wird man zweckmäßig von jenen Lebenshaltungskosten ausgehen, die auch der Einheitswertberechnung des Jugendalters dienten. Nur wird man in diesem Falle der Einheitswertberechnung des Mannes und der Frau nicht die um die sonstigen Ausgaben gekürzte Summen zugrundelegen dürfen, sondern die Gesamtausgaben, also für Nahrung, Wohnung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung und Sonstiges.

Will man nun aber nicht ein theoretisches, auf den Produktionskosten basierendes, Jahreseinkommen errechnen, so wird man die Produktionskostenberechnung der Jugendperiode nicht auf das Ende dieser Periode beziehen, sondern auf das Ende der Produktivität überhaupt, das häufig mit der wahrscheinlichen Lebensdauer zusammenfällt. Jahr für Jahr werden also die Durchschnittsproduktionskosten (Erhaltungskosten) in der produktiven Periode erscheinen und auch für sie wird, in gleicher Weise, wie für die Kosten der Jugendperiode, die Zinseszinsberechnung bis zum Zeitpunkt der wahrscheinlichen Lebensdauer durchzuführen, nötig. Die weiteren Produktionskosten in der produktiven Periode, wie die aufgewandten Beträge für Krankheit etc., spielen beim Beamten nicht jene ausschlaggebende Rolle, insbesondere dann nicht, wenn, wie in unserem Falle die Grundlage für die Höhe der Selbsterhaltungskosten in der produktiven Periode die gesamten Ausgaben maßgebend waren, da in den sonstigen Ausgaben alle diese erwähnten, weiteren Kosten enthalten sind. Außerdem kommt auch die Zahlung von Prämien für evtl. Verunglückung, Altersinvalidität, Erwerbslosigkeit bei Krisen nicht in Frage, da der Beamte in all den Fällen durch die Pensionsleistung des Staates gegen Not gesichert ist.

Die Schwierigkeit ähnlicher Untersuchungen für Angehörige freier Berufe wird hierbei ersichtlich.

Nicht erwähnt wurde das Moment der Berufssterblichkeit, das zweifellos für die Produktionskostenhöhe von eben solcher Bedeutung ist, wie die Sterblichkeit in der Jugendperiode. Wenn z. B. ein Beamter, der eine kostspielige Ausbildung und Erziehung genossen hat, bei Beginn der produktiven Periode bereits stirbt, so ist das gesamte aufgewandte Kapital verloren. Er war nicht in der Lage, es zu amortisieren. Bei einem Grubenunglück verlieren eine große Anzahl von Bergleuten das Leben, die nur zum Teil ihr Erziehungs- und Bildungskapital amortisiert haben. Dieses Kapital

darf praktisch nicht verloren gehen, sondern es ist von den anderen Berufszugehörigen zu amortisieren, d. h. das theoretisch errechnete Einkommen der Überlebenden, das auf den Produktionskosten fußt, steigt. Es ist der konsequent weitergeführte Gedanke A. Smith's, der verlangt, daß, wenn von 20, die den Beruf eines Rechtsanwalts ergreifen wollen, nur einer dieses Ziel erreicht, dieser all das gewinnen müsse, was diese anderen gekostet haben. Es müßte aber über die unproduktive Periode hinaus bis zum Ende der produktiven Periode der Sterblichkeitszuschlag den Überlebenden zugerechnet werden. Hing er hinsichtlich seiner Höhe in der unproduktiven Periode von der Zahl und dem Aufwand ab, den die Verstorbenen bereits verursacht haben, so würde er in der produktiven Periode von der Höhe des durch die Verstorbenen noch nicht getilgten Erziehungs- und Ausbildungskosten abhängen. Wenn z. B. in einem Beruf, in dem der Bergleute oder der fahrenden Bahnbeamten, die Sterblichkeit besonders groß ist, dann würde entsprechend das aus den Produktionskosten theoretisch errechnete Einkommen größer sein. Nun fehlen aber gerade dafür die entsprechenden Sterbetafeln. Wir erkennen dadurch die Wichtigkeit, die Sterblichkeit gerade der gefährlichen Berufe zu ermitteln, da sie einen wichtigen Anhaltspunkt für die Höhe der Bezahlung dieser Berufe bietet.

Bei der Untersuchung über die Produktionskostenhöhe der Beamten fragt es sich, ob es unter allen Umständen berechtigt ist, die Berufssterblichkeit als Arbeitspreisbestimmungsfaktor einzuschalten. Nicht für alle gestorbenen Beamten in der produktiven Periode dürfte nach meinem Dafürhalten der noch nicht getilgte Rest der Erziehungs- und Ausbildungskosten den überlebenden Beamten zugerechnet werden. Lediglich für diejenigen, die keine Hinterbliebenen (Frau und Kinder) hinterlassen, müßte dies geschehen, da bei verheirateten Beamten die Pension der Frau inkl. der Kinderzuschläge und der starken Erhöhung der Prozentsätze der Frauenpension durch die Kinder eine weitere Tilgung des Erziehungs- und Ausbildungskapitals des Mannes angenommen werden kann. Aber auch hier fehlt wieder das statistische Material, das den Familienstand und das Alter der Verstorbenen ersehen läßt, so wird man auch dieses Moment unberücksichtigt lassen müssen, welches die Produktionskosten der unteren Beamten geringer erscheinen läßt, da hier wegen der größeren Sterblichkeit höhere Produktionskosten erzielt werden würden.

Wir sehen also zwei Methoden, die der Erfassung der Produktionskosten dienen sollen. Die eine erstrebt ein theoretisch errechnetes Jahreseinkommen, das völlig auf den Produktionskosten

aufgebaut ist, die andere sucht das durchschnittliche Lebenseinkommen ebenfalls auf Grund der Produktionskosten zu ermitteln. Von beiden Methoden verdient die letztere den Vorzug, sie ergibt gut vergleichbare Ergebnisse.

Als Beispiel führe ich an, daß ein theoretisch errechnetes Durchschnittslebenseinkommen größer als ein anderes, in gleicher Weise errechnetes Lebenseinkommen sein kann, obwohl umgekehrt dieses letztere ein größeres Durchschnittsjahreseinkommen ergibt. Entscheidend ist eben neben der Höhe der Unterhaltskosten der produktiven Periode, auch die Zeitdauer der produktiven Periode. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, daß kleinere jährliche Unterhaltskosten, die aber 40 Jahre lang verdient werden, mit Zinseszinsen ein größeres Gesamtlebenseinkommen bedingen können, als größere Unterhaltskosten, die aber nur 20 Jahre lang erworben werden.

Wir haben bisher nur von männlichen Personen gesprochen. Wie verhält es sich aber mit den weiblichen Personen? Das Bild wickelt sich in ähnlicher Weise ab, wie dies bei den männlichen Personen der Fall war. Auch das Erziehungs- und Bildungskapital der Frau muß der künftigen Generation zurückerstattet werden. Der Preis der Arbeit des verheirateten Mannes muß also notwendig eine Tilgungsquote für die Erziehungs- und Ausbildungskosten der Frau einschließen. Doch auch der unverheiratete Mann, dem die Hausfrau fehlt, gewährt jener Person, welche die ähnliche Arbeit leistet, durch den Lohn die Möglichkeit, die Selbstkosten ihrer Arbeit selbst zu decken.

Die Unterhaltungskosten in der Jugendperiode sind in gleicher Weise zu ermitteln wie die des Mannes. Wie verhält es sich aber mit den Ausbildungs- und Erziehungskosten? Analoge Verhältnisse wie beim männlichen Geschlecht liegen hinsichtich des Bildungszieles nicht vor. Selbst in den höheren Kreisen sind es verhältnismäßig nur sehr wenige Töchter, welche das Hochschulstudium ergreifen. In der Regel wird die Ausbildung mit Absolvierung einer höheren Töchterschule, die noch nicht die Reife für Obersekunda vermittelt, oder mit Absolvierung von 6 Klassen eines Lyzeums, welche ihr gleich zu achten ist, abgeschlossen. Diese Ausbildung genießen in der Hauptsache die Töchter der höheren und der meisten mittleren Beamten, während die Töchter der unteren Beamten häufig Haushaltungs-, Näh- und Handelskurse zur Weiterbildung besuchen. Man wird also zweckmäßig die Durchschnittsausbildungskosten für die Töchter der höheren und mittleren Beamten, die als gleich angesehen werden müssen, und die etwas geringeren der Töchter der unteren Beamten auseinander halten

müssen. Die Berücksichtigung der Sterblichkeit erfolgt nach den gleichen Grundsätzen wie beim männlichen Geschlecht. Da die Sterblichkeit beim weiblichen Geschlecht geringer ist als beim männlichen, so ist auch der Verlust an Produktionskosten etwas geringer und dementsprechend der Preis der Arbeit, der auf den Produktionskosten basiert, eine Kleinigkeit geringer.

Wie wir wissen, erfolgt die Berechnung der Produktionskosten des weiblichen Geschlechtes nur deshalb, weil später, durch das Einkommen des Mannes auch die Produktionskosten, welche die Erziehung und Ausbildung der Frau verursacht haben, getilgt werden müssen. Wie lange dauert nun die unproduktive Periode und wann setzt die Tilgung dieser Erziehungs- und Ausbildungskosten ein? Abgesehen davon, daß die Tilgung bereits durch eigene Tätigkeit schon vor der Verehelichung einsetzen kann, gehen wir davon aus, daß diese Tilgung erst mit der Verehelichung einsetzt und daß bis dahin die Tochter im elterlichen Haushalt tätig war. Der Zeitpunkt der Verehelichung dürfte nun aber wieder zu berücksichtigen sein. Einmal sind bis dahin die Unterhaltskosten des elterlichen Haushaltes maßgebend, während nach der Verehelichung, analog den Berechnungen beim männlichen Geschlecht, die höheren Unterhaltskosten gemäß der sozialen Stellung des Mannes berücksichtigt werden müssen. Dies ist also der Fall bei der Berechnung der durchschnittlichen Produktionskosten für das ganze Leben. Sollen die durchschnittlichen Jahresproduktionskosten ermittelt werden, so schließt die Produktionskostenberechnung der Jugendperiode mit der Verehelichung ab, während gleichzeitig die Amortisation dieses aufgewandten weiblichen Erziehungs- und Bildungskapitals beginnt. Es gilt also, den Zeitpunkt zu erfassen, bei dem verhältnismäßig am häufigsten Ehen eingegangen werden. Es handelt sich also hier um den dichtesten Wert, das häufigste normale Heiratsalter für das weibliche Geschlecht. Es ist nun ohne weiteres klar, daß dieser Zeitpunkt ein verschiedener ist, je nachdem die materielle Möglichkeit, eine Ehe einzugehen, früher oder später gegeben ist. So wird derjenige, der eine lange Ausbildungszeit für seinen Beruf zu durchlaufen hat, sich erst später verehelichen können, wie derjenige, dessen Beruf nur eine kurze Vorbereitungszeit erforderte. Es wird also der höhere Beamte später als der mittlere und untere Beamte sich einen eigenen Haushalt gründen können. Die Statistik hat bisher wohl das häufigste normale Heiratsalter für das männliche und weibliche Geschlecht in Heiratstafeln erfaßt, aber diesbezügliche Untersuchungen nicht auf die verschiedenen Berufsarten unter genügender Unterteilung derselben erstreckt. Es bietet sich aber noch ein anderer Ausweg. Lassen wir die speziellen Verhältnisse in den

einzelnen Berufsarten unberücksichtigt und gehen wir davon aus, daß die Verehelichung der verschiedenen Beamten wohl dann erfolgt, wenn die wirtschaftliche Möglichkeit als gegeben erachtet werden kann, also z. B. im 26., 28. und 33. Lebensjahre und fragen wir uns, wie alt die meisten derjenigen Frauen sind, die von Männern im 26,- 28. und 33. Lebensjahre geehelicht werden, so erhalten wir Antwort aus den sogen. Alterskombinationen der heiratenden Männer und Frauen für das deutsche Reich.[33]) Entsprechend dem Lebensalter der heiratenden Männer von 26, 28 und 33 Jahren sind die Mehrzahl der geehelichten Frauen 22, 23 und 24 Jahre. Von diesem Alter an werden die Lebenshaltungskosten wieder wie beim männlichen Geschlecht auf den ungekürzten Ausgaben aufgebaut und von dieser Summe, die gleich 300 Einheiten entspricht, der auf die Frauen treffende Teil von 80 Einheiten ermittelt. Die Jahr für Jahr für die Erziehung, Ausbildung und Erhaltung aufgewandten Kosten müssen ebenfalls auf das 65. Lebensjahr bezogen werden.

Damit haben wir die Produktionskostenberechnungen für Mann und Frau in ihren methodischen Durchführungen angedeutet. Um nun z. B. die Produktionskosten der Arbeit eines verheirateten Mannes zu erhalten, ist es nur nötig, die auf das 65. Lebensjahr bezogenen Produktionskosten von Mann und Frau zu addieren. Das Resultat gibt dann eine Vergleichsmöglichkeit mit dem tatsächlichen ebenfalls auf das 65. Lebensjahr bezogenen Preis der Arbeit, dem sogen. Lebenseinkommen.

III. Die Methode der Arbeitspreisberechnung.

Es bedarf wohl keiner Begründung, daß die wirtschaftliche Lage des Arbeitnehmers nicht von dem Betrage abhängt, den er zu irgend einem Zeitpunkt erhält, vielmehr ist dafür das Durchschnittseinkommen während eines bestimmten Zeitraumes von entscheidender Bedeutung. Die Arbeitspreisstatistik befaßt sich mit solchen Durchschnittseinkommen, denen als Zeitraum häufig der wöchentliche, seltener der monatliche, bald der vierteljährliche, bald der halbjährliche, schon öfters aber der jährliche Lohn zugrunde gelegt ist. Der Wochenlohn bewirkt dabei eine größere Gleichmäßigkeit, als der Tagelohn und der Jahreslohn eine größere, als der Monatslohn. Sind wir aber in der Lage, von einem Manne festzustellen, wie viel er innerhalb von 5, 10 oder 20 Jahren verdient, dann können wir uns ein klareres Bild über seine Lage machen, als wenn unsere Untersuchung nur auf ein Jahr beschränkt bliebe. Ein völlig

[33]) Georg von Mayr, Statistik der Gesellschaftslehre, a. a. O., S. 712/13.

abgerundetes Bild erhalten wir aber, wenn sich die Möglichkeit ergibt, den Lohn während der ganzen Dauer der produktiven Periode zu berechnen. Nicht für alle Berufsarten wird es möglich sein. Es wird häufig an den wenig stabilen Lohnverhältnissen scheitern, auf welche bekanntlich die verschiedenartigsten Momente Einfluß nehmen. Wenn die Lebenseinkommensberechnung angebracht ist, so insbesondere für solche Einkommen, die eben durch besondere Stabilität und eine von vornherein festgesetzte Entwicklung gekennzeichnet sind. Es sind dies diejenigen, die von öffentlichen Körperschaften, insbesondere vom Staat bezahlt werden. Zwar war die vergangene Zeit der Beamtenbesoldung ebenso wenig stabil zu nennen, als die aller anderen Berufe. Die Gründe waren aber keineswegs der Beamtenbesoldung inhärent, sondern waren durch den Krieg und die Inflation bedingt. Wenn nicht alles trügt, dann ist wohl anzunehmen, daß die neuesten Besoldungsgesetze eine längere Geltungsdauer haben dürften, wie diejenigen der jüngst vergangenen Zeit, die gekennzeichnet waren durch eine allmähliche Annäherung an die Vorkriegsbesoldungsverhältnisse, in welchen sich die Herrschaft der Besodungsgesetze über Jahrzehnte erstreckte. Auch für die Entwicklung der Gehälter von der Anfangsstellung über die Normal zur Spitzenstellung haben sich gerade bei den Beamten in jüngster Zeit durch den Einfluß der Beamtenorganisationen noch stabilere Verhältnisse entwickelt, als dies in der Zeit vor 1914 der Fall war. Ob dies einen Vorteil oder einen Nachteil für die Beamten bedeutet, darüber kann gestritten werden. Ein Vorteil ist es aber zweifellos für die vorliegende Untersuchung, der die stabileren Verhältnisse in der Entwicklung der Beamtenlaufbahnen für die genaue Berechnung der Lebenseinkommen zustatten kommen. Diese stabileren Verhältnisse ermöglichen, eine normale Dienstlaufbahn festzulegen, einen bestimmt möglichen Typus herauszugreifen und seine voraussichtliche Entwicklung vorzuzeigen. Dennoch kann dabei von einer klaren Erfassung so wenig gesprochen werden, wie bei der Ermittlung der Lebenshaltungs- und Ausbildungskosten. Das Lebenseinkommen hängt vom Alter beim Beginn der produktiven Periode, von der Gestaltung der Dienstlaufbahn ab. Heute durchlebt durchschnittlich jeder, der die Erwerbsfähigkeit erreicht, während des erwerbsfähigen Alters von 15 bis 65 Jahren nach den gegenwärtigen Sterblichkeitsverhältnissen 43,8 Jahre. Nach den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahre 1901—1910 betrug die produktive Lebensdauer des Mannes durchschnittlich 41,5 Jahre, nach den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahre 1871—1880 nur 38,5 Jahre. Auch die Geburtsjahre der Kinder haben einen mitbestimmenden Einfluß auf das

Lebenseinkommen. Die Faktoren sind also zu zahlreich, als daß es richtig wäre, individuelle Jahres- und Lebenseinkommen ermitteln zu wollen. Die Berechnung von Durchschnittseinkommen dürften auch hier die zweckmäßigsten Mittelwerte sein. So spielt das Durchschnittseinkommen eine große Rolle, wenn es auch manchmal als unrichtiges Mittel zur Charakterisierung von Gesamtheiten bezeichnet wird. Es ist nicht richtig, das Durchschnittseinkommen ohne weiteres zu verwerfen; entscheidend ist, welcher Art die Gesamtheiten sind, für die es Verwendung findet. Ein z. B. für die ganze Beamtenschaft errechneter Durchschnittslohn wird wenig Bedeutung haben. Er wird niemals ein richtiges Bild von den Besoldungsverhältnissen der Staatsbeamten geben. Anders aber, wenn man als Gesamtheiten die verschiedenen innerhalb der Beamtenschaft zu erkennenden sozialen Schichten erfaßt. Die daraus ermittelten Durchschnittswerte sind keineswegs wertlos, selbst dann nicht, wenn nicht ein einziger Beamter dieser Gesamtheiten diesen Durchschnittswert erhält. „Denn es ist nicht nur im Wesen der Statistik begründet, sondern überhaupt im Wesen unserer Erkenntnis: Wir wollen und können gar nicht alle Einzelheiten brauchen, wir bedürfen durchaus der Mittel und der Typen.“ [34]) Typen und Mittel können es nur sein, auf welchen die Arbeitspreisberechnung fußen darf, wenn sie der Produktionskostenberechnung gegenübergestellt werden soll, die ihrerseits wieder auf Mittelwerten aufgebaut ist. Neben der richtigen Erfassung bestimmter möglicher Typen ist für die Berechnung des Lebenseinkommens, die Dauer der produktiven Periode von großem Einfluß. Sie spielte schon bei der Produktionskostenberechnung eine wesentliche Rolle. Bei der Berechnung des Lebenseinkommens wäre festzustellen, wie groß die durchschnittliche Lebenserwartung für die verschiedenen Berufe ist. Leider ist gerade hinsichtlich der Berufssterblichkeit so gut wie kein brauchbares Material vorhanden, sodaß kein anderer Ausweg bleibt, als die diesbezüglichen Ergebnisse der neuen deutschen Sterbetafel der Jahre 1924/26 als Anhaltspunkte zu verwenden. Die Lebenserwartung hat sich im Laufe der Zeit wesentlich geändert. So wurden nach den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahre 1870 bis 1880 die neugeborenen Knaben durchschnittlich 35,6 Jahre, nach den Sterblichkeitsverhältnissen vom Jahre 1901 bis 1910 durchschnittlich 44,6 Jahre alt, während sie nach der Sterbetafel 1924/26 bereits eine Lebenserwartung von 55,97 Jahren haben. Sehen wir von der Säuglingsterblichkeit im ersten Lebensjahre ab, so können wir feststellen, daß diejenigen, welche das erste Lebensjahr über-

[34]) Eulenburg, Franz, Zur Frage der Lohnermittlung, Jena 1899, S. 42.

leben, eine Lebenserwartung von 62,24 Jahren haben.[35]) Bei den Beamten dürfte jedoch auch diese Lebenserwartung noch zu niedrig sein, da die Beamtenschaft ein ausgesuchtes Menschenmaterial darstellt, das sich vor der Übernahme in den Staatsdienst einer ärztlichen Untersuchung zu unterwerfen hat. Man kann also ohne Bedenken eine durchschnittliche Lebenserwartung von 65 Jahren annehmen. Es dürfte sich also empfehlen, bei Aufstellung des Lebenseinkommens bis zu diesem Zeitpunkt die produktive Periode zu erstrecken.

Die Berechnung des Lebenseinkommens für einen bestimmt möglichen Typus muß natürlich auf den amtlichen Unterlagen, Besoldungsgesetzen, Tarifverträgen etc. erfolgen. Einfach gestaltet sich die Berechnung, wenn die Steigerung des Lohnes abhängt von dem Lebensalter, von der Dienstaltersstufe, ohne daß mehrere Klassen, wie z. B. bei den Beamten vorhanden sind. Die Beförderung aus einer Beamtenklasse in die andere erfolgt nicht nach genau festgelegten Grundsätzen, sondern es spielen hier staatspolitische und beamtenpolitische Gesichtspunkte mit. So kommt es vor, daß in der gleichen Zeit ein Teil der Beamten besonders günstige Beförderungsverhältnisse hat, während sie bei einem anderen Teil besonders schlecht sind. Es sei hier nur auf die außerordentlich günstigen Beförderungsverhältnisse der Finanzbeamten unmittelbar nach der Erzberger'schen Finanzreform hingewiesen, während zu gleicher Zeit Beamte anderer Verwaltungen denkbar schlechte Beförderungsmöglichkeiten hatten. Dennoch können ungefähre Normen aufgestellt werden, die wohl nicht weit von den wirklichen Verhältnissen abweichen. Schließlich ist auch die Zahl der Kinder von Einfluß auf die Arbeitspreisberechnung, doch dürften die Bedenken, die gegen eine Zugrundelegung einer Familie mit drei Kindern bestehen, kaum von Bedeutung sein.

Um die Vergleichbarkeit des Lebenseinkommens mit den Produktionskosten der Arbeit zu ermöglichen, ist auch hier ähnlich, wie bei der Produktionskostenberechnung nötig, die jährlichen Beträge mittels einheitlichen Zinsfußes auf einen bestimmten Zeitpunkt zu beziehen.

Neben der Berechnung des Lebenseinkommens dieser verschiedenen möglichen Typen, die der Berechnung der Produktionskosten der gleichen Typen gegenübergestellt wird, kommt, wie bereits erwähnt, das sogen. Durchschnittseinkommen größerer Gesamtmassen in Betracht, das dann den theoretisch errechneten Ein-

[35]) Vgl. die Ausführungen über die neueste deutsche Sterbetafel 1924/26 in: Wirtschaft und Statistik, Jahrg. 1928, H. 12, S. 452.

zeleinkommen gegenüberzustellen ist. Die Grundlage für die Ermittlung bilden die Gesamtlohn- und Besoldungsausgaben und die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Geringe Schwierigkeiten bestehen in dieser Hinsicht wieder bei den Beamten. Die Staatshaushaltspläne lassen die nötigen Zahlen ersehen, sowohl die Zahl der Beamten der verschiedenen Beamtenklassen, als auch die dafür nötigen Aufwendungen für Besoldung; doch können auch entsprechende Mittelwerte aus Anfangs- und Endgehalt einer Besoldungsgruppe errechnet werden, bezw. in jeder Besoldungsgruppe die mittelste Dienstaltersstufe zu Grunde gelegt werden, die in der Regel auch den Mittelwert aus Anfangs- und Endgehalt darstellt.

Drittes Kapitel.

Untersuchung über das Verhältnis der Produktionskosten der bayerischen Staatsbeamten und dem Preise ihrer Arbeit unter Zugrundelegung des Beamtenbesoldungsgesetzes vom 20. April 1928. [1])

I. Allgemeines.

Wenn man eine Untersuchung über das Verhältnis der Produktionskosten der bayerischen Staatsbeamten und dem Preise ihrer Arbeit anstellen will, so kann man dies, wie schon erwähnt, nicht für die Gesamtheit der bayerischen Beamten tun. Das Ergebnis würde wenig Interesse für uns haben. Die Untersuchung kann sich nur auf die verschiedenen Teilmassen, aus denen die Gesamtmasse zusammengesetzt ist, erstrecken. Es sollen Teilmassen verschiedener sozialer Struktur innerhalb der bayerischen Beamtenschaft untersucht werden. Nach welchen Gesichtspunkten können diese aber ausgeschieden werden. Die soziale Frage ist, wie Schmoller sagt, zu einem wesentlichen Teile Bildungsfrage und mehr noch als in der Verschiedenheit des Besitzes, liegt der letzte Grund der sozialen Differenzierung in dem Unterschied der Bildungsverhältnisse. Dieser Unterschied in den Bildungsverhältnissen ist auch die Ursache der Spaltung der Beamtenschaft in untere, mittlere und höhere Beamte. Obwohl Beamten- und Besoldungsgesetze diese Unterscheidung nie erwähnen, spielt sie dennoch in den Beamtenorganisationen eine große Rolle, ein Zeichen, wie sehr die Beamtenschaft selbst Wert darauf legt, den Bildungsunterschied nach außen erkenntlich zu machen. Wie sieht nun dieser Bildungsunterschied aus? Klar und eindeutig heben sich aus der Beamtenschaft die höheren Beamten heraus. Insbesondere die neuen Besoldungsgesetze vom Jahre 1927 haben das System der Verzahnung besei-

[1]) Gesetz- und Verordnungsblatt, S. 205.

tigt, sodaß in den Besoldungsgruppen der höheren Beamten kaum ein Beamter erscheint, der nicht eine abgeschlossene Hochschulbildung hinter sich hat. Anders verhält es sich hinsichtlich der mittleren und unteren Beamten. Zwischen beiden ist insbesondere in Bayern, was die Bildung anlangt, keine besondere Scheidungslinie gezogen, während hinsichtlich der Reichsbeamten, Bahn- und Postbeamten ganz bestimmte Voraussetzungen für den Eintritt in den sogen. mittleren Dienst gefordert werden. In Bayern gibt es, was die Bildung anlangt, nur höhere und untere Beamte, für die Produktionskostenberechnung nur die Kosten der einfachen Volksschulbildung und die der Hochschulbildung. In Wirklichkeit sehen die Verhältnisse aber anders aus. Wenn auch unter der mittleren Beamtenschaft eine Anzahl von Beamten vorhanden sind, die nur Volksschulbildung besitzen, so ist doch ein anderer großer Teil vorhanden, der über eine abgeschlossene Mittelschulbildung verfügt, ja sogar darüber hinaus, noch den Besuch von mehrsemestrigen Fachschulen nachweisen kann. Dies trifft insbesondere für die mittleren technischen Staatsbeamten zu. Wenn nun auch von einer Berücksichtigung der Fachschulkosten über die Mittelschule hinaus abgesehen werden soll, so muß aber, wenn man die Produktionskosten der mittleren Beamten nicht absichtlich niedrig halten will, die Kosten einer 6 klassigen Mittelschule in Ansatz gebracht werden, umso mehr als auch in der Tat für den Eintritt in den mittleren bayerischen Staatsdienst, wenn auch nur inoffiziell die sogen. mittlere Reife verlangt wird und ein Anwärter ohne diese nur in Ausnahmefällen Aussicht auf Annahme haben dürfte. Es ist auch nicht so, als ob z. B. jeder Beamte mit Volksschulbildung die Beamtengruppen des sogen. mittleren Dienstes erreichen könnte. Er muß hierzu eben für die Dienstlaufbahn des mittleren Dienstes aufgenommen worden sein. Ist er für die Dienstlaufbahn des unteren Dienstes aufgenommen, so wird er über die Spitzenstellung des unteren Dienstes nicht hinauskommen. Die formale Scheidung zwischen mittlerem und unterem Dienst ist auf jeden Fall da.

Schwierig gestaltet sich noch die Scheidung zwischen unteren und mittleren Dienst hinsichtlich der Besoldungsgruppen. Die normale Dienstlaufbahn der mittleren Beamten beginnt nach dem Besoldungsgesetz vom Jahre 1920 in Gruppe IV und nach dem neuen Besoldungsgesetz vom Jahre 1927 in der der Gruppe IV entsprechenden Gruppe A 9, während die unteren Beamten von Gruppe I bis zur Spitzenstellung VI, heute von A 12 bis A 6 gelangen können. Wir sehen also, daß das System der Überschneidung bezw. Verzahnung im Hinblick auf die unteren und mittleren bayerischen Beamten noch besteht. Es sind also in den Gruppen

A 6, A 7 a, A 7 b, A 8 a und A 9 sowohl Beamte der unteren wie Beamte der mittleren Dienstlaufbahn zu finden. Eine genaue Ausscheidung zwischen beiden ist hier nur schwer möglich, am besten vielleicht noch bei den Gruppen A 7 a und A 6. Bemerkt wird, daß nach Angabe der Beamtenorganisationen in Bayern das Ziel der Forderungen dahin geht, den Anfang der mittleren Dienstlaufbahn in Gruppe A 7 a zu legen und andererseits allen unteren Beamten die Gruppen in erweitertem Maße zu öffnen, die gegenwärtig noch zum großen Teil von mittleren Beamten besetzt sind, nämlich A 9 und A 8 a, ein Verlangen, das noch hinter den tatsächlichen Verhältnissen bei den Reichsbeamten zurückbleibt.

II. Der aus den Produktionskosten theoretisch errechnete Preis der Arbeit dieser drei Beamtengruppen.

Die folgenden Ausführungen sollen nur im wesentlichen den rein rechnerischen Teil beleuchten, nachdem bereits in den vorausgehenden Abschnitten die methodische Seite betrachtet wurde.

Im zweiten Kapitel, Abschnitt II, wurde als Grundlage für die Berechnung der Unterhaltungskosten in den verschiedenen Lebensaltern der Jugendperiode ein Einheitensystem für männliche und weibliche Personen aufgestellt, auf dem die Einheitsberechnung fußen soll. Es wurde bereits schon erwähnt, daß die Einheitswertberechnungen nicht auf Grund von haushaltsstatistischen Erhebungen durchgeführt werden kann, sondern daß hierzu tatsächliche ausreichende Einkommen benützt werden sollen. Welche Einkommen dürfen sich aber dazu eignen, die entsprechenden Anhaltspunkte abzugeben. Die Ermittlung eines sozialen, exakten Existenzminimums für die verschiedenen Beamtenkategorien ist praktisch unmöglich. Vorkriegseinkommen zu benützen und mit Hilfe der Indexziffer eine Umrechnung vorzunehmen, dürfte auch nicht richtig sein, da auch diese Vorkriegseinkommen besondere Mängel hatten, deren Beseitigung bereits in Aussicht stand, als der Krieg ausbrach und die Besoldungsneuregelung verhinderte. Da die ganze Untersuchung zeigen soll, ob die Produktionskosten der Arbeit durch den Preis der Arbeit gedeckt werden, so ist es zweckmäßig, für die Einheitsbewertung in der Jugendperiode nicht die hohen Einkommen zugrunde zu legen, sondern die niedrigen, die aber immerhin den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen, der gegenwärtigen Höhe der Kulturstufe noch Rechnung tragen sollen.

Gehen wir von der niedrigsten Besoldungsgruppe jeder Laufbahn aus, und berechnen wir für diese jeweils den Durchschnitts-

gehalt durch Benützung der mittelsten Dienststufe, und rechnen ferner das Wohnungsgeld nach Ortsklasse B und die Kinderzuschläge für 3 Kinder hinzu, so ergeben sich folgende Einkommen:

1. Regierungsräte . . . 7 800.— Mk.
2. Sekretäre . . . . . 4 276.— „
3. Schleußenwärter . . . 2 964.— „ [2])

Diese Beträge weichen von dem sozialen Existenzminimum Achners kaum ab, wenn auch dieses unter Benützung einer Reichsindexziffer von 146 berechnet wurde.[3])

Betrachten wir nun diese Summen als die Gesamtausgaben, die diesen drei Beamtengruppen zur Verfügung stehen, so errechnet sich der Bedarf für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung unter Berücksichtigung der auf S. 72 errechneten Relativzahlen von 82,6, 72,8 und 58,5.

Für die Kinder höh. Beamten auf $7800 \times 58{,}5 = 4\,563.—$ Mk.
Für die Kinder mittl. Beamten auf $4276 \times 72{,}8 = 3\,113.—$ „
Für die Kinder unt. Beamten auf $2964 \times 82{,}6 = 2\,448.—$ „

Da diese Beamten verheiratet sind und 3 Kinder im Alter von 12, 7 und 2 Jahren besitzen, so verfügt jede Familie nach dem kombinierten Normalsystem über $100 + 80 + 60 + 40 + 20 = 300$ Einheiten. Der Geldwert von 20 Einheiten für das Kind des höheren Beamten im zweiten Lebensjahre beträgt somit 304.— Mk., für jenes des mittleren Beamten 208.— Mk. und für das Kind des unteren Beamten 164.— Mk. Es kann dies aus der einfachen Proportion

$4\,563 : 300 = x : 20,$
$3\,113 : 300 = x : 20,$
$2\,964 : 300 = x : 20$ berechnet werden.[4])

In dieser Weise sind die Produktionskosten, soweit sie sich auf Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung erstrecken, in den Produktionskostentabellen, Anlagen 4, 5, 6, 7, 8 und 9 berechnet worden.

[2]) Das steuerfreie Existenzminimum nach dem Einkommensteuergesetz würde unter Berücksichtigung des gleichen Familienstandes nur 2040 RMk. betragen.

[3]) Achner berechnet das soziale Existenzminimum der höheren Beamten auf 7389, der mittleren Beamten auf 4137 und der unteren Beamten auf 2931, allerdings nur unter Berücksichtigung von Kinderzuschlägen für 2 Kinder.

[4]) Da die Kosten der Geburt des Kindes eines unteren Beamten 164.— M. betragen und außerdem im 1. Lebensjahr 164.— M. errechnet werden, also insgesamt 328.— M. im 1. Lebensjahr zur Verfügung stehen, ist eine gute Übereinstimmung mit der Kostenberechnung im 1. Lebensjahr, wie sie auf S. 76 vorgenommen wurde, festzustellen. Der Betrag ist mit 315.74 M. nur unwesentlich niedriger.

Der erwachsene Sohn eines höheren Beamten benötigt für diese vier Verbrauchsgruppen 100 Einheiten entsprechend 1.520.— Mk., der eines mittleren Beamten 1 040.— Mk. und der eines unteren Beamten 820.— Mk. Die Töchter dieser Beamten benötigen für 80 Einheiten 1216.—, 832.— und 656.— Mk.

Die Unterhaltskosten werden dabei solange in Ansatz gebracht, bis die Möglichkeit gegeben ist, normalerweise von dem Einkommen zu leben. Dieser Zeitpunkt kann als gegeben erachtet werden, wenn der höhere Staatsbeamte die zweite Staatsprüfung abgelegt hat, also bei normalem Studiengang im 26. Lebensjahre. Für den mittleren und unteren Beamten dürfte dieser Zeitpunkt das 21. Lebensjahr, der Zeitpunkt der Volljährigkeit sein. Für die Frauen wurden entsprechend den Ausführungen auf S. 92 die Unterhaltskosten bis zum Zeitpunkt, in dem vermutlich die Verehelichung stattfindet, eingesetzt. Da die Frauen der höheren, mittleren und unteren Beamten im Durchschnitt bei der Verehelichung 24, 23 und 22 Jahre sind, so wurden die Unterhaltskosten bis zum 23., 22. und 21. Lebensjahre aufgeführt.

Die Kosten der Ausbildung beginnen mit dem Eintritt in die Volksschule. Für Bücher und Hefte sind jährlich wachsende Aufwendungen zu machen. Auch diese Ausgaben sind nicht so unbedeutend, daß sie nicht einer Berücksichtigung bedürften. Die Kosten der Volksschulbildung setzen sich nach persönlichen Erhebungen in den Schulen Würzburgs folgendermaßen zusammen:

Schuljahr	Bücher	Schreib- u. Zeichenmaterial	Reisen	Zusammen RM
1.	3.0	6.0 [5])	—	9.0
2.	3.5	1.5	—	5.0
3.	5.0	2.0	—	7.0
4.	5.0	2.0	2.0	9.0
5.	6.0	3.0	2.0	11.0
6.	6.0	3.0	3.0	12.0
7.	8.0 [6])	6.0	3.0	17.0
8.	6.0	12.0 [7])	3.0	21.0

[5]) inkl. Büchertasche.
[6]) inkl. Atlas für 2.— Mk.
[7]) inkl. einfaches Reißzeug und Reißbrett.

Für die beiden Fortbildungsschuljahre sei ein Bedarf von 20.— ℳ angesetzt; da insbesondere, sofern gewerbliche Fortbildungsschulen besucht werden, in erhöhtem Maße Zeichenmaterial gebraucht wird. Bei diesen Kosten ist keineswegs der Höchstbedarf berücksichtigt, sondern dem Umstande Rechnung getragen, daß die besonders armen Schüler ihre Bücher und sonstigen Utensilien gestellt erhalten. Nach Angabe der Klaßleiter ist z. B. der Bedarf der dritten Klasse an Büchern und Heften nur mit 8.— ℳ berechnet, derjenige einer 7. Klasse auf 19.— ℳ und der einer 8. Klasse auf 22.— ℳ.

Die jährlichen Kosten für den Besuch einer Mittelschule,[8]) die für den mittleren und höheren Beamten in Frage kommen, errechnen sich aus folgenden einzelnen Beträgen:

Schuljahr	Schulgeld	Bücher	Zeugnisgebühr, Gebühren für Übungen und Bücher etc.	Hefte Zeichen-Material und Reißzeug	Reisen	Zusammen
1.	95[9])	40	7.80[10])	20	20	182.80
2.	90	40	7.80	20	20	177.80
3.	90	40	7.80	20	20	177.80
4.	90	40	7.80	20	20	177.80
5.	90	40	7.80	20	20	177.80
6.	90	40	7.80[11])	20	20	177.80
7.	90	40	7.80	20	20	177.80
8.	90	40	7.80	20	20	177.80
9.	90	40	8.80[12])	20	20	178.80

Die Ausbildungskosten der Mädchen passen sich in neuerer Zeit insoferne mehr denjenigen der Knaben an, als die Zahl der die Mittelschulen, seien es Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule oder die auf gleicher Stufe stehenden Mädchengymnasien besuchenden Mädchen ständig zunimmt. Soferne die Mädchen pri-

[8]) Vgl. Bayerisches Jahrbuch 1929.
[9]) inkl. 5.— Mk. Eintrittsgebühr.
[10]) 2.10 Mk. für Schulbücherei, 3.10 Mk. für Übungen, 2.60 Mk. Zeugnisgebühren.
[11]) Für Schüler, die in diesem Jahre die Anstalt verlassen, erhöht sich die Gebühr um 1.— Mk. für das Austrittszeugnis.
[12]) Erhöhte Gebühr, da Schulzeugnis um 1.— Mk. teurer ist.

vate Mädchenbildungsanstalten, Mädchenlyceen besuchen, gestalten sich die Ausbildungskosten sogar wesentlich höher. So kostet z. B. das Schulgeld an einem privaten Mädchenlyzeum ca. 300.— ℳ pro Jahr, während dasselbe an einer staatlichen Mittelschule nur 90.— ℳ beträgt. Da aber anzunehmen ist, daß nur eine geringere Anzahl diese teueren Schulen besucht, ein Teil der Frauen der mittleren, ja sogar der höheren Beamten überhaupt keine besondere Ausbildung auf einer Mittelschule genossen haben, sondern häufig Klosterschulen, Haushaltungsschulen besucht haben, so dürfte man mit Einsetzung der Kosten der normalen Mittelschule bis zur 6. Klasse wohl das Richtige treffen.

Für die Frau des unteren Beamten seien in gleicher Weise wie für den unteren Beamten die Kosten der Volks- und Fortbildungsschulbildung berücksichtigt.

Die notwendigen Ausgaben auf der Hochschule setzen sich aus folgenden Beträgen zusammen,[13]) wobei insbesondere die Studienkosten für den Juristen zugrunde gelegt wurden.

Semester	Studiengebühr	Aufnahme Kartenerneuerung	Vorles.-G. Prüfungs-Geb.	Bücher, Schreibmat.	Summe
1.	30	38	100	25	193
2.	30	23	100	25	178
3.	30	23	100	25	178
4.	30	23	100	25	178
5.	30	23	100	25	178
6.	30	23	100	25	178
7.	30	23	100	25	178
8.	30	23	150	25	228

Für die Referendarzeit wird ein jährlicher Betrag für Bücher von 100.— ℳ, also insgesamt 300.— ℳ, noch in Ansatz gebracht. Der Aufwand während des Aufenthaltes an der Universität erreicht also inkl. der Studiengebühren in keinem Jahre 2000.— ℳ, was als bescheiden angesehen werden darf, während für die Referendarzeit ein Betrag von 1620.— ℳ jährlich ebenfalls ein Minimum von Aufwand darstellen dürfte.

[13]) Nach den Gebühren der Universität Würzburg für das W. S. 1928/29.

Wollen wir ermitteln, wie viel nun dieser Referendar für Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heizung ausgeben darf, so brauchen wir nur die Relativzahlen für die Ausgaben im Haushalt des höheren Beamten für diese einzelnen Posten in Beziehung setzen, zu dem zur Verfügung stehenden Kapitel. Demnach darf der Referendar verbrauchen und zwar monatlich für Ernährung 67.— ℳ, für Kleidung 29.— ℳ, für Wohnung 25.— ℳ und für Heizung und Beleuchtung 6.— ℳ, also insgesamt 127.— ℳ.

In nächster Linie wären die Kosten, die für die Krankenversicherung aufgewandt werden, in die Produktionskosten einzubeziehen. Da wir annehmen, daß es sich bei den zu untersuchenden Personen wieder um Kinder von höheren, mittleren und unteren bayerischen Beamten handelt, so wurden für die Krankenversicherung die Beträge der bayerischen Beamtenkrankenkasse eingesetzt. Sie belaufen sich für den höheren, mittleren und unteren Beamten auf 24.—, 18.— und 12.— ℳ pro Kind und pro Jahr.[14]) Vom 18. Lebensjahre sind die Kosten dieselben wie für den Beamten bezw. für dessen Ehefrau. Sie betragen demnach für die erwachsenen Kinder des höheren Beamten 6.50 ℳ, für die des mittleren Beamten 5.— ℳ und diejenigen des unteren 3.— ℳ pro Monat. Für den Sohn des höheren Beamten wurden die Beträge bis zum Zeitpunkt des Übertritts an die Universität berücksichtigt, da er hier in seinen Gebühren einen Beitrag für Erkrankung zahlen muß.

Die verschiedenen Produktionskosten der Jugendperiode der drei zu untersuchenden Beamtengruppen und ihrer Frauen ohne Sterblichkeitskosten, Kosten für Scheitern und Berücksichtigung der Zinsen können aus folgenden Nebeneinanderstellungen ersehen werden.

Beamtengruppe. Soziale Stellung.	Unterhaltskosten	Ausbildungskosten	Krankenversicherung	Insgesamt.	Für Mann u. Frau zusammen
Höherer Beamter.	26448	3427	510	30385	51919
Frau d. höh. Beamten	19608	1104	822	21534	
Mittlerer Beamter	12896	1104	504	14504	28756
Frau d. mittl. Beamten	12584	1104	564	14252	
Unterer Beamter	10168	131	324	10623	20344
Frau d. unt. Beamten	9266	131	323	9721	

[14]) Vgl. Satzung der Krankenkasse der Staatsbeamten für den bayer. Staat. Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen vom 28. 9. 1927, bayer. Staatszeitung Nr. 223.

Die Errechnung der Sterblichkeitskosten erfolgte nach den Grundsätzen, die im vorigen Kapitel dargetan wurden.

Betrachten wir die Summe der Produktionskosten einschließlich der Sterblichkeitskosten mit den Produktionskosten ohne diese, so erkennt man, welch geringe Bedeutung die Sterblichkeitskosten im Rahmen der Produktionskosten der Arbeit heute noch haben. Die wesentlichsten Sterblichkeitskosten erwachsen im ersten Jahr durch die Säuglingssterblichkeit. In der folgenden Tabelle ist dieses Ergebnis veranschaulicht.

Die Produktionskosten der Jugendperiode mit und ohne Sterblichkeitszuschlag.

Beamtengruppe Soziale Stellung	Produktionskosten ℳ	Produktionskosten Sterblichkeitskosten ℳ	Sterblichkeitskosten ℳ	Durch die Sterblichkeit im 1. L.-Jahr verursacht ℳ
Höherer Beamter	30385	30462	77	22
Frau des höh. Beamten	21534	21578	44	17
Mittlerer Beamter	14504	14552	48	19
Frau d. mittl. Beamten	14252	14287	35	14
Unterer Beamter	10623	10676	53	21
Frau des unt. Beamten	9721	9762	41	17

Wenn die Sterblichkeitskosten der Kinder höherer Beamter bei geringerer Sterblichkeit dennoch höher erscheinen, als die der mittleren und unteren Beamten, so hat dies seinen Grund darin, daß die geringere Sterblichkeit durch die höheren Kosten, die auf die Erziehung dieser Kinder verwandt wurde, paralysiert wurde. Die weiteren Kosten, die für Scheitern in der Vorbereitung auf den Beruf erwachsen, wurden mit 5% bei den mittleren und mit 10% bei den höheren Beamten aus den Gesamtausbildungskosten berechnet. Für den unteren Beamten wurden besonders Kosten für Scheitern in der Vorbereitung auf den Beruf nicht berücksichtigt. Wenn Engel die Prozentsätze von 5, 10 und 15% für die erste, zweite und dritte Kategorie von der Gesamtsumme der Erziehungskosten in der Jugendperiode berechnet, so ging er offenbar zu weit,[15]) da doch ganz zweifellos die Kosten für Ernährung, Kleidung, Wohnung etc., die für diese Scheiternden aufgewandt wurden, nicht nutzlos vertan sind. Diejenigen, welche das Ziel der akademischen Ausbildung

[15]) Engel, Der Preis der Arbeit bei den deutschen Eisenbahnen, a. a. O. S. 98.

oder einer Staatsprüfung nicht erreichen, haben zwar die Ausbildungskosten zum Teil nutzlos verbraucht, sie werden aber in einem anderen Berufe häufig ebenfalls noch in der Lage sein, die blanken Aufzuchtkosten zu amortisieren. Auch die Bildungskosten der Scheiternden sind häufig nicht völlig umsonst gewesen, da sie immerhin eine Bildung vermittelt haben, die auch in einem anderen Beruf noch Vorteile zu bringen imstande ist. Die Ausbildungskosten der höheren Beamten belaufen sich nach der Produktionskostentabelle des höheren Beamten bis zum 26. Lebensjahre auf 3 427.— ℳ. 10% hiervon, also 343.— ℳ, stellen den Betrag für das Scheitern dar. Er wurde den Gesamtproduktionskosten des 26. Lebensjahres in der vorletzten Spalte der Produktionskostentabelle zugerechnet, die somit einen Betrag von 1 967.— ℳ aufweist. Die Ausbildungskosten für den mittleren Beamten belaufen sich auf 1104.— ℳ. 5%, also 55.— ℳ, wurden in der Produktionskostentabelle des mittleren Beamten bei den Gesamtproduktionskosten des 16. Lebensjahres beigefügt, sodaß dieselben 1085.— ℳ betragen.

Damit wären die Produktionskosten der Jugendperiode abgeschlossen. Es fehlen noch die Kosten für die Erhaltung der Körper- und Geisteskraft in der produktiven Periode.

Haben wir für die Einheitswertberechnung der Jugendjahre nur die Kosten für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung aus dem zugrunde gelegten sozialen Existenzminimum ausgeschieden, also die sonstigen Ausgaben, soweit sie über Bildungskosten und Krankenversicherung hinausgehen, unberücksichtigt gelassen, so müssen wir in der produktiven Periode diese sonstigen Ausgaben als Kosten der Lebenshaltung der erwachsenen berufstätigen Menschen voll berücksichtigen.

Belief sich das zugrundegelegte Einkommen für die drei Familien auf 7 800.—, 4 276.— und 2 964.— ℳ bei insgesamt 300 Einheiten pro Familie und wissen wir, daß auf den Mann 100 und auf die Frau 80 Einheiten treffen, so sind die Anteile, die auf Mann und Frau als Lebenshaltungskosten treffen, aus folgenden Proportionen zu ermitteln:

$$
\begin{aligned}
7\,800 &: 300 = x : 100,\\
7\,800 &: 300 = x : 80,\\
4\,276 &: 300 = x : 100,\\
4\,276 &: 300 = x : 80,\\
2\,964 &: 300 = x : 100,\\
2\,964 &: 300 = x : 80.
\end{aligned}
$$

Es ergeben sich als Lebenshaltungskosten der produktiven Periode folgende Summen:

1. Für den höheren Beamten 2 600.— ℳ,
2. für die Frau des höheren Beamten 2 080.— „
3. für den mittleren Beamten 1 425.— „
4. für die Frau des mittleren Beamten 1 140.— „
5. für den unteren Beamten 988.— „
6. für die Frau des unteren Beamten 791.— „ .

Wir sehen also, daß in der 5 köpfigen Familie recht bescheidene Beträge als Kosten der Lebenshaltung auf den Mann und die Frau fallen. Sie gelten als Durchschnittslebenshaltungskosten und werden deshalb Jahr für Jahr in Ansatz gebracht, der Dauer der produktiven Periode entsprechend bei den höheren Beamten 39 Jahre, bei den mittleren und unteren 44 Jahre. Nach den früheren Ausführungen werden die Kosten der Lebenshaltung für die Frauen von dem Zeitpunkt der Verehelichung in Rechnung gestellt, während andererseits in diesem Zeitpunkt die Jugendperiode als abgeschlossen angesehen wird.. Wie beim Mann werden auch die Lebenshaltungskosten der Frau bis zum 65. Lebensjahr eingesetzt. Vergleiche die Produktionskostentabellen, Anlage 4 bis 9.

In der folgenden Tabelle sind die Lebenshaltungskosten, die in der produktiven Periode anfallen, zusammengefaßt:

Die Lebenshaltungskosten ohne Berücksichtigung der Zinsen in der prod. Periode.

Beamtengruppe Soziale Stellung	Dauer der produktiven Periode.	Summe der Lebenshaltungskosten.	Für Mann und Frau zusammen.
Höherer Beamter.	39 Jahre	101 400	188 760
Frau d. höh. Beamten.	42 „	87 360	
Mittlerer Beamter.	44 „	62 700	111 720
Frau d. mittl. Beamten.	43 „	49 020	
Unterer Beamter.	44 „	43 472	78 276
Frau d. unt. Beamten.	44 „	34 804	

Über 65 Jahre hinaus, also für die Altersperiode, wurde von der Berechnung von Unterhaltskosten abgesehen, da über diesen Zeitpunkt hinaus erstens wenig Beamte aktiv tätig sind und außerdem, wie ja angenommen wurde, dieser Zeitpunkt mit der Lebens-

erwartung der Beamten zusammenfällt. Der Durchschnitt der noch zu durchlebenden Jahre, wenn wir von der Säuglingssterblichkeit im ersten Lebensjahre absehen, beträgt nach der neuen deutschen Sterbetafel für die Jahre 1924/26 für das männliche Geschlecht 62,24 Jahre. Bei den Beamten ist aber bekanntlich die Sterblichkeit wegen der bei der Aufnahme in den Staatsdienst getroffenen Auswahl, welche die physische Beschaffenheit berücksichtigt, geringer. Die im Durchschnitt zu durchlebenden Jahre dürften also mit 65 Jahre nicht zu hoch gegriffen sein.[16])

Damit wären also die Produktionskosten aller Lebensjahre ermittelt. Ohne Berücksichtigung der Zinsen erreichen sie für die zu untersuchenden Beamten und Beamtenfrauen folgende Höhe:

Beamtengruppe Soziale Stellung	Lebensproduktionskosten ohne Zinsen	Für Mann und Frau zusammen
Höherer Beamter	132 205	241 243
Frau d. höh. Beamten	108 938	
Mittlerer Beamter	77 307	140 614
Frau d. mittl. Beamten	63 307	
Unterer Beamter	54 148	121 914
Frau d. unt. Beamten	44 566	

Von wesentlichem Einfluß sind aber nicht allein die Summen, sondern auch der Zeitpunkt, wann die einzelnen Beträge, aus denen sich diese Summen zusammensetzen, verbraucht wurden. So sicher wie in dem Preis eines wertvollen Kunstgegenstandes, der oft jahrelang keinen Käufer findet, zu dem Herstellungspreis auch die Zinsen für die lange Lagerung zu rechnen sind, so sind auch in die Produktionskosten der Arbeit, die zu verschiedenen Zeitabschnitten aufgetreten sind, auch die Zinsen zu schlagen, bis zu dem Zeitpunkt, für den man den Gesamtwert, die Höhe der Gesamtproduktionskosten ermitteln will. Außerdem gewährleistet dieses Verfahren die Vergleichbarkeit der Untersuchungen verschiedener Beobachtungs-

[16]) Es mag wohl richtig sein, daß die Beamten, wie Prof. W. Masche behauptet, im Durchschnitt schon im 55. Lebensjahre ausscheiden (vgl. Der höheren Beamten niedrige Besoldung, herausgeg. vom Reichsbund der höh. Beamten, S. 12). Für unsere Untersuchung dürfte dies belanglos sein. Die über das 55. Lebensjahr bis zum 65. Lebensjahr in Ansatz gebrachten Beträge können dann als Unterhaltskosten in der Altersperiode betrachtet werden.

einheiten. In unserem Falle sind also die Produktionskosten der einzelnen Jahre, die am Schlusse desselben festgestellt waren, auf das 65. Lebensjahr bezogen worden, und zwar den wirtschaftlichen heutigen Verhältnissen ungefähr entsprechend, mit 5% Zinseszins.[17])

Das Ergebnis zeigt, welche gewaltigen Werte im Laufe des Lebens im Menschen investiert werden.

Gesamtproduktionskosten der Arbeit bei 5% Zinseszins, bezogen auf das 65. Lebensjahr.

Beamtengruppe Soziale Stellung	Gesamtproduktionskosten	Für Mann und Frau zusammen
Höherer Beamter	640 350	1 191 852
Frau d. höh. Beamten	551 502	
Mittlerer Beamter	403 384	749 444
Frau d. mittl. Beamten	346 060	
Unterer Beamter	287 321	534 870
Frau d. unt. Beamten	247 549	

Geben auch diese Lebenshaltungsproduktionskosten am Lebenseinkommen gemessen ein Bild über die materielle und kulturelle Lage der betreffenden sozialen Schichten, so wird es noch klarer, wenn wir das nunmehr vorhandene Zahlenmaterial benützen zur Beantwortung der Frage, wie hoch das Durchschnittsjahreseinkommen, das uns einen besseren Vergleichsmaßstab gewährt, sein muß, damit diese Gesamtproduktionskosten gedeckt werden.

Um diese Frage zu beantworten, ist weiter nichts nötig, als die Produktionskosten der Jugendperiode mit Zinseszins auf jenen Zeitpunkt zu berechnen, der als Beginn der produktiven Periode bezw. als Heiratsalter bei der Frau anzusehen ist. Damit kennen wir die Höhe des aufgewandten Kapitals, das in der produktiven Periode nach unserer Fragestellung in gleichbleibenden Geldbeträgen (Annuitäten) wieder hereinzubringen ist. Es ist also das gleiche Verfahren anzuwenden, als wenn ein entliehenes Kapital und dessen

[17]) Die Berechnung erfolgte nach der Formel $z = aq^n$, wobei a, das am Ende eines Jahres vorhandene Kapital, $q = 1 + p/100$, p der Zins und z der Wert des Kapitals nach n Jahren (Endwert) bedeutet.

Zinsen in n Jahren durch einen jährlich am Ende des Jahres zu zahlenden Betrag zu tilgen ist.[18])

Theoretisch errechnete Beträge, welche die Produktionskosten der Jugendperiode decken.

Beamtengruppe Soziale Stellung	Produktionskosten der Jugendperiode bei 5% Zinseszins bez. auf das Jahr	RM	Tilgungsdauer in Jahren	Annuität p-5
Höherer Beamter	26	52 256	39	3 012
Frau d. höh. Beamten	23	34 805	42	1 998
Mittlerer Beamter	21	21 973	44	1 244
Frau d. mittl. Beamten	22	22 464	43	1 280
Unterer Beamter	21	16 124	44	913
Frau d. unt. Beamten	21	15 049	44	852

Wollen wir nun wissen, wie hoch der Durchschnittsgehalt eines verheirateten Beamten sein müßte, damit seine und seiner Frau Produktionskosten gedeckt werden, so brauchen wir nur den entsprechend errechneten Annuitäten, die jährlichen Durchschnittskosten für die Lebenserhaltung in der produktiven Periode zu addieren. Wir erhalten folgendes Resultat:

Aus den Produktionskosten errechnetes Durchschnittsjahreseinkommen.

Beamtengruppe Soziale Stellung	Annuität zur Tilgung der Produktionskosten der Jug. Periode	Durchschnittskosten der Lebenserhaltung in der prod. Periode	Durchschnittseinkommen das die ermittelten Prod. Kosten decken soll
höherer Beamter	3012	2600	9690
Frau des höh. Beamt.	1998	2080	
Mittlerer Beamter	1244	1425	5089
Frau des mittl. Beamt.	1280	1440	
Unterer Beamter	913	988	3544
Frau des unt. Beamten	852	101	

[18]) Die Tilgungsformel lautet: $aq^n = r \cdot \frac{q^n - 1}{q - 1}$, wobei a das zu tilgende Kapital, n die Tilgungszeit und r den Betrag darstellt, der am Ende jeden Jahres weggenommen werden soll. Zur Berechnung der Werte erfolgte die Umformung in $r = \frac{a\,q^n \cdot (q-1)}{q^n - 1}$ und weiterhin $r = \frac{a \cdot p/100}{1 - \frac{1}{p^n}}$, welch letztere Formel zur Einzelberechnung benützt wurde.

Besondere Bedeutung werden diese Zahlen aber erst erhalten, wenn sie dem tatsächlichen Preis der Arbeit gegenübergestellt werden. Im nächsten Abschnitt soll deshalb versucht werden, den tatsächlichen Preis der Arbeit dieser drei Beamtengruppen zu ermitteln.

III. Der tatsächliche Preis der Arbeit der höheren, mittleren und unteren Beamten in Bayern.

Ich verweise hier, was die Methode anlangt, auf die Ausführungen im III. Abschnitte des zweiten Kapitels. Hier kommt es uns darauf an, positive Werte für den Preis der Arbeit der Beamten zu bekommen, Werte, die den im vorigen Abschnitt errechneten auf den Produktionskosten der Arbeit beruhenden Werten gegenübergestellt werden können.

Wie wir uns erinnern, wurden einmal die Lebensproduktionskosten durch Summierung der mit 5% Zinseszins auf das 65. Lebensjahr bezogenen Jahresproduktionskosten für die höheren, mittleren und unteren Beamten und deren Frauen errechnet, Summen, die durch den Preis der Arbeit des Mannes wieder hereingebracht werden sollen.

Auf der anderen Seite haben wir aus denselben Grundlagen die Höhe der jährlichen Durchschnittseinkommen jener drei Beamtengruppen bestimmt, welche die Möglichkeit geben, die errechneten Produktionskosten der Beamtenarbeit zu decken.

Wie müssen nun die Werte aussehen, die mit diesen eben berechneten Resultaten verglichen werden können? Den Lebensproduktionskosten können nur die Lebenseinkommen gegenübergestellt werden. Entsprechend der Ermittlung von Durchschnittswerten für die Lebensproduktionskosten dürfen auch nur Durchschnittswerte für die Lebenseinkommen errechnet werden. Es ist klar, daß wir für die drei Beamtenlaufbahnen keine besonders günstigen, als auch keine zu ungünstigen wählen dürfen. Die Durchschnittslaufbahnen, die von der Mehrzahl der Beamten absolviert werden, können einzig und allein die vergleichbare Grundlage liefern. Diese Durchschnittslaufbahnen sind nicht unbekannt, vielmehr spielen sie in der Besoldungspolitik eine immer größere Rolle. Die Beamtenorganisationen wachen ängstlich darüber, daß diese Durchschnittslaufbahnen in den verschiedenen Staatsdienstzweigen keine wesentlichen Abweichungen zeigen, daß Anfangs- und Spitzenstellung, sowie die Beförderungsalter ungefähr übereinstimmen etc.

Unter Beachtung dieser Grundsätze, der Bestimmungen des Beamtenbesoldungsgesetzes vom 20. April 1928 und der neuen Bekanntmachung über die Unterhaltszuschüsse und Leistungsvergütung der im staatlichen Vorbereitungsdienst stehenden Personen vom 5. Oktober 1928 wurden Durchschnittslebenseinkommenstabellen für einen höheren, mittleren und unteren Beamten errechnet. Siehe Anlagen 10, 11 und 12.

Die Einzelheiten sind aus den drei Lebenseinkommenstabellen zu entnehmen. Als Wohnungsgeld wurde jenes der Ortsklasse B gewählt, das dem Durchschnittswohnungsgeld nahekommen dürfte, da die Mehrzahl der Beamten in Städten wohnt. Das Heiratsalter wurde für den höheren Beamten mit 33, für den mittleren mit 28 und für den unteren mit 27 Lebensjahren angenommen und außerdem die Kinderzuschläge für 3 Kinder berücksichtigt. Um die Vergleichbarkeit mit den Lebensproduktionskosten zu erzielen, wurden die Gesamtjahresbezüge mit 5% Zinseszins auf das 65. Lebensjahr bezogen.

Die Ergebnisse der Lebenseinkommensberechnungen sind in der folgenden Tabelle zusammengefaßt.

Durchschnittslebenseinkommen bei 5% Zinseszins bezogen auf das 65. Lebensjahr.

Beamtengruppe	Grundgehalt	Wohnungsgeldzuschuß	Kinderzuschläge für 3 Kinder	Gesamt-Lebenseinkommen ohne Zinsen	Gesamt-Lebenseinkommenbei 5% Zins bezw. auf d. 65. L.-Jahr
Höherer Beamter	297 100	38 124	13 980	349 204	956 465
Mittlerer „	168 700	29 796	12 120	210 616	644 903
Unterer „	102 650	24 516	12 120	139 316	493 849

In zweiter Linie käme nun die Ermittlung eines jährlichen Durchschnittseinkommens unter Benützung des gegenwärtigen Beamtenbesoldungsgesetzes in Frage. Diese Werte müßten geeignet sein, in Beziehung gebracht zu werden mit den theoretisch aus den Produktionskosten der Beamtenarbeit errechneten Durchschnittsjahreseinkommen. Die praktische Möglichkeit ergeben die Staatshaushaltspläne. Aus ihnen ist die Zahl der Beamten der verschiedenen Besoldungsgruppen und die Summen der Vergütungen zu

entnehmen, die auf die einzelnen Besoldungsgruppen fällt. Leider bieten aber die Staatshaushaltspläne für die Rechnungsjahre 1927 und 1928 keine richtigen Unterlagen mehr insoferne, als durch das neue Besoldungsgesetz vom 20. April 1928 grundlegende Änderungen in Hinsicht auf die Besoldungshöhe eingetreten sind. Die Nachträge zu den Staatshaushaltsplänen, welche die neue Besoldungsordnung bedingten, konnte leider nicht erhalten werden.[19]) So war es leider auch hier nötig, zu versuchen, auf einem Umwege zum Ziele zu gelangen. Aus der Übersicht über die Überleitung der am 1. Oktober 1927 im Amte gewesenen etatmäßigen und nicht etatmäßigen Staatsbeamten in die Besoldungsordnung A und B, konnte die Anzahl der Beamten in den einzelnen neuen Besoldungsgruppen festgestellt werden.[20]) Der Gesamtbedarf an Besoldungen, der aus den Staatshaushaltsplänen hätte entnommen werden können, mußte infolge Überholung der Verhältnisse durch die neue Besoldungsordnung theoretisch ermittelt werden. Zu diesem Zwecke wurde für jede Besoldungsgruppe der Grundgehalt der mittleren Dienststufe festgelegt und das entsprechende Wohnungsgeld von 120% der Ortsklasse B dazu addiert. Durch Multiplikation dieses Durchschnittswertes für jede Besoldungsgruppe mit der ermittelten Zahl der Beamten derselben konnte der ungefähre Gesamtbedarf errechnet werden. Schwieriger gestaltete sich, wie bereits früher erwähnt, die Trennung der Besoldungsgruppen in diejenigen der höheren, mittleren und unteren Beamten. Leicht war die Trennungslinie zwischen den höheren und mittleren Beamten zu ziehen. Das System der Verzahnung ist zwischen diesen beiden Beamtengruppen nahezu völlig beseitigt. Lediglich einige Ministerialrechnungsräte erscheinen noch in der Gruppe A 2 g. In den Gruppen von A 2 f an aufwärts befinden sich nur noch höhere Beamte. Wie bereits am Anfang dieses Kapitels erwähnt wurde, ist die Verzahnung zwischen unteren und mittleren Beamten in Bayern ganz besonders groß. Es bedurfte einer besonderen Sorgfalt an Hand der Übersicht über die Überleitung der Beamten in die neue Besoldungsordnung die Unterscheidung zu treffen, welche von den nach den Gruppen A 7 a, A 8 a und A 9 a übergeleiteten Beamten als untere, bezw. mittlere in unserem Sinne anzusprechen sind. Das Ergebnis der Untersuchung ist aus Anlage 13 zu ersehen.

Die Volksschullehrer wurden aus der Reihe der mittleren Beamten genommen und getrennt aufgeführt, da sie, ähnlich wie die

[19]) Eine Bitte um eine diesbezüglich zusammengefaßte Angabe an das bayerische Staatsministerium hatte keinen Erfolg.

[20]) Die Übersicht befindet sich in Promm's Handbuch für bayerische Beamtenangelegenheiten 1928, S. 317.

mittleren Reichsbeamten, ihre Eingangsstelle in Gruppe A 4 b finden, also die Besoldungsverhältnisse der mittleren bayerischen Beamten, die ihre Eingangsstufe in A 9 finden, dadurch in zu günstigem Lichte gezeigt worden wären.

Die Zahl der höheren, mittleren und unteren Beamten, sowie der Volksschullehrer und die Aufwendungen an Grundgehalt und Wohnungsgeld, sei aus der Haupttabelle zusammengefaßt, hier wiedergegeben.

Aus den tatsächlichen Gehältern errechnetes Durchschnittsjahreseinkommen.

Beamtengruppe	Beamtenstellen insgesamt	Gesamtausgaben für Grundgehalt + Wohnungsgeld (120%) nach der mittl. Dienststufe	Es treffen demnach auf eine Beamtenstelle
Höhere Beamte	8799	71675356	8146
Mittlere „	9030	38579772	4272
Untere „	12617	35621508	2823
Volksschullehrer	17068	84772260	4967

Um diese Durchschnittsjahreseinkommen mit denen aus den Produktionskosten errechneten vergleichen zu können, müssen noch die Kinderzuschläge von 2 Kindern, also 480.— ℳ, zugefügt werden, da das aus den Produktionskosten theoretisch errechnete Jahreseinkommen die Erziehung eines Knaben und eines Mädchens durch die Wiedererstattung der Erziehungs- und Ausbildungskosten von Mann und Frau ermöglicht. Es ergeben sich also, unter Zugrundelegung der neuen Besoldungsordnung folgende Durchschnittsjahreseinkommen:

Für den höheren Beamten . . 8 626.— ℳ,
für den mittleren Beamten . . 4 752.— „
für den unteren Beamten . . 3 303.— „
für den Volksschullehrer . . . 5 447.— „

Damit wären die Grundlagen für die im nächsten Abschnitte vorzunehmenden Vergleiche geschaffen.

IV. Vergleich des tatsächlichen Preises der Arbeit der bayerischen Staatsbeamten mit den aus den Produktionskosten abgeleiteten.

Das Hauptergebnis unserer Untersuchung, das Verhältnis zwischen dem Lebenseinkommen und den Lebensproduktionskosten der drei Beamtengruppen ist durch folgende Ziffern charakterisiert:

Durchschnittslebensproduktionskosten und Lebenseinkommen.

Vortrag	höherer Beamter	mittlerer Beamter	unterer Beamter
Durchschnittsproduktionskosten	1 191 852	749 444	534 870
Durchschnittslebenseinkommen	956 465	644 903	493 849

Wir sehen also, daß die Lebensproduktionskosten von keinem der Lebenseinkommen erreicht werden. Es fehlen bei den

höheren Beamten	mittleren Beamten	unteren Beamten
235 387 ℳ	104 541 ℳ	41 021 ℳ
	oder	
19,75%	13,95%	7,67%.

Gedeckt wird demnach durch das Lebenseinkommen bei den

höheren Beamten	mittleren Beamten	unteren Beamten
nur 80,25%	86,05%	92,33%.

der Lebensproduktionskosten.

Das Ergebnis ist insofern noch ernster zu beurteilen, als die Werte der Lebensproduktionskosten eigentlich nur die Erziehung von 2 Kindern wieder ermöglichen, während für die Bestimmung des Lebenseinkommens Kinderzuschläge für 3 Kinder Berücksichtigung fanden.

Der Preis der Arbeit des unteren Beamten kommt also bis auf rund 8% an die Höhe der Produktionskosten heran.. Hier ist also die geringste Abweichung zwischen dem theoretisch errechneten und dem faktischen Preis der Arbeit festzustellen. Bei den mittleren Beamten ist diese Abweichung schon auf 14% angewachsen. Am größten ist sie bei den höheren Beamten mit 20%.

Vergleichen wir nun den Anteil der Erziehungs- und Ausbildungskosten und der Lebenshaltungskosten in der produktiven Periode mit den Gesamtproduktionskosten und dem Lebenseinkommen.

Vergleich der Erziehungs u. Ausbildungskosten, sowie der Lebenshaltungskosten der produktiven Periode mit den Gesamtproduktionskosten.

Vortrag.	höherer B.	mittlerer B.	unterer B.
I. Gesamtproduktionskosten.	1191 852	749 444	534 870
a) Erziehungs u. Ausbildungskosten für Mann u. Frau.	613 870 51.51%	371 039 49.51%	265.970 49.73%
b) Lebenshaltungskosten in der prod. Periode für Mann u. Frau.	577 982 48.49%	378 405 50.49%	268.900 50.27%

Vergleich mit dem Gesamtlebenseinkommen.

Vortrag.	höherer B.	mittlerer B.	unterer B.
II. Gesamtlebenseinkommen.	956 465	644.903	493 849
a) Erziehungs u. Ausbildungskosten für Mann u. Frau.	613 870 64.18%	371039 57.53%	265.970 55.86%
b) Lebenshaltungskosten in der prod. Periode für Mann u. Frau	577.982 60.43%	378 405 58.68	268.900 54.45%
a) + b) in % des Gesamtlebenseinkommens.	124.61%	116.21%	108.31%

Der Anteil der Erziehungs- und Ausbildungskosten an den Lebensproduktionskosten ist nur bei den höheren Beamten größer, als der Anteil, der auf die Lebenshaltung in der produktiven Periode fällt. Prozentmäßig ist der Unterschied gering. Bei allen drei Beamtengruppen bestehen die Lebensproduktionskosten ungefähr zur Hälfte aus den Erziehungs- und Ausbildungskosten und zur Hälfte aus den Unterhaltskosten in der produktiven Periode. Dieses Ergebnis könnte aus einer oberflächlichen Schätzung nicht so ohne weiteres vermutet werden, da einmal die produktive Periode von längerer Dauer ist, als die unproduktive und andererseits die Beträge für die Lebenshaltung in der produktiven Periode im Gegensatz zu den Beträgen der Jugendperiode einen größeren Betrag darstellen, und einen Faktor enthalten, der dem kulturellen Bedürfnis Rechnung tragen soll.

Die verbrauchten Kapitalien der Jugendperiode, inbesondere bei hohen Ausbildungskosten, wachsen eben, sofern man sie auf den fernen Zeitpunkt des 65. Lebensjahres bezieht, gewaltig an. Wir sehen hier, welch gewaltige Summe dieses vorgeschossene von den Eltern in die Kinder investierte Kapital darstellt.

Bemerkt sei noch, daß dieses Verhältnis der Erziehungs- und Ausbildungskosten und der Lebenshaltungskosten zu den Gesamtproduktionskosten bei den höheren Beamten, insbesondere durch die geringeren Erziehungskosten der Frau des höheren Beamten nivelliert wird. Setzen wir nämlich die Produktionskosten der Jugendperiode des höheren Beamten in Beziehung zu dessen Gesamtpro-

duktionskosten, so sind jene mit 53,5% noch höher, als die der ursprünglichen Berechnung für Mann und Frau zusammen, die nur 51,51% betragen.

Von wesentlichem Interesse ist natürlich der Vergleich der Produktionskosten der Jugendperiode und der produktiven Periode mit dem Lebenseinkommen. Die vorstehende Tabelle zeigt, daß die Produktionskosten das Lebenseinkommen bei den höheren Beamten um 24,61%, bei den mittleren Beamten um 16,21% und bei den unteren um 8,31% übersteigen. Am Lebenseinkommen gemessen betragen die Erziehungs- und Ausbildungskosten eines verheirateten höheren Beamten 64,18%, eines mittleren 57,53% und eines unteren Beamten 53,80%. Die Lebenshaltungskosten der produktiven Periode betragen bei verheirateten höheren Beamten 60,43% des Lebenseinkommens, sind also niedriger als die Erziehungs- und Ausbildungskosten, während jene bei den mittleren und unteren Beamten mit 58,68 und 54,45% höher sind als die ermittelten Produktionskosten der Jugendperiode, was hier auf den geringeren Anteil an Bildungskosten zurückzuführen ist.

Soll festgestellt werden, wie weit die ermittelten Kosten in den verschiedenen Lebensaltern gesenkt werden müssen, damit sie dem tatsächlichen Einkommen entsprechen, so brauchen nur die Werte der Produktionskostentabellen mit der Prozentzahl multipliziert werden, die angibt, welche Höhe das tatsächliche Lebenseinkommen, an den Produktionskosten gemessen, erreicht. Sie war, wie wir gesehen haben, für die drei Beamtengruppen

80,25% 86,05% 92,33%.

Die finanzielle Auswirkung dieses Ergebnisses zeigt folgende Gegenüberstellung.

Beamtengruppe. Aktale Stellung.	Die Prod. Kosten des 1. Lebensjahres ermäßigen sich von ..... M. auf ..... M.	Die Prod. Kosten des letzten Jahres der unprod. Periode von .... M. auf .... M.	Die jährl. Lebenshaltungskosten in der prod. Periode von ..... M. auf ..... M.	Die Lebenshaltungskosten für M. u. Frau i. d. prod. Per. von ..... M. auf ..... M.
höherer Beamter		1967	2600	
	304	1579	2087	4680
Frau des höh. Beamten	244	1296	2080	3756
		1040	1669	
Mittlerer Beamter		1103	1425	
	208	949	1226	2565
Frau des mittl. Beamten	179	894	1140	2207
		769	981	
Unterer Beamter		860	988	
	164	794	912	1779
Frau des unt. Beamten	151	694	791	1642
		641	730	

Von Interesse dürfte noch sein, festzustellen, wie hoch sich die Beträge errechnen, die am Ende der unproduktiven Periode die erwachsenen Kinder der drei Beamtengruppen an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung verbrauchen dürfen.

Vortrag	Unterhaltskosten im letzten Jahre der unprod. Periode	Nach dem kalorisch. Lebensminimum ermittelt	Es treffen demnach auf:			
			Ernährg.	Kleidung	Wohng.	Heizg. u. Bel.
Sohn des höh. Beamten	1520	1220	64.5	27.9	24.0	5.6
Tochter des " "	1216	970	51.5	22.4	19.2	4.5
Sohn des mittl. "	1040	805	48.4	18.2	18.3	4.6
Tochter des " "	832	716	38.7	14.6	14.7	3.6
Sohn des unteren "	820	757	49.1	11.1	11.3	4.2
Tochter des " "	656	606	39.3	8.9	9.0	3.4

Es müssen also die zweifellos niedrigen Sätze der Produktionskostentabelle dem Einkommen entsprechend gesenkt werden. Die Verteilung der verbleibenden Beträge auf die Unterhaltskosten im letzten Jahre vor Beginn der produktiven Periode (Ernährung, Wohnung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung) ergeben gelinde gesagt ein trostloses Bild. Diese Beträge reichen nicht einmal aus, um den Sohn eines höheren Beamten ohne wesentliche Kürzung der nötigen Bedürfnisse der übrigen Familienmitglieder den Besuch einer Hochschule außerhalb des Wohnsitzes der Eltern zu ermöglichen, insbesondere, wenn man dabei daran denkt, daß die Kosten des Studiums Beträge sind, die nicht gekürzt werden können, wodurch die Ermäßigung der Unterhaltskosten noch unter das eben errechnete Maß hinabgehen dürfte.

Es erübrigt sich noch, das aus den Produktionskosten errechnete Durchschnittsjahreseinkommen (siehe S. 110) dem aus den tatsächlichen Besoldungsverhältnissen gegenüberzustellen.

Es wurde dieser Vergleich noch durchgeführt, um das erste Ergebnis zu überprüfen, wenngleich die Grundlagen, die für Ermittlung eines exakten tatsächlichen Durchschnittsjahreseinkommen nicht zu erreichen waren. Immerhin war von Interesse zu erfahren, ob sich das Ergebnis in der gleichen Richtung bewegt.

Vergleich des Durchschnittsjahreseinkommens (theoretisches) mit dem tatsächlichen Durchschnittsjahreseinkommen.

Vortrag	höherer Beamter	mittlerer Beamter	unterer Beamter
Durchschnittsjahreseinkommen a. d. Prod.-Kosten berechn.	9690	5089	3544
Tatsächliches Durchschnittsjahreseinkommen	8626	4752	3305

Wir sehen also, daß auch diesmal bei völlig veränderter Grundlage für Ermittlung des tatsächlichen Durchschnittsjahreseinkommens in allen drei Fällen das aus den Produktionskosten errechnete Durchschnittsjahreseinkommen vom faktischen nicht erreicht wird. Auch hier ist das tatsächliche Durchschnittseinkommen des höheren Beamten prozentmäßig am weitesten vom theoretisch errechneten entfernt.

Durch das tatsächliche Durchschnittsjahreseinkommen werden vom theoretisch errechneten gedeckt bei

den höheren Beamten 90,6%,
den mittleren Beamten 93,4%,
den unteren Beamten . . . . 93,2%.

Es fällt dabei auf, daß nicht wie bei der ersten Untersuchung das faktische Einkommen des unteren Beamten dem theoretisch errechneten am nächsten liegt, sondern das des mittleren Beamten, wenn auch nur um 0,02%. Die Erklärung wird wohl in der früheren Ausführung über die Errechnung dieses faktischen Durchschnittsjahreseinkommen zu finden sein, die auf die Schwierigkeit hinweist, eine exakte Grenze zwischen unteren und mittleren Beamten in Bayern zu ziehen.

Was die geringere Größe der Abweichung bei den mittleren und höheren Beamten gegenüber dem ersten Resultat anlangt, so kann sie ihren Grund in der Annahme der mittleren Dienststufe für die Grundgehaltsberechnungen haben. Bei den kleinen Gehältern wird ein Fehler, der durch diese Annahme gemacht wird, sich nicht wesentlich auswirken können. Die Vorrückungen sind hier klein. Wesentliche Verschiebungen können sich dadurch aber schon bei den mittleren Gehältern ergeben und am meisten können sie naturgemäß bei den größeren Gehältern der höheren Beamten sich

auswirken. In der Tat sind die Abweichungen vom ersten Resultat bei den unteren Beamten nur unbedeutend, steigend größer aber bei den mittleren und höheren Beamten.

Bei der Feststellung des tatsächlichen Durchschnittsgehaltes der drei Beamtengruppen wurden die Lehrer aus den mittleren Beamten ausgeschieden. Es schien dies berechtigt, weil erstens im Gegensatz zum bayerischen mittleren Beamten die Eingangsgruppe ihrer Laufbahn, die Besoldungsgruppe A 4 b, die gleiche der mittleren Reichsbeamten ist und zweitens, weil die Zahl der Volksschullehrer die der mittleren Beamten um 100% übersteigt.

Das Durchschnittseinkommen eines Lehrers ohne Kinderzuschläge berechnet sich auf 4967.— ℳ, mit 2 Kindern auf 5447.— ℳ. Gehen wir davon aus, daß die Erziehungs- und Ausbildungskosten denjenigen der mittleren Beamten gleich zu erachten ist, so ergibt sich die Tatsache, daß heute einzig und allein der Preis ihrer Arbeit durch die Produktionskosten als gedeckt anzusehen ist. Das theoretisch errechnete Durchschnittseinkommen des mittleren Beamten beträgt 5 089.— ℳ, während das tatsächliche Durchschnittseinkommen eines Volksschullehrers mit 2 Kindern sich auf 5447.— ℳ errechnet, also am theoretisch errechneten gemessen 107% desselben beträgt.

Viertes Kapitel.

Bedeutung des Ergebnisses und Folgerungen.

Wir sind bei der Ermittlung der Produktionskosten für die verschiedenen Lebensalter von einer Normalfamilie mit 3 Kindern ausgegangen Die Beträge, die als soziales Existenzminimum betrachtet worden sind, waren bescheiden zu nennen, umso mehr, als sie eben für eine 5 köpfige Familie bestimmt waren. Die Produktionskostentabellen zeigen denn auch in ihren Einzelheiten Werte, die keineswegs über das normale Maß hinausgehen. Umso mehr überrascht es, daß dennoch unter Zugrundelegung der neuesten Besoldungssätze die ermittelten Produktionskosten der Arbeit des Beamten nicht durch den Preis seiner Arbeit gedeckt werden. Analog den Feststellungen Engels vor über 50 Jahren ist es die höhere Beamtenarbeit, die am wenigsten in der Lage ist, ihre Produktionskosten zu decken. Es mag sein, daß sich dennoch im allgemeinen die Ausbildung für den höheren Beruf geschäftlich sehr gut bezahlt macht, wie manche behaupten.[1]) Für die Beamten dürfte diese Behauptung kaum aufrecht zu erhalten sein. Nur einige wenige Beamte werden in der Lage sein, durch Vordringen bis zu den höchsten Gehaltssätzen ihrer Laufbahn ihre Produktionskosten durch den Preis ihrer Arbeit zu decken. Die Masse der Beamten, der große Durchschnitt, ist nicht in der Lage, die völlige organische Restitution herbeizuführen. In früheren Zeiten, als den Beamten häufig ein von vorhergehenden Generationen gespartes Kapital zur Verfügung stand, waren diese Verhältnisse weniger bedenklich. Heute nagen sie an der Gesundheit, an der kulturellen und sittlichen Höhe eines der wertvollsten Schichten des Staates. Sofern sich die Beamten oft unter schweren Opfern wieder aus Beamtenfamilien ergänzen, muß sich diese Akkumulation von Fehlbeträgen Generationen hindurch immer unheilvoller auswirken. Bedauerliche ungewohnte Erscheinungen der Gegenwart lassen bereits die Öffentlichkeit erkennen, welches die tieferen Gründe derselben

[1]) Cassel, Theoretische Sozialökonomik, S. 323. Ähnliche Ansicht offenbar auch Käthe Bauer-Mengelberg, Zur Theorie der Arbeitsbewertung in: Archiv für Sozialwissenschaft, 56. Bd., 1926, S. 147, zitiert nach von Degenfeld-Schonburg „Geist und Wirtschaft", Tübingen 1927, S. 160.

sind.[2]) Zunehmende Verproletarisierung der Beamtenschaft, ein immer tieferes wirtschaftliches Absinken von den Gesellschaftsschichten, denen sie eigentlich zuzuzählen sind, ist unverkennbar. Diese Erscheinung ist nicht neu. Sie hat ihre Entwicklung allmählich genommen. „So hatte ein preußischer Minister 1855 nur 537 Zensiten im ganzen Staate über sich, die sich eines höheren Einkommens als er erfreuten; 1880 waren es schon 1870, 1910 aber 14 237, 1913 gar 21 497. Die höchsten Staatsbeamten sind also, legt man den Gesichtspunkt des Einkommens zugrunde, heute schon weit unter die Grenze der oberen 10 000 herabgesunken.“ [3]) Ein anderes Beispiel zeigt dieses Absinken noch deutlicher, weil gleichzeitig das Wachstum der Bevölkerung zum Vergleich mit herangezogen wurde. In Düsseldorf hatten z. B. ein höheres steuerpflichtiges Einkommen als der höchste staatliche Beamte am Platze:

1880	135	Personen,
1900	832	„
1900	1 222	„
1913	1 456	„

Die Zahl hat sich also in einem Menschenalter fast verelffacht, während die Bevölkerung gleichzeitig nur von rund 100 000 auf rund 400 000 angewachsen ist.[4])

Wie mögen sich inzwischen die Verhältnisse heute gestaltet haben, wo es allgemein bekannt ist, daß Geschäftsleute, Bäcker, Metzger, Reineinkommen erreichen, die gar nicht selten die Einkommen der höchsten Beamten übersteigen.

Die Schäden, die entstehen, sind ohne weiteres zu erkennen. Hervorragende Kräfte werden meistens den Staatsdienst meiden und in der Wirtschaft besser bezahlte Stellen erhalten, andere aus dem Staatsdienst ausscheiden und in die Privatindustrie abwandern. Die Sorge vor zu starkem kulturellem Absinken führt, abgesehen von dem Geburtenausfall bei steigender sozialer Stellung, wenigstens heute in Deutschland zu einem großen Teil zur Einschränkung der Kinderzahl, was in rassenhygienischer Beziehung sich besonders nachteilig auswirkt. Das Erbgut, das vielfach bei den Beamten vorhanden ist, bleibt unwiederbringlich verloren, wenn es nicht auf die Nachkommen übertragen wird. Die menschliche Erb-

[2]) Vgl. R. Olden, Staatsanwalt Jacoby's Haushaltsbuch, Berliner Tageblatt vom 10. Oktober 1928, auch Deutsche Allgem. Zeitung vom 13. Oktober „Unsere Meinung“, auch Hamburger 8 Uhr-Abendblatt vom 1. Nov. 1928 „Der Etat des Beamten“.

[3]) Most Otto, Zur Wirtschafts- und Sozialpoltitik der höheren Beamten in Preußen, in: Schmoller's Jahrbuch, 39. Jahrg. 1915, S. 193.

[4]) Ebenda S. 193.

lichkeitslehre [5]) bringt eine ganze Anzahl Beispiele der Vererbung von geistigen Fähigkeiten. So ist das familienweise Vorkommen der musikalischen Begabung der Familie Bach in 5 Generationen besonders auffällig. Die Galton'schen statistischen Bearbeitungen der Verwandtschaftsverhältnisse berühmter Männer geben auch einen Zahlenaufschluß über die Häufigkeit von Begabungen. Unter engster Fassung des Begabungsbegriffes rechnet Galton auf 1 Million Männer nur 250 hervorragende Begabungen, das sind 1 : 4000. Gäbe es keine Erblichkeit der Begabung, so wären unter den 100 Vätern von 100 berühmten Männern nur 0,025 große Geister zu erwarten. Tatsächlich sind es aber 31 bedeutende Väter. Unter den 200 Großvätern der Berühmtheiten dürften ohne Erbgang nur 0,05 hervorragende zu erwarten sein. In der Tat sind es aber 17 bedeutende Großväter. Die tatsächliche Begabung übersteigt bei den Vätern berühmter Söhne die Erwartung um das 1240 fache, bei den Brüdern berühmter Männer um das 800 fache.

Hervorragend begabte Familien löschen sich also aus der Geschichte des Volkes aus. Der Verlust ist gewaltig. „Die Gefahr der geistigen Verarmung des Volkes und das Herabsinken der Durchschnittsbegabung ist keine Utopie, sondern die ungeheuere Gefahr für den Untergang des Abendlandes, so wie es den Untergang des Römerreiches besiegelte, als die anlagetüchtigen Römer die Zeugung der Nachkommenschaft ihren Sklaven und Freigelassenen überließen.“ [7])

Das Ansehen des Staates selbst leidet aber in ganz bedenklicher Weise, wenn seine Diener mehr und mehr absinken und schließlich in äußerster Bescheidenheit und Ärmlichkeit angesichts ihrer wirtschaftlichen Schwäche einen Teil ihres Selbstvertrauens verlieren. Es ist auch heute ohne weiteres klar, daß in dem gegenwärtigen Konkurrenzkampf der Völker die geistige Leistungfähigkeit mehr und mehr von ausschlaggebender Bedeutung ist. Schon deswegen darf es nicht geschehen, daß diese erbliche geistige Begabung, die ohnehin infolge der geringen Kinderzahl der höheren sozialen Schichten nicht in gleicher Weise wie die Minderwertigkeit fortgepflanzt wird, durch verkehrte Lohnpolitik noch weiterhin geschmälert wird.

Das rassenpolitische Gebot der Stunde ist es, daß der Staat die guten Erbanlagen seiner Beamten durch eine ausreichende Besoldung betreut.

[5]) Lenz Fritz, Menschliche Erblichkeitslehre 2. Aufl. bei J. F. Lehmann, München, 1927.

[6]) C. Göcke, Die Erblichkeit der geistigen Begabung in Staat und Technik, 3. Jahrg. 1927, Nr. 11, S. 186.

[7]) Ebenda.

Man wird entgegenhalten, daß die wirtschaftliche Lage des Staates die Lasten des verlorengegangenen Krieges, die Last des Youngplanes eine bessere Bezahlung unmöglich machen. Das wäre das gleiche, als dem Manne, der schwerste Arbeit zu verrichten hätte, die Nahrung zu kürzen, Sorgen aufzubürden, ihm überhaupt die Arbeitslust zu nehmen. Allen Erfordernissen der heutigen Stunde voran geht die Sorge um das Leben. Ohne diese ist jede andere Frage undiskutierbar. Es muß verlangt werden, aus volkswirtschaftlich, menschenökonomischen Gründen, daß das organische Kapital restlos restituiert wird, daß zum mindesten die Produktionskosten der Arbeit durch den Preis der Arbeit gedeckt werden. Welche Folgen hätte es, neben den rein geldlichen Verlusten durch Krieg und Youngzahlungen dauernde Verluste durch ungenügende Restitution der Produktionskosten der Arbeit zu erleiden? Der Deutsche würde sich mehr und mehr in seiner großen Masse dem Fronarbeiter und Sklaven des vergangenen Jahrhunderts nähern. Unterernährt, bescheiden, ohne Selbstvertrauen, würde der Wert seiner Arbeit mehr und mehr sinken. Das Land würde reif sein, als Ausbeutungsobjekt anderer Staaten. In der ausreichenden Bezahlung des gesamten Volkes liegt gegenwärtig der stärkste Widerstand gegen diese drohenden Gefahren.

Die Methode der Untersuchung hat also Bedeutung über die Beamtenkreise hinaus. Es ist kein Zweifel, daß derartige Untersuchungen für freie Berufe, für Arbeiter und Angestellte industrieller Betriebe schwieriger sind, wenngleich sie heute eher durchgeführt werden können, als noch in der Zeit vor 1914. „Der Beamtencharakter der kommenden Kultur“ [8]) wird mehr und mehr die Stabilisierung der Lohnverhältnisse aller Kreise bringen. Heute schon zeigen das Tarifvertragssystem und die Entwicklung der Sozialpolitik, der Pensionskassen beruflicher Verbände einige gewaltige Pfeiler des Baues, der im Interesse wahrer Menschenökonomie zu erhoffen ist und der die Sicherung aller beruflich Tätigen bringen wird.

Die Frage nach dem gerechten Lohn, die durch Jahrhunderte hindurch nach allen Seiten variiert wurde, wird sich positivere Grundlagen suchen müssen, die im Einklang stehen müssen mit den Verhältnissen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wie mit der Gesamtvolkswirtschaft. Es ist nötig, daß eine größere allgemeine Befriedigung dadurch erreicht wird. Diese Grundlagen können nur auf nüchternen Zahlen aufgebaut sein. Der mathematische Geist

[8]) Schewe Karl, Vom Beamtencharakter der kommenden Kultur, in: Beamtenbund Berlin Nr. 100 vom 23. Dezember 1924.

unserer Zeit wird auch hier Ordnung schaffen müssen, wo bis heute noch ein wüstes Chaos herrscht zum Schaden des einzelnen Arbeitgebers und Arbeitnehmers, wie zum Schaden der Volkswirtschaft. Einen Fingerzeig für den gerechten Lohn geben diese Produktionsberechnungen der Arbeit. **Der gerechte Lohn ist mindestens derjenige, der die Produktionskosten der Arbeit deckt, der die restlose organische Restitution ermöglicht** und der mehr als bisher die „Schundproduktion Mensch“ verhindern wird zum Wohle aller.

Neben diesem Hauptwert der Produktionskostenberechnungen der Arbeit geben sie aber auch wertvolle Anhaltspunkte für eine Unsumme Fragen des öffentlichen Lebens, die bisher mehr oder weniger nach dem Gefühl oder der rohen Schätzung gelöst wurden. Sie beruhen in der Hauptsache darauf, daß diese Untersuchungen nicht nur Antwort geben auf die Frage nach den Gesamtproduktionskosten, sondern auch auf die Frage nach dem Geldwert des Menschen in den verschiedenen Lebensaltern. Es ist also z. B. jederzeit möglich, den Geldwert eines verunglückten Menschen zu errechnen, der natürlich inmitten der produktiven Periode größer sein wird, als am Ende derselben. Damit sind Anhaltspunkte für Gerichtsurteile, Schadensersatzansprüche etc. gegeben. Es wird aber auch jederzeit der Schaden errechnet werden können, der durch Seuchen, Tuberkulose entsteht und auf der anderen Seite der Geldwert neuer Heilmethoden festgestellt werden können.[9]) So sind ebenfalls in Amerika die Kosten errechnet worden, die der ganzen Nation durch die Vernichtung von Menschenleben durch Eisenbahnunfälle erwachsen.[10]) Weiterhin wird die Möglichkeit gegeben, die geldlichen Gewinne durch Rückgang der Sterblichkeit festzustellen und umgekehrt, das durch übergroße Sterblichkeit entstehende Defizit zu ermitteln.

Über die spezielleren Fragen hinaus gibt diese Methode die Möglichkeit zur Errechnung des Geldwertverlustes an Menschen durch Kriege,[11]) außerdem wertvolle Grundlagen für Lebensversicherungsgesellschaften und schließlich selbst die Möglichkeit der Ermittlung des Geldwertes des Menschen ganzer Staaten.

[9]) Vgl. Dublin Louis L. und Whitney, Jessamine „On the Cost of Tuberculosis“. Journal of the American Statistical Association, Vol. XVIII, December 1920, zitiert nach Edward A. Woods, America's Human Wealth, a. a. O.

[10]) Palmer Lew. R. . . „The National Cost of Railway Accidents“, Equitable Life Assurance Society of the United States, New York 1923.

[11]) Crammond, Edgar — „The Cost of the War“, Journal of the Royal, Statistical Society, London, May 1915 und Bogart Ernest L., Directe and Indirect Costs of the Great World War, Carnegie Endowment for International Peace, Oxford University Press, New York 1920,

Der Mensch als Objekt der Wirtschaft bietet eine ganze Anzahl interessanter Probleme. Aus naheliegenden Gründen, die ich eingangs erwähnt habe, treten sie in den Vordergrund, insbesondere für uns, die wir so viel anorganisches Kapital verloren haben. Das organische Kapital im Menschen stellt sich heute als unser größter Wert dar, mit dem wir arbeiten müssen und der die einzige Möglichkeit bietet, jene anderen verlorengegangenen Werte wieder zu erlangen. Aber nicht nur wir erkennen dies, Amerika trägt z. B. diesen Gesichtspunkten in seiner Einwanderungspolitik besonders Rechnung. Mehr als interessant ist es aber, daß selbst ein Mann, ein Erfindergenie auf technischem Gebiete wie Thomas A. Edison erkennt, welche hohe Bedeutung die Probleme bergen, die im Menschen selbst liegen und die nach seiner Meinung in den kommenden Jahren die gleiche Bedeutung und Beachtung erfahren werden, wie sie die rein technischen im 19. Jahrhundert erfahren haben.

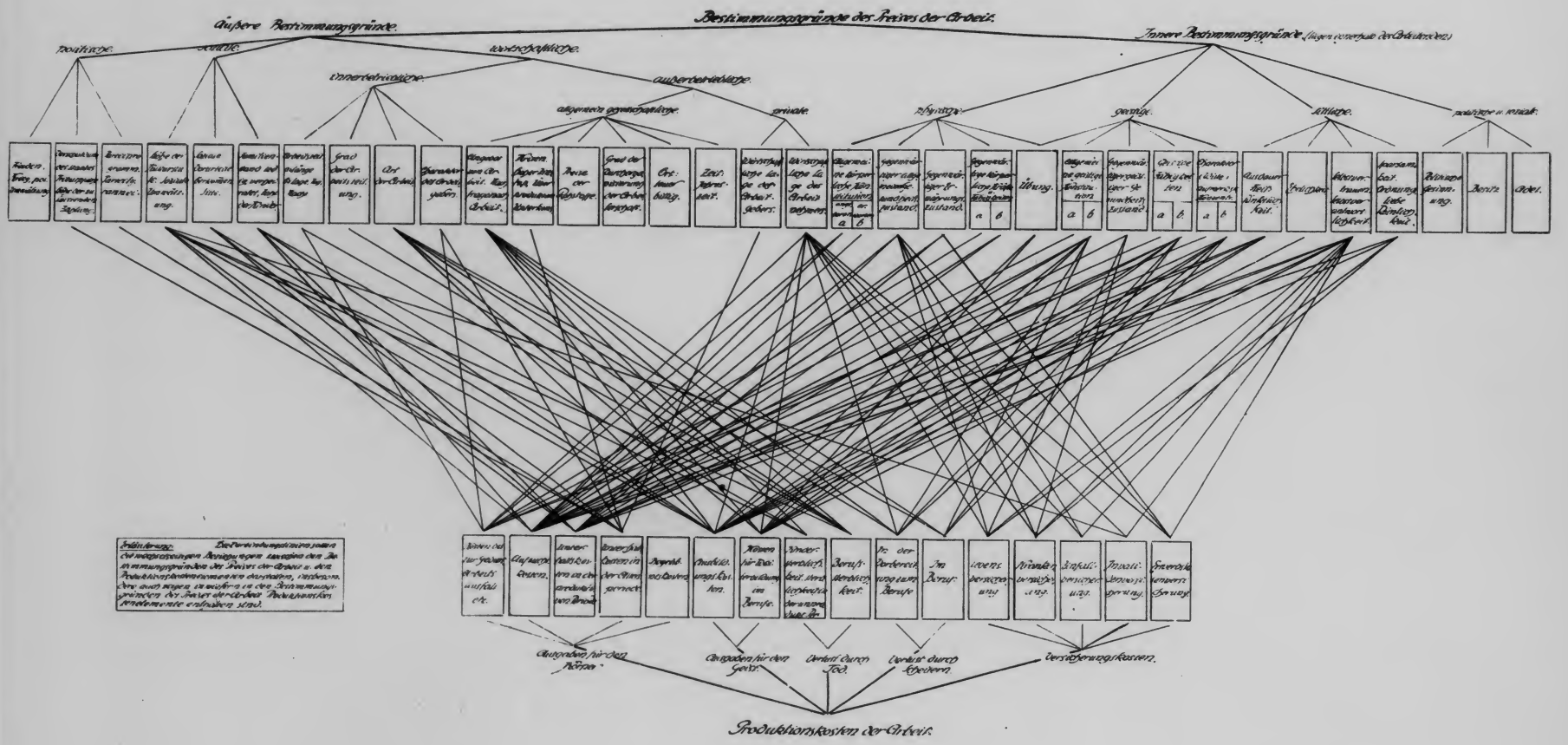
„Problems in human engineering will receive during the coming years the same genius and attention which the nineteenth century gave to the more material forms of engineering." [12])

Thomas A. Edison.

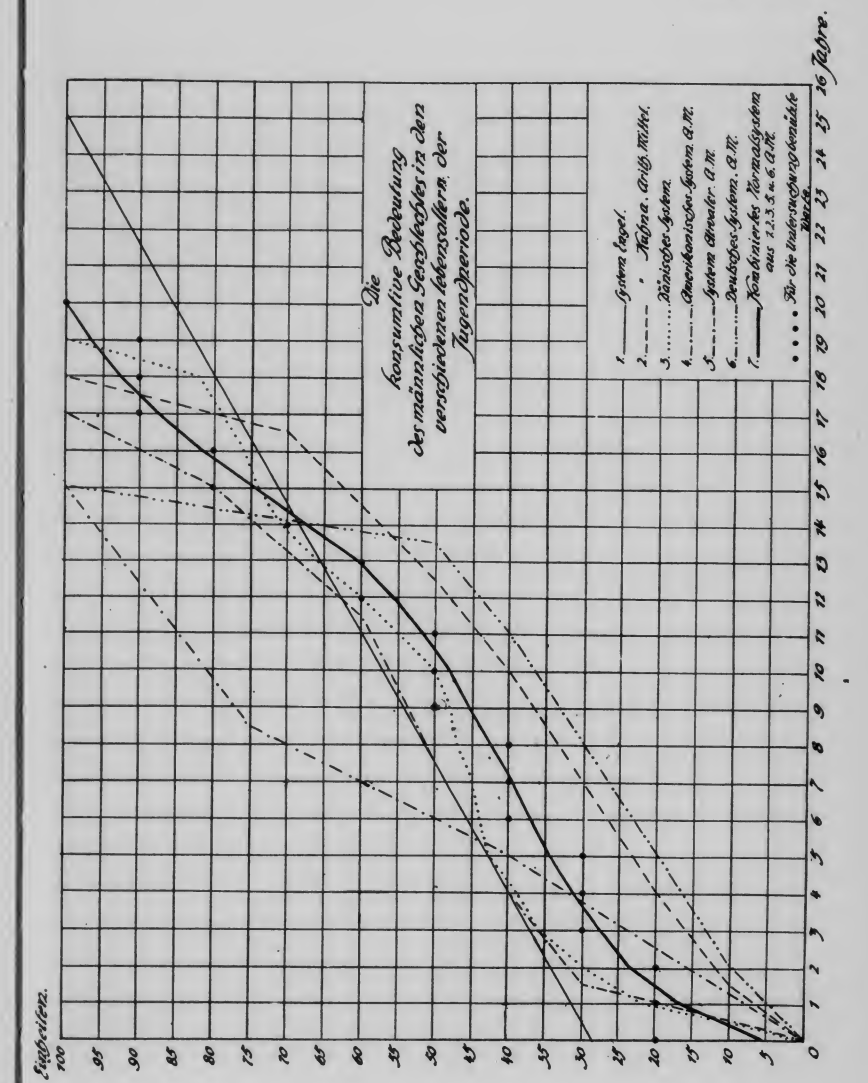
---

[12]) Vgl. Edward A. Woods, Americas Human Wealth, a. a. O., S. 16.

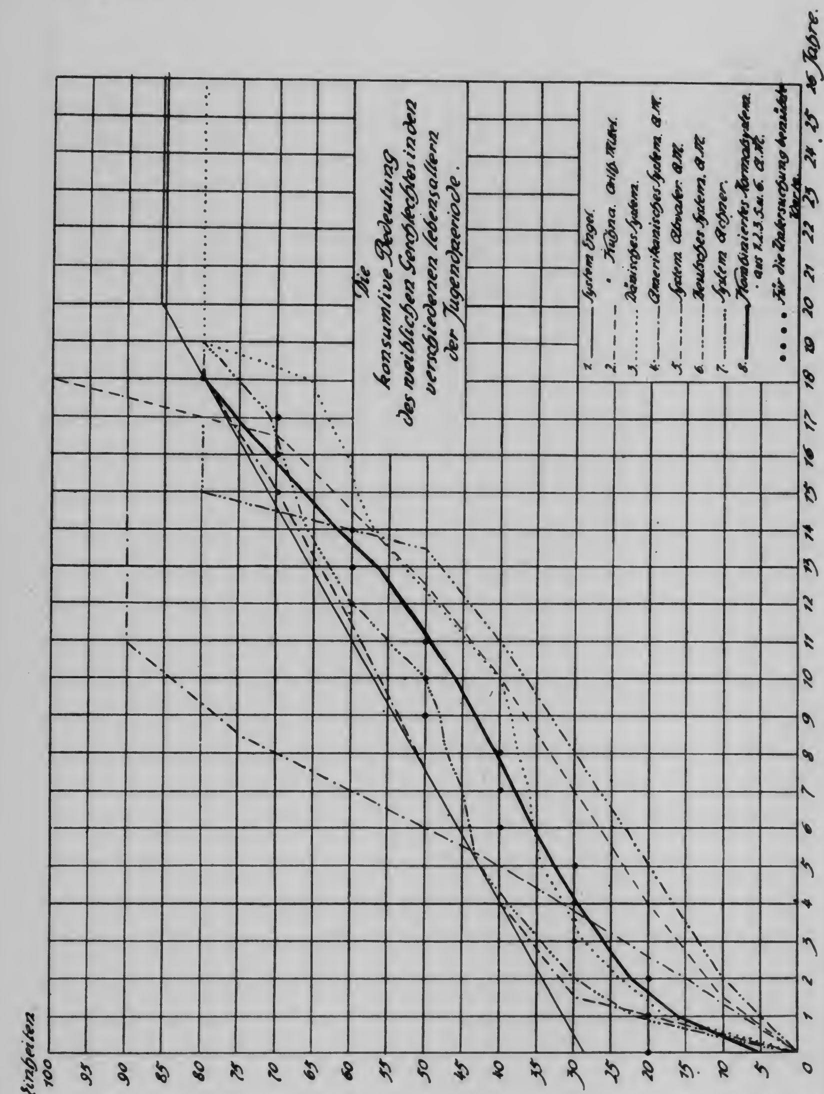
Darstellung der Beziehung der Produktionskostenelemente zu den Bestimmungsgründen des Preises der Arbeit.



Anlage Nr. 2.


Die konsumtive Bedeutung des männlichen Geschlechtes in den verschiedenen lebensaltern der Jugendperiode.
1. System Engel.
2. " Kuhna. Arith. Mittel.
3. Dänisches System.
4. Amerikanisches System. A.M.
5. System Atwater. A.M.
6. Deutsches System. A.M.
7. Kombiniertes Normalsystem aus 1.2.3.5. u. 6. A.M.
Für die Untersuchung benützte Werte.
Einheiten.
Jahre.

Anlage Nr. 3.



Anlage Nr. 4.

Produktionskostentabelle für einen höheren Beamten.

Lebensalter in Jahren	Kostenhöhe nach dem kombinierten Normalsyst.	Unterhaltskosten (Ernährung, Kleidg., Wohn., Beleu. Bd.)	Ausbildungskosten	Krankenversicherung	Summe der Unterhalts- u. Ausbildungskosten u. Krankenv.	Kosten der Lebenshaltung in der produkt. Periode	Sterblichkeitskosten: Zahl der Überlebenden	Sterblichkeitskosten: Gestorben	Sterblichkeitskosten: Prod.-Kost. mit Berücksichtigung der Sterbl.	Prod.-Kost. unter Berücksichtg. der Kosten für Scheitern i. d. Berufe	Gesamtproduktionskost. bei 5% Zins bezog. auf das 65. Leb. Jahr
0	20	304			304		100000		304	304	7248
1	20	304		24	328		93195	6805	330	330	7947
2	20	304		24	328		92350	845	331	331	7158
3	30	456		24	480		92024	326	481	481	9907
4	30	456		24	480		91818	206	481	481	9435
5	30	456		24	480		91658	160	481	481	8986
6	40	608		24	632		91535	123	633	633	11262
7	40	608	9	24	641		91435	100	642	642	10878
8	40	608	5	24	637		91348	87	638	638	10295
9	50	760	7	24	791		91270	78	792	792	12172
10	50	760	9	24	793		91195	75	794	794	11622
11	50	760	183	24	967		91124	71	968	968	13494
12	60	912	178	24	1114		91057	67	1115	1115	14803
13	60	912	178	24	1114		90992	65	1115	1115	14098
14	70	1064	178	24	1266		90922	70	1267	1267	15257
15	80	1216	178	24	1418		90841	81	1419	1419	16273
16	80	1216	178	24	1418		90745	96	1420	1420	15509
17	90	1368	178	24	1570		90629	116	1572	1572	16352
18	90	1368	178	24	1570		90490	139	1572	1572	15573
19	90	1368	179	78	1625		90324	166	1628	1628	15360
20	100	1520	371		1891		90133	191	1894	1894	17019
21	100	1520	356		1876		89923	210	1880	1880	16089
22	100	1520	356		1876		89703	220	1881	1881	15330
23	100	1520	406		1926		89481	222	1931	1931	14489
24	100	1520	100		1620		89263	218	1625	1625	12013
25	100	1520	100		1620		89049	214	1624	1624	11434
26	100	1520	100		1620		88838	211	1624	1967	13189
		26448	3427	510	30385					30605	343692
27						2600					16603
28						2600					15812
29						2600					15059
30						2600					14343
31						2600					13659
32						2600					13009
33						2600					12390
34						2600					11800
35						2600					11238
36						2600					10702
37						2600					10193
38						2600					9707
39						2600					9245
40						2600					8805
41						2600					8386
42						2600					7986
43						2600					7606
44						2600					7244
45						2600					6899
46						2600					6570
47						2600					6257
48						2600					5959
49						2600					5676
50						2600					5405
51						2600					5148
52						2600					4903
53						2600					4669
54						2600					4447
55						2600					4235
56						2600					4034
57						2600					3842
58						2600					3658
59						2600					3484
60						2600					3318
61						2600					3160
62						2600					3010
63						2600					2867
64						2600					2730
65						2600					2600
						101400					640350

Anlage Nr. 5.

Produktionskostentabelle für die Frau eines höheren Beamten.

Lebensalter in Jahren	Einheiten nach dem Combinierten Normalsyst.	Unterhaltskosten (Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heiz. u. Beleuchtg.)	Ausbildungskosten	Krankenversicherung	Summe der Unterhalts- u. Ausbildungskosten u. Krankenversichg.	Kosten der Lebenshaltung in der produkt. Periode	Sterblichkeitskosten: Zahl der Überlebenden	Gestorbene	Prod. Kost. mit Berücksichtg. der Gestorbenen	Prod. Kost. unter Berücksichtigung der Kosten für Kinder i. d. Periode	Gesamtproduktionskosten bei 5% Zinsen bez. auf das 65. Lebensjahr
0	20	304			304		100000		304	-	7248
1	20	304		24	328		94812	5188	345	-	7834
2	20	304		24	328		94065	747	331	-	7158
3	30	456		24	480		93782	283	481	-	9907
4	30	456		24	480		93605	177	481	-	9435
5	30	456		24	480		93465	140	481	-	8986
6	40	608		24	632		93358	107	633	-	11262
7	40	608	9	24	641		93271	87	642	-	10878
8	40	608	5	24	637		93197	74	638	-	10295
9	50	760	7	24	791		93131	66	791	-	12157
10	50	760	9	24	793		93070	61	794	-	11622
11	50	760	183	24	967		93012	58	967	-	13480
12	60	912	178	24	1114		92955	57	1115	-	14803
13	60	912	178	24	1114		92895	60	1115	-	14098
14	60	912	178	24	1114		92828	67	1115	-	13427
15	70	1064	178	24	1266		92753	75	1267	-	14530
16	70	1064	179	24	1267		92666	87	1268	-	13849
17	70	1064		24	1088		92564	102	1089	-	11328
18	80	1216		24	1240		92445	119	1241	-	12294
19	80	1216		78	1294		92310	135	1296	-	12228
20	80	1216		78	1294		92163	147	1296	-	11645
21	80	1216		78	1294		92006	157	1296	-	11091
22	80	1216		78	1294		91842	164	1296	-	10563
23	80	1216		78	1294		91673	169	1296	-	10060
		19608	1104	822	21534				21578		270178
24						2080					15376
25						2080					14644
26						2080					13947
27						2080					13283
28						2080					12650
29						2080					12048
30						2080					11474
31						2080					10927
32						2080					10407
33						2080					9912
34						2080					9440
35						2080					8990
36						2080					8562
37						2080					8184
38						2080					7766
39						2080					7396
40						2080					7044
41						2080					6708
42						2080					6389
43						2080					6085
44						2080					5795
45						2080					5519
46						2080					5256
47						2080					5006
48						2080					4768
49						2080					4541
50						2080					4324
51						2080					4118
52						2080					3922
53						2080					3735
54						2080					3558
55						2080					3386
56						2080					3227
57						2080					3073
58						2080					2927
59						2080					2787
60						2080					2655
61						2080					2528
62						2080					2408
63						2080					2293
64						2080					2184
65						2080					2080
						87360					557502

Anlage Nr. 6.

Produktionskostentabelle für einen mittleren Beamten.

Lebensalter in Jahren	Einheiten nach dem kombinierten Normalsyst.	Unterhaltskosten (Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heiz. u. Beleuchtg.)	Ausbildungskosten	Krankenversicherung	Summe der Unterhalts- u. Ausbildungskosten u. Krankenversichg.	Kosten der Lebenshaltung in der produkt. Periode	Sterblichkeitskosten: Zahl der Überlebenden	Gestorbene	Prod. Kost. mit Berücksichtg. der Gestorbenen	Prod. Kost. unter Berücksichtigung der Kosten für Schulen i. d. Periode	Gesamtproduktionskosten bei 5% Zinsen bez. auf das 65. Lebensjahr
0	20	208		-	208		100000		208	208	4959
1	20	208		18	226		91554	8446	245	245	5563
2	20	208		18	226		90506	1048	229	229	4952
3	30	312		18	330		90101	405	331	331	6877
4	30	312		18	330		89845	256	331	331	6493
5	30	312		18	330		89646	199	331	331	6183
6	40	416		18	434		89494	152	435	435	7739
7	40	416	9	18	443		89370	124	444	444	7472
8	40	416	5	18	439		89262	108	440	440	7100
9	50	520	7	18	545		89165	97	545	545	8376
10	50	520	9	18	547		89072	93	548	548	8021
11	50	520	183	18	721		88984	88	722	722	10065
12	60	624	178	18	820		88901	83	821	821	10900
13	60	624	178	18	820		88820	81	821	821	10381
14	70	728	178	18	924		88733	87	925	925	11139
15	80	832	178	18	1028		88632	101	1029	1029	11801
16	80	832	179	18	1029		88513	119	1030	1085.	11850
17	90	936		18	954		88370	143	956	956	9944
18	90	936		18	954		88197	173	956	956	9471
19	90	936		60	996		87991	206	998	994	9416
20	100	1040		60	1100		87754	237	1104	1104	9920
21	100	1040		60	1100		87493	261	1103	1103	9439
		12896	1104	504	14504					14607	188001
22						1425					11614
23						1425					11061
24						1425					10534
25						1425					10033
26						1425					9555
27						1425					9100
28						1425					8666
29						1425					8254
30						1425					7861
31						1425					7486
32						1425					7130
33						1425					6790
34						1425					6467
35						1425					6159
36						1425					5866
37						1425					5586
38						1425					5320
39						1425					5067
40						1425					4826
41						1425					4596
42						1425					4377
43						1425					4169
44						1425					3970
45						1425					3781
46						1425					3601
47						1425					3430
48						1425					3266
49						1425					3111
50						1425					2963
51						1425					2822
52						1425					2687
53						1425					2559
54						1425					2437
55						1425					2321
56						1425					2211
57						1425					2106
58						1425					2005
59						1425					1910
60						1425					1819
61						1425					1732
62						1425					1650
63						1425					1571
64						1425					1496
65						1425					1425
						62700					403384

Anlage Nr. 7.

Produktionskostentabelle für die Frau eines mittleren Beamten.

Lebensalter in Jahren	Einheiten nach dem kombinierten Normalsyst.	Unterhaltskosten (Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heiz u. Bel.)	Ausbildungskosten	Krankenversicherung	Summe der Unterhalts- u. Ausbildungskosten u. Krankenversicherg.	Kosten der Lebenshaltung in der produkt. Periode	Sterblichkeitskosten: Zahl der Überlebenden	Sterblichkeitskosten: Gestorben	Sterblichkeitskosten: Prod. Kost. mit Berücksichtg. der Sterblichk.	Prod. Kost. unter Berücksichtigung der Kosten [illegible] i. d. Vorber.	Gesamtproduktionskosten bei 5% Zins bez. auf das 65. Lebensjahr
0	20	208			208		100000		208		4959
1	20	208		18	226		93711	6289	240		5450
2	20	208		18	226		92806	905	228		4931
3	30	312		18	330		92463	343	331		6817
4	30	312		18	330		92248	215	331		6493
5	30	312		18	330		92079	169	331		6183
6	40	416		18	434		91949	130	434		7721
7	40	416	9	18	443		91843	106	444		7472
8	40	416	5	18	439		91753	90	439		7084
9	50	520	7	18	545		91673	80	545		8376
10	50	520	9	18	547		91599	74	547		8006
11	50	520	183	18	721		91529	70	721		10051
12	60	624	178	18	820		91459	70	821		10900
13	60	624	178	18	820		91386	73	821		10381
14	60	624	178	18	820		91305	81	821		9886
15	70	728	178	18	924		91214	91	925		10608
16	70	728	179	18	925		91108	106	926		10114
17	70	728		18	746		90984	124	747		7770
18	80	832		18	850		90840	144	851		8431
19	80	832		60	892		90677	163	894		8435
20	80	832		60	892		90498	179	894		8033
21	80	832		60	892		90307	191	894		7651
22	80	832		60	892		90108	199	894		7286
		12584	1104	564	14252				14287		183038
23						1140					8849
24						1140					8427
25						1140					8026
26						1140					7644
27						1140					7280
28						1140					6933
29						1140					6603
30						1140					6289
31						1140					5989
32						1140					5704
33						1140					5432
34						1140					5174
35						1140					4927
36						1140					4693
37						1140					4469
38						1140					4256
39						1140					4053
40						1140					3861
41						1140					3678
42						1140					3502
43						1140					3335
44						1140					3176
45						1140					3025
46						1140					2881
47						1140					2744
48						1140					2613
49						1140					2489
50						1140					2370
51						1140					2257
52						1140					2150
53						1140					2047
54						1140					1950
55						1140					1857
56						1140					1769
57						1140					1684
58						1140					1604
59						1140					1528
60						1140					1455
61						1140					1386
62						1140					1320
63						1140					1257
64						1140					1197
65						1140					1140
						49020					346060

Anlage Nr. 8.

Produktionskostentabelle für einen unteren Beamten.

Lebensalter in Jahren	Einheiten nach dem kombinierten Normalsyst.	Unterhaltskosten (Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heiz u. Bel.)	Ausbildungskosten	Krankenversicherung	Summe der Unterhalts- u. Ausbildungskosten und Krankenver.	Kosten der Lebenshaltung in der produkt. Periode	Sterblichkeitskosten: Zahl der Überlebenden	Sterblichkeitskosten: Gestorben	Sterblichkeitskosten: Prod. Kost. mit Berücksichtg. der Sterblichk.	Prod. Kost. unter Berücksichtigung der Kosten für [illegible] i. d. Vorber.	Gesamtproduktionskosten bei 5% Zins bez. auf das 65. Lebensjahr
0	20	164			164		100000		164		3910
1	20	164		12	176		88462	11538	197		4473
2	20	164		12	176		87030	1432	180		3893
3	30	246		12	258		86477	553	259		5334
4	30	246		12	258		86127	350	259		5080
5	30	246		12	258		85855	272	259		4838
6	40	328		12	340		85647	208	341		6067
7	40	328	9	12	349		85477	170	350		5930
8	40	328	5	12	345		85330	147	346		5583
9	50	410	7	12	429		85197	133	430		6609
10	50	410	9	12	431		85070	127	432		6323
11	50	410	11	12	433		84950	120	434		6050
12	60	492	12	12	516		84837	113	517		6864
13	60	492	17	12	521		84726	111	522		6600
14	70	574	21	12	607		84607	119	608		7322
15	80	656	20	12	688		84469	138	689		7901
16	80	656	20	12	688		84306	163	689		7525
17	90	738		12	750		84110	196	752		7822
18	90	738		12	750		83874	236	752		7450
19	90	738		36	774		83592	282	777		7331
20	100	820		36	856		83268	324	859		7719
21	100	820		36	856		82912	356	860		7360
		10168	131	324	10623				10676		137984
22						988					8052
23						988					7669
24						988					7304
25						988					6956
26						988					6625
27						988					6309
28						988					6009
29						988					5723
30						988					5450
31						988					5191
32						988					4943
33						988					4708
34						988					4484
35						988					4270
36						988					4067
37						988					3873
38						988					3689
39						988					3513
40						988					3346
41						988					3186
42						988					3035
43						988					2890
44						988					2753
45						988					2622
46						988					2497
47						988					2378
48						988					2265
49						988					2157
50						988					2054
51						988					1956
52						988					1863
53						988					1774
54						988					1690
55						988					1609
56						988					1533
57						988					1460
58						988					1390
59						988					1324
60						988					1261
61						988					1201
62						988					1144
63						988					1089
64						988					1037
65						988					988
						43472					287521

Anlage Nr. 9.

Produktionskostentabelle für die Frau eines unteren Beamten.

Lebensalter in Jahren	Einheiten nach dem [illegible] Normalsyst.	Unterhaltskosten (Ernährung, Kleidung, Wohnung bez. in RM.)	Ausbildungskosten	Krankenversicherung	Summe der Unterhalts- u. Ausbildungskosten u. Krankenversicherg.	Kosten der Lebenshaltung in der produktiven Periode	Sterblichkeitskosten: Zahl der Überlebenden	Sterblichkeitskosten: Gestorben	Sterblichkeitskosten: Prod. Köst. mit Berücksichtg. der Sterblichk.	Prod. Kosten unter Berücksichtigung der Kosten für [illegible] i. d. Vorber.	Gesamtproduktionskosten bei 5% Zins bez. auf das 65. Lebensjahr
0	20	164			164		100000		164		3910
1	20	164		12	176		90608	9392	193		4382
2	20	164		12	176		89255	1353	179		3698
3	30	246		12	258		88743	512	259		5334
4	30	246		12	258		88422	321	259		5080
5	30	246		12	258		88169	253	259		4838
6	40	328		12	340		87975	194	341		6067
7	40	328	9	12	349		87817	158	350		5930
8	40	328	5	12	345		87683	134	346		5583
9	50	410	7	12	429		87563	120	429		6893
10	50	410	9	12	431		87452	111	432		6323
11	50	410	11	12	433		87347	105	434		6050
12	60	492	12	12	516		87243	104	517		6864
13	60	492	17	12	521		87134	109	522		6600
14	60	492	21	12	525		87013	121	526		6334
15	70	574	20	12	606		86877	136	607		6961
16	70	574	20	12	606		86719	158	607		6630
17	70	574		12	586		86534	185	587		6106
18	80	656		12	668		86319	215	669		6628
19	80	656		36	692		86075	244	694		6321
20	80	656		36	692		85808	267	694		6020
21	80	656		36	692		85523	285	694		5734
		9266	131	324	9721				9762		127986
22						791					5447
23						791					6140
24						791					5847
25						791					5569
26						791					5304
27						791					5051
28						791					4811
29						791					4582
30						791					4363
31						791					4156
32						791					3958
33						791					3769
34						791					3590
35						791					3419
36						791					3256
37						791					3101
38						791					2953
39						791					2813
40						791					2679
41						791					2551
42						791					2430
43						791					2314
44						791					2204
45						791					2099
46						791					1999
47						791					1904
48						791					1813
49						791					1727
50						791					1644
51						791					1566
52						791					1492
53						791					1421
54						791					1353
55						791					1288
56						791					1227
57						791					1169
58						791					1113
59						791					1060
60						791					1010
61						791					961
62						791					916
63						791					872
64						791					831
65						791					791
						34804					247599

Anlage Nr. 10.

Lebenseinkommenstabelle für einen höheren Beamten.

Der Preis der Arbeit eines höheren Beamten.
(Nach dem Bayr. Besoldungsgesetz v. 20.4.28, G.V.Bl. S. 205)

Lebensjahr	Dienststellung	Besoldungsgruppe	Grundgehalt	Wohnungsgeldzuschuß Ortskl. B	Kinderzuschläge	Gesamtjahresbezug	Gesamtjahresbezug b. 5% Zins bez. auf das 65. L.Jahr	Bemerkg.
24	Referendar		1680 1)			1680	13040	
25	„		1800			1800	13307	
26	„		1920			1920	13578	
27	Assessor		4000	606		4606	30884	
28	„		4000	606		4606	29413	
29	„		4250	606		4856	29533	
30	„		4250	606		4856	28126	
31	Regierungsrat	A 2 f	4800	606		5406	29822	
32	„		4800	606		5406	28401	
33	„		5200	792		5992	29980	Heiratsalter
34	„		5200	792		5992	28553	
35	„		5600	792	240	6632	30098	1. Kind
36	„		5600	792	240	6632	28665	(Sohn)
37	„		6000	1080	240	7320	30131	
38	„		6000	1080	480	7560	29637	2. Kind
39	„		6400	1080	480	7960	29719	(Tochter)
40	„		6400	1080	480	7960	28305	
41	„		6800	1080	780	8660	29327	3. Kind
42	„		6800	1080	780	8660	27930	(Tochter)
43	Reg. Rat I. Kl.	A 2 d	7300	1080	780	9160	28136	
44	„		7300	1080	780	9160	26797	
45	„		7700	1080	780	9560	26635	
46	Amtsvorstand	A 2 b	7800	1080	780	9660	25632	
47	„		8200	1080	780	10060	25422	
48	„		8200	1080	780	10060	24211	
49	„		8600	1080	780	10460	23975	
50	„		8600	1080	780	10460	22834	
51	„		9000	1080	780	10860	22578	
52	„		9000	1080	780	10860	21505	
53	„		9000	1080	780	10860	20479	
54	„		9000	1080	480	10560	18965	
55	Oberregierungsrat	A 2 a	9300	1080	480	10860	18575	
56			9300	1080	480	10860	17690	
57	„		9700	1080	240	11020	17096	
58	„		9700	1080		10780	15927	
59	„		9700	1080		10780	15169	
60	„		9700	1080		10780	14446	
61	„		9700	1080		10780	13759	
62	„		9700	1080		10780	13103	
63	„		9700	1080		10780	12479	
64	„		9700	1080		10780	11885	
65	„		9700	1080		10780	10780	
			297100	38124	13980	349204	956465	

1) Bekanntmachung über die Unterhaltszuschüsse u. Leistungsvergütungen der im staatlichen Vorbereitungsdienst stehenden Personen. G.V.Bl. Nr. 22 v. 15. Okt. 1928 S. 413

Anlage Nr. 11.

Lebenseinkommenstabelle für einen mittleren Beamten.

Der Preis der Arbeit eines mittleren Beamten.
(nach dem Bayr. Besoldungsgesetz v. 20.4.28 G.V.Bl. S. 205)

Lebensjahr:	Dienststellung.	Besoldungsgruppe	Grundgehalt	Wohnungsgeldzuschuß ortsüblich	Kinderzuschläge	Gesamtjahresbezug	Gesamtjahresbezug 5% Zinsen bezogen auf das 65. Lebensjahr	Bemerkg.
17	Anwärter		840			840	9174	
18	"		840			840	8738	
19	"		840			840	8322	
20	Hilfsassistent		1300	288		1588	14992	
21	"		1300	288		1588	14269	
22	"		1400	288		1688	14446	
23	"		1400	288		1688	13757	
24	Kanzleiassistent	Q9	1700	288		1988	13431	
25	"		1700	288		1988	14696	
26	"		1800	288		2088	14701	
27	"		1800	288		2088	14000	
28	Verwaltungsassist.	Q8a	2000	606		2606	16443	heiratet
29	"		2000	606		2606	15849	
30	"		2090	606	240	2936	17006	1. Kind
31	"		2090	606	240	2936	16196	(Sohn)
32	Sekretär	Q7a	2350	606	240	3196	16701	
33	"		2350	606	480	3436	17182	2. Kind
34	"		2500	606	480	3586	17088	(Tochter)
35	"		2500	606	480	3586	16274	
36	Obersekretär	Q6	2800	606	780	4186	18093	3. Kind
37	"		2800	606	780	4186	17231	(Tochter)
38	"		3050	606	780	4436	17390	
39	"		3050	606	780	4436	16562	
40	"		3300	606	780	4686	16663	
41	"		3300	606	780	4686	15869	
42	Inspektor	Q4b	3580	792	780	5172	16519	
43	"		3580	792	780	5172	15733	
44	"		3800	792	780	5372	15715	
45	"		3800	792	780	5372	14967	
46	"		4000	792	480	5272	13089	
47	"		4000	792	480	5272	13322	
48	"		4200	792	480	5472	13769	
49	"		4200	792	240	5232	11092	
50	"		4400	792	240	5432	11858	
51	"		4400	792	240	5432	11293	
52	Oberinspektor	Q4a	4950	792		5742	11360	
53	"		4950	792		5742	10826	
54	"		5200	792		5992	10761	
55	"		5200	792		5992	10240	
56	"		5500	792		6292	10240	
57	"		5500	792		6292	9761	
58	"		5800	792		6592	9740	
59	"		5800	792		6592	9276	
60	"		5800	792		6592	8834	
61	"		5800	792		6592	8413	
62	"		5800	792		6592	8013	
63	"		5800	792		6592	7631	
64	"		5800	792		6592	7268	
65	"		5800	792		6592	6592	
			168700	29796	12120	210616	644903	

Anlage Nr. 12.

Lebenseinkommenstabelle für einen unteren Beamten.

Der Preis der Arbeit eines unteren Beamten.
(Nach dem Bayr. Besoldungsgesetz v. 20.4.28 G.V.Bl. S. 205)

Lebensjahr:	Dienststellung.	Besoldungsgruppe	Grundgehalt	Wohnungsgeldzuschuß ortsüblich	Kinderzuschläge	Gesamtjahresbezug.	Gesamtjahresbezug der 5% Zinsen bezogen auf das 65. Lebensjahr.	Bemerkg.
17	Anwärter		720			720	7864	
18	"		720			720	7489	
19	"		720			720	7133	
20	Gehilfe		1300	288		1588	14992	
21	"		1300	288		1588	14269	
22	Amtsanwärt.	Q11	1500	288		1788	15301	
23	"		1500	288		1788	14577	
24	"		1590	288		1878	14377	
25	"		1590	288		1878	13683	
26	"		1680	288		1968	13856	
27	"		1680	444		2124	14242	heiratet
28	"		1770	444		2214	14038	
29	"		1770	444	240	2454	14924	1. Kind
30	"		1860	444	240	2544	14735	
31	"		1860	444	240	2544	14034	
32	Offiziant	Q11	1950	444	480	2874	15039	2. Kind
33	"		1950	444	480	2874	14380	
34	"		2040	606	480	3126	14896	
35	"		2040	606	780	3426	15598	3. Kind
36	"		2120	606	780	3506	15154	
37	"		2120	606	780	3506	14432	
38	"		2200	606	780	3586	14058	
39	"		2200	606	780	3586	13389	
40	"		2200	606	780	3586	12751	
41	"		2200	606	780	3586	12144	
42	Kanzleigehilfe	Q10	2230	606	780	3616	11662	
43	"		2230	606	780	3616	11107	
44	"		2320	606	780	3706	10842	
45	"		2320	606	480	3406	9489	
46	"		2400	606	480	3486	9250	
47	"		2400	606	480	3486	8809	
48	"		2400	606	240	3246	7812	
49	"		2400	606	240	3246	7440	
50	Kanzleiassist.	Q9	2500	606	240	3346	7304	
51	"		2500	606		3106	6457	
52	"		2600	606		3206	6348	
53	"		2600	606		3206	6046	
54	"		2600	606		3206	5758	
55	"		2600	606		3206	5484	
56	"		2600	606		3206	5222	
57	"		2600	606		3206	4974	
58	"		2600	606		3206	4737	
59	"		2600	606		3206	4511	
60	"		2600	606		3206	4296	
61	"		2600	606		3206	4092	
62	"		2600	606		3206	3897	
63	"		2600	606		3206	3711	
64	"		2600	606		3206	3535	
65	"		2600	606		3206	3206	
			102680	24510	12120	139316	493849	

Anlage Nr. 13.

Tabelle

über das Durchschnittsjahreseinkommen eines höheren, mittleren und unteren Beamten, sowie eines Lehrers nach dem Beamtenbesoldungsgesetz vom 20. April 1928 und der Gesamtzahl der Beamten.

Besoldungsgruppe	Durchschnittsgehalt: Grundgehalt + Wohnungsgeld, Ortskl. B nach der mittleren Dienststufe	Höhere Beamte		Mittlere Beamte		Untere Beamte		Volksschullehrer	
		Zahl	Besoldung m	Zahl	Besoldung m	Zahl	Besoldung m	Zahl	Besoldung m
B1	21520	12	258240						
B2	20520	13	266760						
B3	19016	14	266224						
B4	18016	5	90080						
B5	16016	27	432432						
A1a	12616	212	2674592						
A1b	11916	15	178740						
A1c	12116	328	3974048						
A1d	9580	29	277820						
A2a	9580	679	6504820						
A2b	8480	372	3154560						
A2c	8280	103	852840						
A2d	7980	2582	20604360					13	103740
A2e	7880	1160	9140800						
A2f	7080	3240	22939200						
A2g	7480	8	59840	12	89760			6	44880
A3a	7080			129	913320			139	984120
A3b	7080								
A4a	5742			667	3829914			2744	15756048
A4b	4792			4107	19680744			14166	67883472
A4c	4592								
A5a	4392			499	2191608				
A5b	3806			35	133210				
A5c	3806			312	1187472				
A6	3656					179	654424		
A7a	3556			1629	5792724	1291	4590796		
A7b	3306					112	370272		
A7c	3056								
A8a	2966			1243	3686738	5678	16840948		
A9	2706			397	1074282	1840	4979040		
A10	2404					837	2012148		
A11	2304					2666	6142464		
A12	2244					14	31416		
		8799	71675356	9030	38579772	12617	35621508	17068	84772260
		8146 m.		4272 m		2823 m		4967 m.	

Date Due

D 460 K81
Koch

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
0041416627

MSH 01582
NEH APR 26 1994
JUN 3 1932

END OF TITLE